

elam

ARCHIV
**MAGAZIN FÜR
JUNGE LEUTE**

Meister Pröpper
**Neuer Star am
Fußballhimmel**

• **Heißer elan-Tip**
**Bares Geld
für Lehrlinge**



**Vietnam
bleibt
unsere
Sache**

elam

MAGAZIN

FÜR JUNGE LEUTE

HERAUSGEBER

Bernhard Jeandrewski,
Jürgen Laimer, Rolf Jürgen
Priemer, Karl Hubert
Reichel, Ulrich Sander,
Karl Heinz Schröder,
Dr. Peter Schütt, Pastor
Horst Stuckmann, Werner
Weismantel

CHEFREDAKTEUR

Hans-Jörg Hennecke

STELLV. CHEFREDAKT.

Peter Bubenberger, Köln
(verantwortlich)

REDAKTIONSBEIRAT

Wolfgang Bartels, Peter
Berg, Rainer Birenheide,
Günter Boncelet, Elke Dahl,
Jerken Diederich, Gisela
Holzmüller, Reinhard
Junge, Werner Maletz,
Ingolf Riesberg, Georg
Rohde, Ruth Sauerwein,
Hartmut Schulze, Helga
Riesberg, Werner
Stürmann, Peter Schröder

GESTALTUNG

coopcreative
Jerken Diederich/
Annette Welke

REDAKTION

46 Dortmund,
Brüderweg 16
Telefon 57 20 10

VERLAG

Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund,
Brüderweg 16
Telefon 57 20 10

VERLAGS-
GESCHÄFTSFÜHRER
Werner Maletz

PREIS INLAND

Einzelpreis DM 1,-
einschl. Mehrwertsteuer/
Jahresabonnement DM 13,-
einschl. Zustellgebühr

KONTEN

Weltkreis-Verlags-GmbH
Bank für Gemeinwirtschaft
Dortmund,
Konto 10068742
Postscheckkonto Ffm.,
Konto 203290/600

DRUCK

Heška,
Klein-
Krotzenburg

Sieh an!

Rußland existiert. Es ist ein riesiges Land.
Der französische Staatspräsident Pompidou nach Rückkehr aus der Sowjetunion.
WAZ, 19.1.73

Hühner-Festival

Einen Lacherfolg erzielte sie, als sie erzählte, daß sich bei ihr im Betrieb nicht nur die 92 FDJler, sondern auch die 600 000 Hühner intensiv auf das Festival vorbereiten. Denn auch die Teilnehmer der Weltfestspiele sollen nach der alten Losung leben „Nimm ein Ei mehr“.
Junge Welt (DDR), 27./28.1.73

Schmuggel-Wauwau

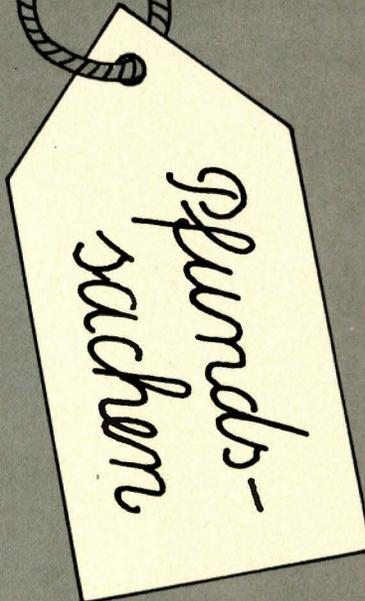
Früher trieb man seinen Hund über die Grenze. Mit einem Päckchen Kaffee unter dem Bauch, um Zoll zu sparen.
Welt am Sonntag, 14.1.73

Betreuung

Als Unterhaltung für unseren Hausmeister bei der Reinigung der Büro- und Fabrikräume stellen wir noch zwei Frauen ein. Diamant-Lederwarenfabrik, Idar-Oberstein.
Anzeige in der Nahe-Zeitung

Frühreif

Mütter-Schule. Mütter und Kinder zwischen 5 und 8 Jahren singen, spielen und basteln. Prospekt der Kirche in Quickborn, 1/2 1973



Doppeltes Unglück

Nach Selbstmordversuch der Frau Kopf verloren.
NRZ, 12.1.73

Blutprobe

Ein Auto samt Insassen ließ die Polizei in Gladbeck am Wochenende abschleppen, weil der 22jährige Fahrer und seine 18jährige Freundin bei einer Parkplatzkontrolle die Wagentür nicht öffneten. Als eine Polizeistreife die Personalien der beiden überprüfen wollte drehte der junge Mann das Autoradio auf volle Lautstärke und ließ sich nicht dazu bewegen, die Tür zu öffnen. Da nach Angaben der Polizei auch die Reifen des Wagens abgefahren waren, wurde das Fahrzeug kurzerhand zur Blutprobe zum Polizeiamt abgeschleppt, wo man die Tür mit einem Nachschlüssel öffnete.
Aus der Nahe-Zeitung



„Chef, die Regierungserklärung ist uns so zu Herzen gegangen — könnten wir wohl Samstag wieder arbeiten?“

Aus Deutsche Allg. Sonntagszeitung, 1.2.73

Preise 6,5 Prozent über Vorjahr

Erfreulicher Jahresauftakt

Frankfurter Rundschau vom 10.2.1973

INFACT

| | |
|---|-------|
| Arbeiterjugend | |
| Aktion „Roter Kuckuck“ | 4 |
| Bares Geld für Lehrlinge | 6 |
| Meldungen und Berichte | 9 |
| Chemieindustrie: Informationen zur Tarifrunde | 10 |
| Cartoon | 8/41 |
| Sport | |
| Günter Pröpper vom Wuppertaler SV | 15 |
| Internationales | |
| Vietnam: Solidarität gerade jetzt! | |
| Wie weiter nach dem Waffenstillstand? | 12 |
| Chile: Saludos fraternales — ein Brief aus Chile | 38 |
| Kurzgeschichte | 18 |
| Jugendpolitische Blätter | |
| Interview über die Vorbereitung der X. Weltfestspiele in der DDR mit FDJ-Sekretär F. Bochow / Das Festivallied von Paul Dessau / Neue Meldungen vom Festival / Bundeskongreß der Jungdemokraten und des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer | 19-22 |
| elan-Politposter | |
| Solidarität mit Vietnam | 24/25 |
| Forum der Jugendverbände | |
| Berufsausbildung: Interview mit O. Todtenberg von der DGB-Jugend / ÖTV-Bundesjugendkonferenz / D. Keller: „Bessere Berufsausbildung gegen Bosse durchsetzen“ | 27-30 |
| Monatsmagazin | |
| Jugendvertreter für Befreiung vom Wehr- und Ersatzdienst / Schülerdemonstration in Frankfurt / Bericht des elan-Korrespondenten aus Moskau / Politische Polizei in Aktion / Tips | |
| ungvermählte / Unsichere Schifffahrt | 31-34 |
| Kommunistisches Manifest | |
| Das Manifest — ein Kunstwerk Von Prof. Jürgen Kuczynski | 35 |
| X. Weltfestspiele | |
| Gastgeberland DDR: Ausländer in der DDR über die DDR | 36 |
| Leser | 42 |
| Kulturmagazin | 44-47 |
| 15 Jahre elan | 48 |

Lieber Leser



Wenn ich als Korrespondent der „Komsomolskaja Prawda“, der größten sowjetischen Jugendzeitung (Auflage über 9 000 000 Exemplare), aus der Bundesrepublik berichte, weiß ich, wie breit der Problemenkreis ist, welcher meine Leser interessiert. Ich weiß aber, daß im Mittelpunkt des Interesses immer ein Fragenkomplex steht, den ich folgenderweise bezeichnen möchte: „Ist in diesem Staat eine Wiederholung von damals möglich?“

Diese Fragestellung bedeutet keine „Einmischung in die inneren Angelegenheiten“. 20 Millionen Tote und der Sieg im großen antifaschistischen Krieg geben meinen Landsleuten das Recht, die politische Entwicklung in der BRD

mit besonderer Aufmerksamkeit zu verfolgen, um die Chancen der Kräfte von gestern nüchtern, aber keinesfalls gleichgültig, einzuschätzen.

Als ich kürzlich von der Presstribüne des Bundestages die Debatte über die Ratifizierung des Grundvertrages verfolgt habe, habe ich noch einmal einen eindeutigen Beweis bekommen, daß die Gestrigen hier fast nichts gelernt und ziemlich vieles vergessen haben.

Die Redner von den CDU/CSU-Bänken erinnerten sich gern an Januar 1871, an die Gründung des Bismarck-Reiches — warum nicht an Mai 1945, an das Ende? Das Reich, welches sie beweinen und welchem sie die verspäteten Treuebekenntnisse adressieren, hat vierundsiebzig Jahre existiert, zwei Weltkriege entfesselt und damit sich selbst ein Todesurteil ausgesprochen.

Die geschichtlichen Reminiszenzen der Herrschaften von rechts waren wie immer dicht mit antikommunistischen Parolen gepfeffert. Thomas Mann nannte bekanntlich Antikommunismus „die Grundtorheit des zwanzigsten Jahrhunderts“. Die letzten Jahrzehnte haben überzeugende Lehre gegeben, wie gefährlich diese Torheit sein kann. Wird sie aber in der Bundesrepublik nur von den rechtsextremen Außenseitern kultiviert? Oder steht hinter ihr die dunkle Macht des Monopolkapitals?

Leider kann ich in meinen Reportagen für sowjetische Leser den Worten von Willy Brandt nicht zustimmen, der am 21. Oktober 1969, nach der Wahl zum Bundeskanzler, gesagt haben soll: „Jetzt hat Hitler endgültig den Krieg verloren!“ Ich glaube, diese Worte sind allzu früh gefallen. Die Erben des Hakenkreuzes sind in den letzten Jahren in wichtigen Schlachten besiegt worden — aber sind sie aus dem Sattel ausgeworfen? Diese Frage könnte ich mit einem „Ja“ nicht beantworten.

Natürlich kann der „moderne“ Faschismus nicht im Braunhemd marschieren. Aber ist er harmloser, wenn er Frack oder Lederhose anzieht?

Antifaschist — das ist heute mehr als ein Wort aus dem Geschichtsbuch. Es muß noch vieles geschehen, bis man mit voller Überzeugung sagen kann: „Ja, der Faschismus hat hier endgültig und für immer den Krieg verloren.“ Es muß noch vieles vorher geschehen . . .

Henrick Gurkow

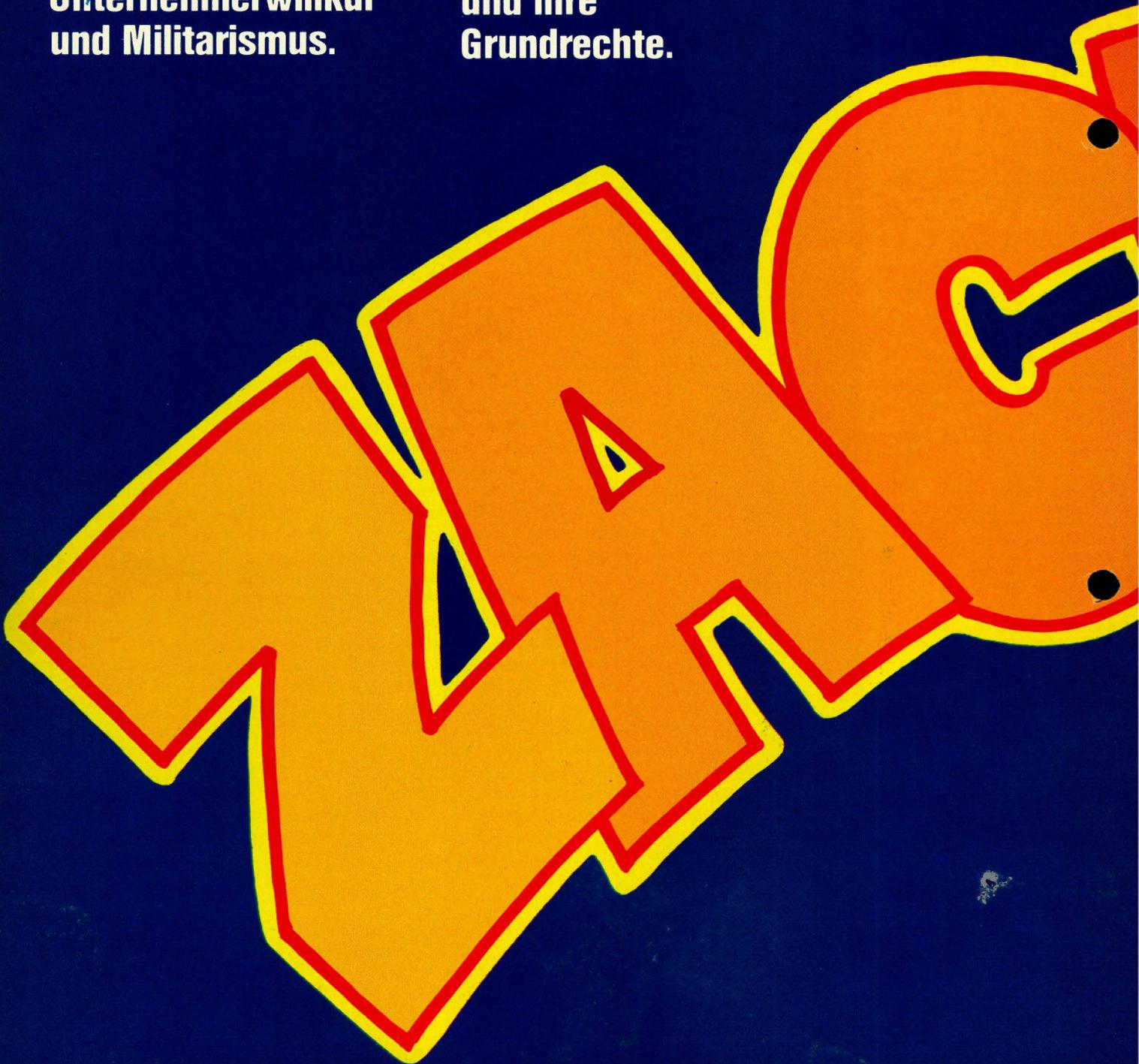
Henrick Gurkow

Chefkorrespondent der Komsomolskaja Prawda
(Zeitung des sowjetischen Komsomol) in der BRD

Kleb' den Kuc

**Jugend klagt an :
Antidemokratische
Lehrinhalte,
Unternehmerwillkür
und Militarismus.**

**Jugend tritt ein für :
Mitbestimmung,
fortschrittliche Ausbildung
und ihre
Grundrechte.**



ekuck drauf!



Das hat eingefetzt. Kaum war die Februar-Ausgabe mit dem Startschuß der „Aktion Roter Kuckuck“ erschienen, liefen bei uns die Telefone heiß, verdoppelte sich die tägliche Postflut.

„Wir bestellen hiermit Euren Roten Kuckuck. Über die Anwendungsgebiete werden wir Euch selbstverständlich informieren. Übrigens: wir finden diese Aktion astrein! Weiter so!“ Das schrieb uns Klaus Richter aus Duisburg.

„Eure Aktion mit dem Roten Kuckuck finde ich ziemlich gut. Da kommen einem sehr viele Ideen, wo man den Roten Kuckuck draufsetzen kann.“ Das meint elan-Leserochen Klose aus Wülfrath.

Und Ulf Stuberger aus Frankfurt teilt mit: „Ich bestelle für viele schlimme Sachen viele Rote Kuckucks.“

Freunde, schon jetzt können wir sagen: diese duftete Aktion läuft ganz duftete an!

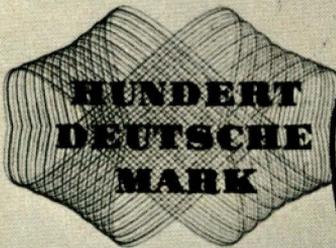
Jetzt ist natürlich wichtig: schreibt uns unbedingt, wo ihr Kuckuck-Aktionen macht und welchen Mißstand ihr im Visier habt. Organisiert vorher einen Fotografen, damit die Aktion der Nachwelt erhalten bleibt. Und damit euer Geldbeutel nicht an Auszehrung verreckt: für jeden von uns veröffentlichten Aktionsbericht plus Foto überweisen wir euch als Kostenerstattung 10 DM.

Klar muß sein: mit dem Kuckuck sollen keine Schaufensterscheiben, Laternenmasten oder OO-Türen tapeziert werden. Zum Kuckuck gehört die öffentlichkeitswirksame Aktion. Das Flugblatt, welches den Kollegen erklärt, um was es hier geht. Und die Ankündigung und Berichterstattung in der Betriebszeitung. Natürlich muß es nicht unbedingt die Maschine Baujahr 1935 sein, die den Kuckuck verdient. Es gibt hinreichend Mißstände im Betrieb, die per Kuckuck gebrandmarkt werden können.

An der Aktion Roter Kuckuck kann jeder teilnehmen. Gegen Profitgeier und kalte Krieger. Damit alles gebrandmarkt wird, was fortschrittlicher Ausbildung, friedlicher Entwicklung und den Grundrechten der Jugend im Wege steht.

Und wer es immer noch nicht weiß: das einzige Kuckucksnest der Welt steht bei elan (46 Dortmund, Brüderweg 16). Dort kann man Kuckuck-Selbstkleber bestellen. Kostenlos.

Q 6553933 E



**AUFGEPASST!
BARES GELD FÜR
LEHRLINGE
!!!**

**SO WIRD'S
GEMACHT**

Hallo, Lehrlinge! Spitzt euren Bleistift und rechnet nach, ob beim Arbeitsamt nicht einige Scheine auf euch warten. Man will auf eine Möglichkeit aufmerksam machen, wie man seinen kärglichen Lehrlingslohn etwas aufbessern kann. Da gibt es zum Beispiel das Arbeitsförderungsgesetz. Wir meinen: Keinen Pfennig verschenken! Nehmt in Anspruch, was euch zusteht!

Deshalb: Lest diese beiden Seiten ganz genau. Und stellt euren Antrag so schnell wie möglich.

Und nicht vergessen: der nächste Lohnkampf kommt bestimmt. Dann wird den Unternehmern Dampf gemacht. Denn das schönste Gesetz ändert ja nichts daran, daß im Kapitalismus jeder Lehrling ausgebeutet wird und auch er seine Arbeitskraft so teuer wie möglich verkaufen muß.

Art der geförderten Ausbildung

Die Bundesanstalt für Arbeit gewährt Jugendlichen und Erwachsenen individuelle – wenn auch unzureichende – Beihilfen zur Berufsausbildung nach dem Arbeitsförderungsgesetz. Es gilt:

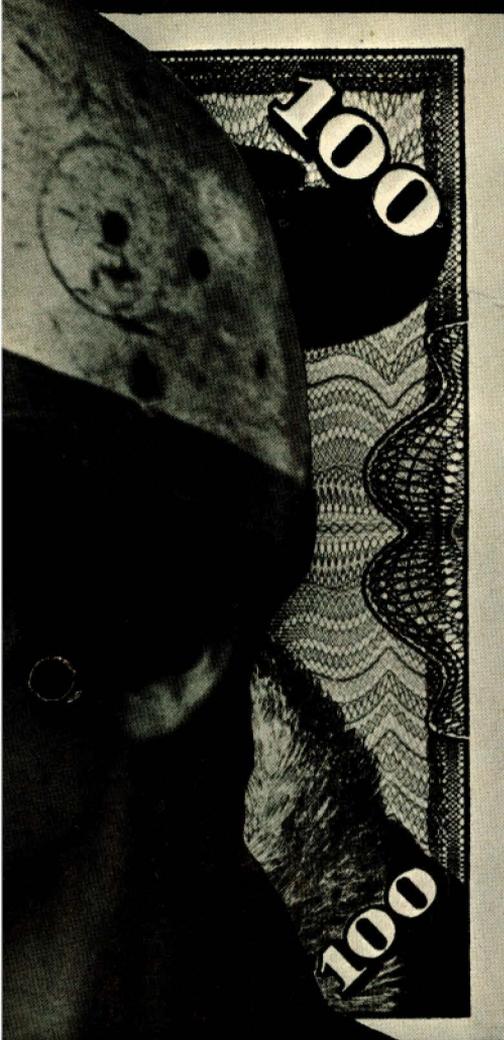
1. Für die Ausbildung in einem bekannten Ausbildungsberuf in Betrieben oder überbetrieblichen Einrichtungen.
2. Für die Teilnahme an berufsvorbereitenden Maßnahmen.

Die Beihilfe wird gewährt, soweit der Auszubildende nach Meinung des Gesetzgebers die erforderlichen Mittel dazu nicht selbst aufbringen und die Aufbringung der Kosten den Unterhaltsverpflichteten normalerweise nicht zugemutet werden kann.

Zur Berufsvorbereitung zählen z.B. Grundausbildungslehrgänge, die zur Vorbereitung auf bestimmte Berufsbereiche dienen. Dazu gehören auch Förderungslehrgänge für Jugendliche, die – im Beamtendeutsch – für eine Berufsausbildung körperlich oder geistig noch nicht reif sind, von denen aber erwartet werden kann, daß sie diese Reife durch den Besuch des Lehrgangs erreichen.

Wenn die Voraussetzungen erfüllt sind, besteht ein Rechtsanspruch auf Beihilfe.

Das haben nicht zuletzt die Postlehrlinge gezeigt, die an der Seite ihrer älteren Kollegen Ende Januar in München, Hamburg, Stuttgart und Elmshorn für höheren Lehrlingslohn demonstrierten. Nach wie vor bleibt der Lohnkampf das wichtigste Mittel der arbeitenden Menschen, sich gegen Preissteigerungen und Profitwirtschaft zu wehren.



Art und Umfang der Förderung

Die Ausbildungsförderung wird „nach dem Bedarf für Lebensunterhalt und Ausbildung bemessen“. In der Regel werden hierbei 1. die eigenen Einkünfte, 2. die Einkünfte des Ehegatten (falls vorhanden), 3. das Einkommen der Eltern, wenn der Auszubildende minderjährig und unverheiratet ist, angerechnet. Dabei werden bestimmte Freibeträge vom anrechenbaren Einkommen abgesetzt:

Haushaltsvorstand – 500 DM
 dessen Ehegatte – 200 DM
 jedes unverheiratete Kind ohne den Auszubildenden – 150 DM
 wegen Unterbringung des Auszubildenden außerhalb des Haushalts der Eltern – 150 DM
 Ehegatte des Auszubildenden – 700 DM.

Bei der Miete werden die tatsächlichen Kosten berücksichtigt.

Als Bedarf für den Lebensunterhalt werden bei einem unverheirateten Minderjährigen z.Zt. monatlich 270 DM zugrunde gelegt, bei Unterbringung in einem Jugendwohnheim die amtlich anerkannten Kosten und bei freier Unterbringung außerhalb des Haushalts der Eltern bis zu 430 DM. Diese Beträge erhöhen sich bei verheirateten oder volljährigen Auszubildenden. Bei auswärtiger Unterbringung wird noch zusätzlich ein monatliches Taschengeld zwischen 30 und 40 DM bemessen.

Als Bedarf für die Ausbildung werden folgende Kosten erstattet, wenn die Aufwendungen vom Auszubildenden oder seinem Erziehungsberechtigten zu tragen sind:

- Lehrgangsgebühren oder Schuldgeld so wie sie vom Ausbildungsträger festgesetzt und von der Bundesanstalt als angemessen anerkannt sind.
- Fernunterrichtsgebühren in der von der Bundesanstalt als angemessen anerkannten Höhe, jedoch nicht mehr als monatlich 50 DM.
- Lernmittel in Höhe von 10 DM monatlich.
- Arbeitskleidung in Höhe von 15 DM monatlich, für die ersten sechs Monate einer Ausbildung in doppelter Höhe.
- Arbeitsgeräte bis zu insgesamt 300 DM.
- Prüfungsgebühren.
- Fahrtkosten.

In Ausnahmefällen trägt die Bundesanstalt auch andere Kosten, wenn sie durch die Ausbildung unvermeidlich sind.

Form der Förderung

Die Berufsausbildungsbeihilfe wird grundsätzlich als Zuschuß gewährt, in einzelnen Fällen auch als zinsloses Darlehen.

Antragstellung

Die Beihilfe muß beim Arbeitsamt beantragt werden, das für den Wohnsitz des Auszubildenden zuständig ist. Dort sind auch weitere Auskünfte einzuholen.



Voraussetzung der Förderung

Der Auszubildende muß für den angestrebten Beruf Eignung mitbringen. Die entsprechenden Leistungen müssen erwarten lassen, daß das Ausbildungsziel erreicht wird. Darüber hinaus muß u.a. die angestrebte Berufstätigkeit nach Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes zweckmäßig erscheinen.



Dauer der Förderung

Beihilfe wird für die vorgeschriebene Ausbildungszeit bzw. für die Dauer der berufsvorbereitenden Maßnahmen gegeben.

Wenn persönliche Umstände (je nach Lage des Einzelfalls) oder die Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes es rechtfertigen, kann die Beihilfe über den vorgesehenen Zeitraum hinaus gewährt werden.

Berechnungsbeispiel

Werner B. hat die Schule geschafft und will Dreher werden. In seinem Dorf ist keine entsprechende Lehrstelle zu finden, also muß er in der nächsten Stadt arbeiten. Die fünfköpfige Familie von Werner hat ein Einkommen von 1 000 DM netto monatlich. Im ersten Jahr bekommt Werner eine Ausbildungsvergütung von 50 DM, dann 80 DM und im dritten Jahr 120 DM monatlich.

Für die ersten sechs Monate sieht es dann so aus:

| | |
|---|---------|
| für den Lebensunterhalt (Kosten für Wohnheim) | 250 DM |
| Taschengeld | 40 DM |
| Fahrtkosten | 15 DM |
| Lehrmittel (Bücher, Vorträge) | 10 DM |
| Arbeitskleidung | 30 DM |
| zusammen: | 345 DM. |

In den weiteren Monaten sind es 15 DM weniger, also 330 DM, weil dann der Betrag für die Arbeitskleidung nur einfach gerechnet wird. Von dieser Summe ist jetzt lediglich die Ausbildungsvergütung abzuziehen. Es bleibt eine Beihilfe, die im ersten Jahr 295 bzw. 280 DM, im 2. Jahr 250 DM und im dritten Jahr 210 DM beträgt.

Das Einkommen von Werners Vater bleibt unberücksichtigt, da die Freigrenze nicht überschritten wird (Haushaltsvorstand 500 DM + Ehegatte 200 DM + Geschwister 300 DM + auswärtige Unterbringung 150 DM + Miete: über 1 000 DM).

Bildung statt Bomben!



Erneut gekürzt
Die ohnehin schon zu niedrig geplanten Mittel für die Bildung bis 1975 sind von der Bund-Länder-Kommission von 58 auf 53 Milliarden DM gekürzt worden. Der Rüstungshaushalt erreicht absolute Rekordhöhe (trotz der Verträge von Moskau, Warschau und Berlin/DDR!!): Allein 1972 wurden dafür 34,5 Milliarden DM ausgegeben, für Bildung und Ausbildung nur 5,2. Bei solchen Zahlen wundert man sich nicht, daß die BRD in Bildungsfragen auf einer Stufe mit Uganda steht ...





Milde Strafen für reiche Bosse

33 055 Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz, die von den Gewerbeaufsichtsdirektoren an Rhein und Ruhr in den letzten beiden Jahren festgestellt wurden, sind offensichtlich auf die milden „Bußen“ zurückzuführen, durch die die Unternehmer ermuntert werden. Aus einer Erklärung des NRW-Arbeitsministers Figgen

ergibt sich, daß für die Vielzahl von Verstößen lediglich 1 160 schriftliche Verwarnungen ausgesprochen und 5 067 Bußgeldbescheide erteilt wurden. Bei den zehn im Jahre 1971 vor Gericht verhandelten Fällen wurden nur Geldstrafen verhängt, mit einer Ausnahme bis zu 1 000 DM. Eine von der Bundesregierung

eingesetzte Kommission ist jetzt zu dem Ergebnis gekommen, daß in einem Drittel der von ihr untersuchten Fälle die Unternehmer bis zu 13 000 DM an jedem Lehrling verdienen. Damit lassen sich die geringen Strafen beim Jugendarbeitsschutz aus der Westentasche bezahlen – wenn es überhaupt soweit kommt.



„Keinen Hungerlohn!“

Postlehrlinge im Warnstreik

In Stuttgart ging's rund. Gemeinsam mit ihren Ausbildern demonstrierten über 600 Lehrlinge durch die Stadt. Sie forderten mehr Lohn. Je näher sie ihrem Ziel, der Oberpostdirektion kamen, desto lauter wurden die Sprechchöre: „Mit Gebühren sind sie fix, für die Postler tun sie nix!“ Schnell wuchs der Demonstrationszug auf über 1 000 Köpfe an, denn viele ältere Kollegen reihten sich ein.

Eine Kundgebung wurde improvisiert. Die Postler wehrten sich gegen das provokatorische Angebot aus Bonn. Ihre Forderungen: 70 DM und sechs Prozent, für die Lehrlinge 360, 390, 420 und 480 DM in den einzelnen Lehrjahren. Aber mehr als 15 DM und sechs Prozent, sowie 20 bis 35 DM mehr für die Lehrlinge wollte Postminister Ehmke nicht rausrücken. Drei Tage zuvor in München das gleiche Bild. 1 500 Postler, dar-

unter 800 Lehrlinge, demonstrierten durch die City. Und in Hamburg ein Warnstreik der 100 E-Mechaniker-Lehrlinge beim Postamt 2. In Elmshorn waren es die 120 Lehrlinge beim Fernmeldezentralzeugamt.

Die Hamburger Jungpostler hatten eine ausgezeichnete Idee: Aktion „Notopfer Deutsche Bundespost“. Mit Sammelbüchsen in der Hand forderten sie die Passanten vor dem Postamt auf, einen symbolischen Beitrag von einem Pfennig zu spenden, „damit die Post ihr Personal anständig bezahlen kann“ (unser Bild).

Von dem schließlich ausgehandelten Ergebnis sind die Postler enttäuscht. Ein Stuttgarter Post-Lehrling: „40 DM und sechs Prozent für die Lehrlinge zwischen 40 und 50 DM sind zu wenig. Bei der gezeigten Kampfkraft war mehr drin.“

Marxismus leichtgemacht

Was ist politische Ökonomie? Was ist Mehrwert? Was ist Lohn? In leicht verständlicher Form gibt diese kleine Schrift Antwort, auf Fragen, die in fast jeder Diskussion vorkommen. Und diese Schrift ist ein guter Einstieg zum Studium des Marxismus.

„Marxismus leichtgemacht“, für 2 DM erhältlich beim Nachrichtenverlag, 6 Frankfurt, Glau- burgstr. 66.

8000DM für schlechte Lehre

Ein infolge mangelhafter Ausbildung verlorenes Berufsjahr muß einem Lehrling bezahlt werden. Ausnahmsweise entschied einmal ein Arbeitsgericht für einen Lehrling. Ein Lehrling wollte Industriekaufmann lernen und durfte in einer Textilfirma nur einfache Schreibarbeiten machen und eine Bügel- presse bedienen. Das Duisburger Arbeitsgericht entschied: Schadenersatz 8 000 DM.

Im Monat März veranstaltet die SDAJ in zahlreichen Städten der BRD Informationsabende über das Leben der Jugend im Festival-Land DDR. Schwerpunkte: Berufsausbildung, Demokratie, Außenpolitik.

Aus Betriebs- und Lehrlingszeitungen

Tarifabschluß unbefriedigend

Der Tarifabschluß in der Metallindustrie steht deutlich im Gegensatz zur demonstrierten Kampfbereitschaft der Stahlarbeiter.

Das ausgehandelte Ergebnis ist ein Kompromiß, der sich den Profitinteressen des Kapitals anpaßt und den Orientierungsdaten der Regierung nahekommt.

Er steht auch im Widerspruch zu vielen Äußerungen aus Gewerkschaftskreisen gegen die Konzertierte Aktion, gegen einen Stabilitätspakt, gegen die Abhängigkeit von der Regierungspolitik. Diese Widersprüche gilt es im Interesse einer Stärkung der Kampfkraft der Gewerkschaften zu überwinden.

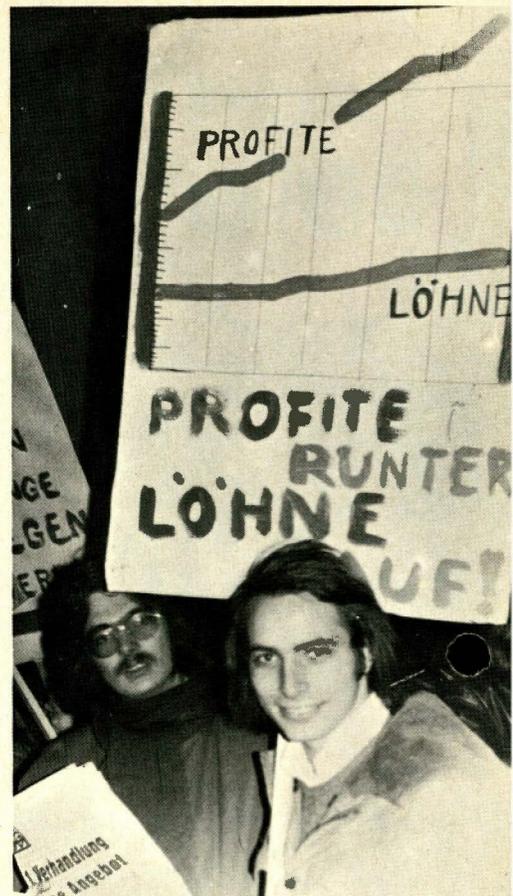
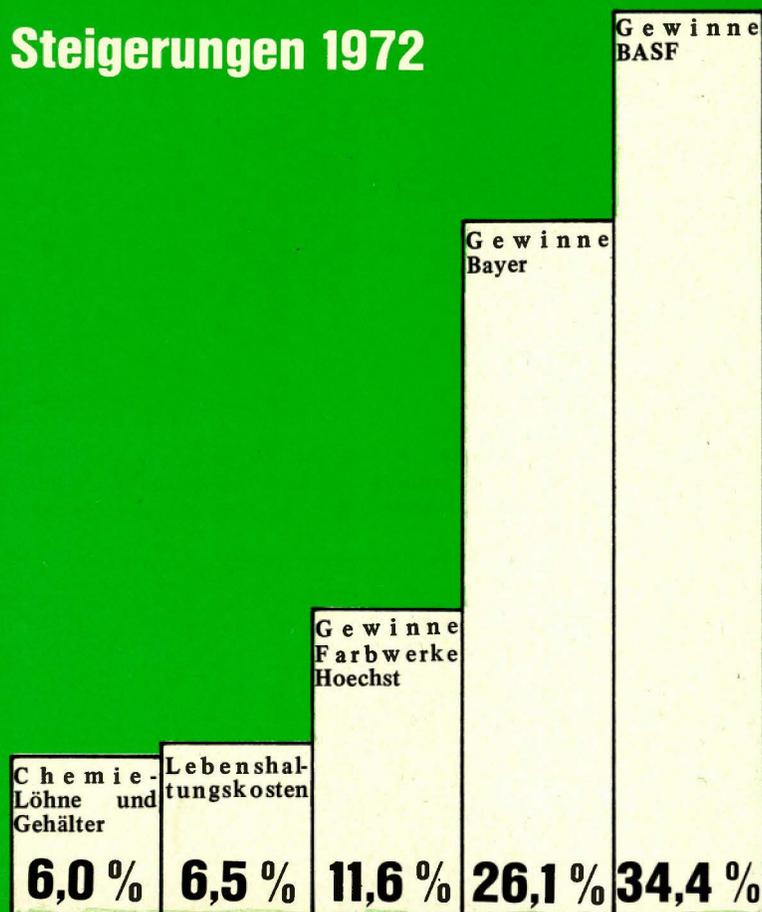
(Aus „Die Feile“, Zeitung für Lehrlinge und Jungarbeiter bei Krupp, Bochum, Nr. 21)

elan-Artikeldienst – eine Hilfe für alle Lehrlings-, Betriebs- und Berufsschulzeitungen. Erhältlich bei Redaktion elan, 46 Dortmund, Brüderweg 16

Chemie-Bosse mit goldener Nase

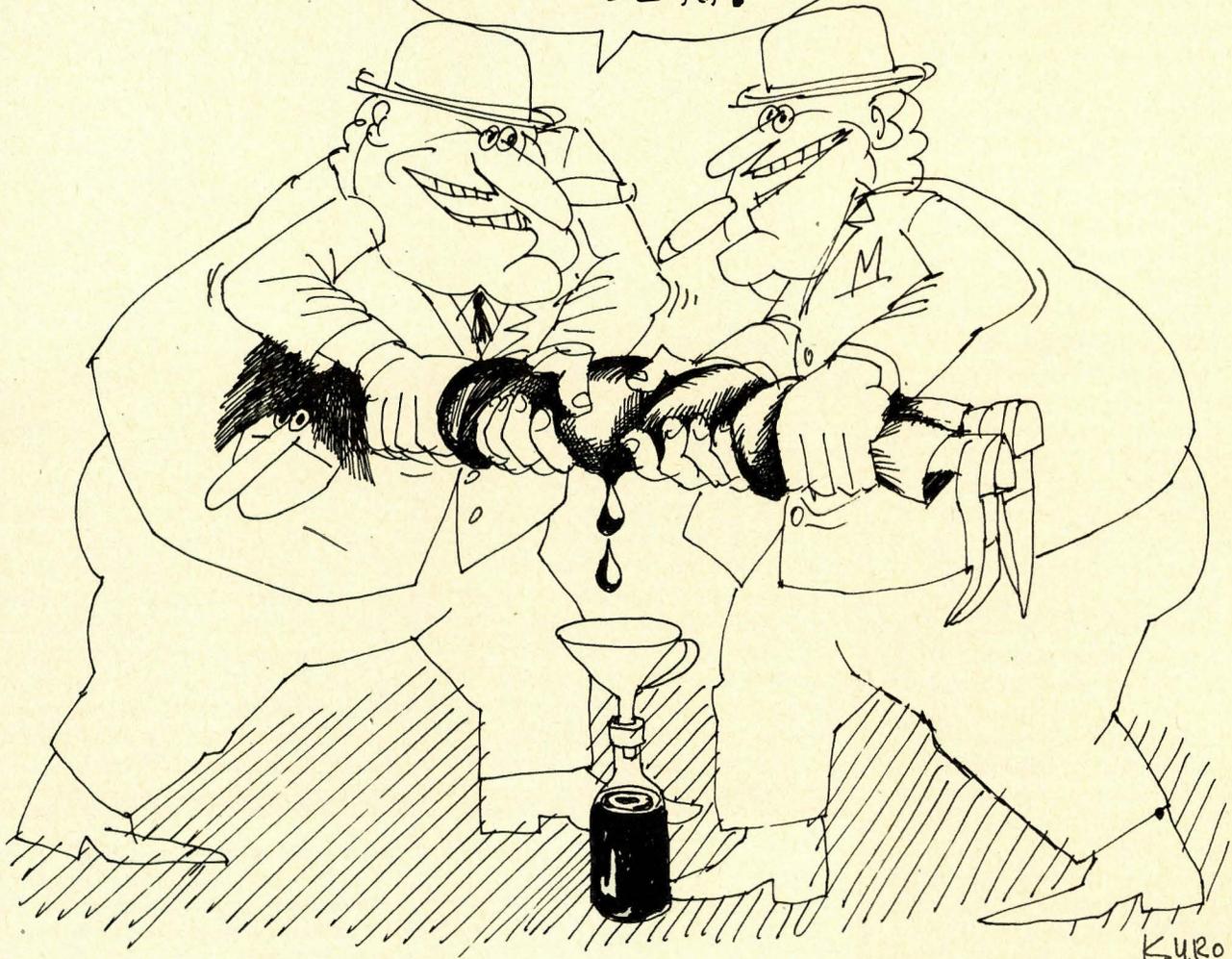
**Das sollte man wissen:
Informationen zur Tarifrunde in der
Chemie-Industrie/
Lehrlinge bei BASF: 150 DM mehr!**

Steigerungen 1972



Arbeiter sind eine Menge wert für die Bosse. Bei den Chemiegiganten BASF in Ludwigshafen runde 130 000 Mark pro Jahr! Soviel Umsatz holen sie in zwölf Monaten aus jedem ihrer 93 000 Arbeiter und Angestellten heraus. Und damit die Kasse der Bosse stimmt, müssen sich Arbeiter schon in Schweiß bringen: die Arbeitsproduktivität stieg allein von 1962 bis 1970 um 100 Prozent (Gesamtindustrie der BRD: 50 Prozent). Nun sagen Umsätze allein wenig über die Gewinne der Profitgeier aus. Aber auch da stimmt bei den Chemie-Haien die Rechnung: 1972 ließen sich die BASF-Bosse von ihren „lieben Mitarbeitern“ eine Profitexplosion bescherehen, die um 34,4 Prozent über dem Vorjahr lag. Als Dank und Anerkennung erhielten die Aniliner auch eine Lohnerhöhung: 6 Prozent. Doch die wurde leider mehr als aufgeessen von den galoppierenden Preisen. (6,5 Prozent Steigerung.) Dieses kleine Zahlenspiel beweist eigentlich gar nichts besonderes: das ist der gewöhnliche Kapitalismus. Doch dazu gehört dann natürlich auch, daß es gerade in diesen Wochen merkwürdig still um derartige Zahlen wird. Wen wunderts: die Chemie-Tariffbewegung steht vor der Tür!

HAST DU DAS AUCH SCHON IM
FERNSEHEN GEGESEHEN?
WIR SOLLEN DIE LEHRLINGE
AUSBILDEN!



KURO

den nächsten Monaten laufen die alten Tarifverträge der chemischen Industrie aus. Am 31.3. in den Bezirken Nordrhein, Rheinland-Pfalz und Hessen, am 30.4. in Westfalen, Bremen, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hamburg und Baden-Württemberg, am 31.5. in Bayern und Saarland. Dann geht es um eine Lohnforderung, die sowohl der Preistreiber als auch den märchenhaften Gewinnen der Chemie-Bosse gerecht wird. Die Kampfbereitschaft in den Betrieben ist bereits sichtbar geworden. Auch die Lehrlinge – vor allem in den Konzernbetrieben – bereiten sich darauf vor, daß die dringend notwendigen Lohn-Tariferhöhungen nicht vom Boß auf dem silbernen Tablett serviert werden. Die Jugendvertretung der BASF hat klipp und klar erklärt: 150 DM mehr für jeden Lehrling!

Die gleiche Forderung hörten wir von Beiersdorf in Hamburg. Außerdem geht es den Lehrlingen darum, die Altersstaffeln (soweit noch vorhanden) nun endgültig abzuschaffen.

Insgesamt ist die IG Chemie, Papier, Kera-

mik für die kommenden Kämpfe gut gerüstet. Durch einige wichtige Satzungsänderungen wurde ihre Kampfkraft erheblich erhöht.

Bedeutendste Änderung ist, daß die Tarifkommissionsmitglieder nun direkt von den Vertrauensleuten im Betrieb gewählt werden und somit auch direkt im Betrieb Rechenschaft ablegen müssen. Durch diese Regelung ist die Bestätigung sehr geringer Abschlüsse – über die Köpfe der Kollegen im Betrieb hinweg, wie kürzlich in der Metallindustrie – schwerer möglich.

Weiterhin wurden die Tarifrichtlinien dahingehend verändert, daß die Leitungen der Vertrauensleutenkörper verpflichtet sind, „rechtzeitig vor Tarifverhandlungen ... Versammlungen der gewerkschaftlichen Vertrauensleute in den jeweiligen Tarifbezirken durchzuführen.“

Die Vertrauensleute werden verpflichtet, „als Träger und Übermittler des Willens der Gewerkschaftsmitglieder die tarifpolitischen Wünsche und Vorstellungen im Bereich der Tarifpolitik“ zu diskutieren.

Weiter wurde beschlossen, daß „wenn es

der Ablauf der Tarifverhandlungen erfordert, möglichst Zwischen-, Teil- oder Endergebnisse bei den Vertrauensleuten zur Diskussion gestellt“ werden.

„Die gewerkschaftlichen Vertrauensleute sind verpflichtet, Informationen der Gewerkschaft an die Gewerkschaftsmitglieder weiterzuvermitteln, sowie Verlauf und Ergebnis der Tarifverhandlungen den Mitgliedern im gewerkschaftlichen Sinne zu erläutern.“

Das bedeutet, daß Forderungen aus den Betrieben entwickelt werden können und der Kampf um ihre Verwirklichung mobiler und machtvoller geführt werden kann. Daß die Bosse zahlen können, ist absolut klar. Daß Lehrlinge und Arbeiter mehr Geld brauchen ebenso. Das am praktischen Beispiel nachzuweisen ist eine wichtige Aufgabe. Wie Lehrlinge in Kaiserslautern, die festgestellt und veröffentlicht haben, daß sie für eine einzige Kinokarte einen Tag arbeiten müssen. Das wird die Gewerkschaftsjugend ihrem Ziel näherbringen, einen Lehrlingslohn zu erkämpfen, der das Leben unabhängig von Dritten ermöglicht.

Wohin man blickt: Jugendliche. Vielleicht 1 000 oder auch mehr, allein hier auf der Kham-Tien-Straße in Hanoi. Sie haben Fahnen des Verbandes der Werktätigen Jugend Ho Chi Minh in Erdhügel gepflanzt und beginnen mit Hacken und Schaufeln, die Folgen eines einzelnen der Millionen amerikanischen Verbrechen gegen die Völker Indochinas zu beseitigen. Die Trümmerlandschaft an der Kham-Tien-Straße deutet darauf hin, daß hier bis zum 26. Dezember 1972 eine dichtbesiedelte Wohngegend der nordvietnamesischen Hauptstadt angetroffen war. Bis zu jenem Tage am heiligsten Fest der Christen, als die B 52-Bomber kamen. Geschickt von Politikern, Industriebossen und Generalen der USA, die in beheizten Behausungen bei Truthahn und Sherry der Geburt Christi gedachten. Gesteuert von Männern mit einer perfekten Ausbildung zum Töten und ohne Skrupel beim Niederwalzen friedlicher Wohngebiete.

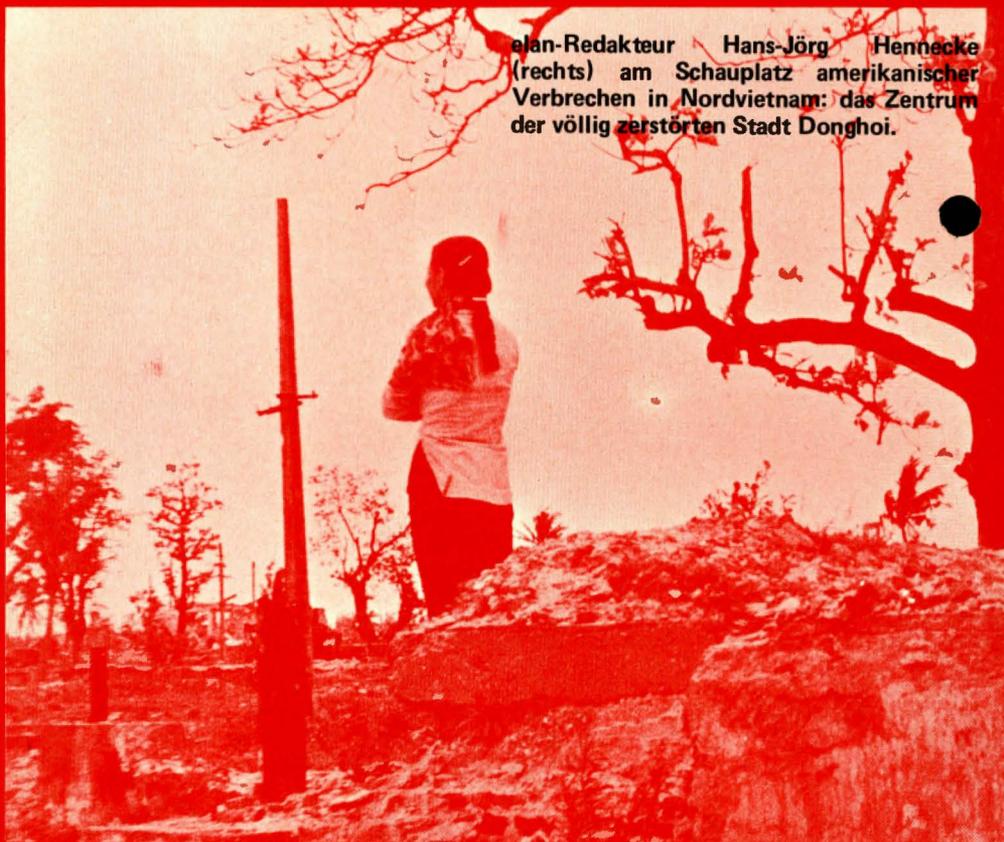
Die Überlebenden jahrelanger amerikanischer Massaker sind ungebrochen und ohne Pause zum Wiederaufbau ihrer zerstörten Heimat übergegangen. Einfache Menschen, die einen großartigen Sieg über das verbrecherischste, brutalste und zynischste System der Gegenwart errungen haben: den amerikanischen Imperialismus. Täglich sind Brigaden von Jugendlichen auf der Straßenbaustelle im Einsatz. Sie haben sich vorgenommen, ihren Teil zum umfassenden Plan für die Beseitigung der Kriegsschäden und den weiteren Aufbau der Hauptstadt in freiwilligen Einsätzen außerhalb der Arbeitszeit zu leisten. In den nächsten Monaten soll die 1 300 Meter lange neue Kham-Tien-Straße entstehen. Die Fahrbahn wird auf 18 Meter verbreitert, alles großzügiger und geräumiger gestaltet, als vor der Zerstörung. Hunderttausend Arbeitstage sind dafür vorgesehen. Ein Beispiel von Tausenden. Vietnam 1973. Das gerade jetzt unsere entschlossene und kämpferische Solidarität braucht. Es gehört zu unserer Verantwortung, dafür zu kämpfen, daß die Bundesregierung unverzüglich die Demokratische Republik Vietnam und die Provisorische Revolutionäre

Jugend klagt den Imperialismus an:

Vietnam gerade jetzt

Regierung Südvietnams anerkennt. Und daß jetzt endlich die Devisenausgleichszahlungen als unmittelbare Finanzspritze der BRD für die weltweiten amerikanischen Verbrechen eingestellt werden. Das Devisenausgleichsabkommen BRD – USA läuft am 30. Juni 1973 aus. Es darf kein neues geben! Das sind Aufgaben der breiten Vietnam-Solidaritätsbewegung in der Bundesrepublik, die ihre Kraft nicht zuletzt durch die gemeinsame Demonstration der 30 000 am 20.

Januar in Dortmund bewies. Vietnam hat schonungslos entlarvt, was sich hinter dem Begriff Imperialismus verbirgt. Diesem menschenfeindlichen System, Inbegriff jedes nur denkbaren Verbrechens, müssen wir massenhaft und ausdauernd entgegentreten. Davon wird auch die Vorbereitung des X. Festivals im Sommer in Berlin/DDR geprägt sein. Auf dem als wichtiges Ereignis ein ständiges Tribunal der Jugend gegen den Imperialismus tagen wird.



Plan-Redakteur Hans-Jörg Hennecke (rechts) am Schauplatz amerikanischer Verbrechen in Nordvietnam: das Zentrum der völlig zerstörten Stadt Donghoi.

nam~ Solidarität!

W Während amerikanische Verbrechen in Indochina wahre Orgien feierten und US-Nixon durch Völkermord der heimischen Rüstungsindustrie märchenhafte Gewinne zuschanzte, schwieg Friedensnobelpreisträger Willy Brandt. Ist der Preis mit einer Schweigepflicht verbunden? Natürlich nicht! So untätig wie oft vermutet wird, war der „Friedenskanzler“ auch gar nicht. Während Nixon morden ließ, beteiligte sich die Bundes-

regierung (deren politische Richtlinien Brandt bestimmt) finanziell an dem Unternehmen. Und zwar mit 6,65 Milliarden DM Devisenausgleichszahlungen. Finanzieller Ausgleich für die Anwesenheit von US-Truppen in der BRD. Diese Finanzspritzen für den kriegskranken Dollar belebten das Geschäft der amerikanischen Völkermord-AG. Trotzdem errangen die Völker Indochinas einen grandiosen Sieg über den Terror made in USA. Die



Amerikaner wurden zum Abzug gezwungen und mit ihnen droht ihr Einfluß in Indochina zu schwinden.

Was tut die Bundesregierung: sie bietet dem verwüsteten Vietnam humanitäre Hilfe an, Höhe: 30 Millionen DM! Das ist weniger als ein halbes Prozent von dem, was die Amerikaner in Form von Devisenausgleich erhielten! Ein Almosen, mit dem man unter den veränderten Bedingungen in Indochina im Geschäft bleiben möchte.

Nun hat es bei uns immer Bürger gegeben, die ihre Solidarität mit Vietnam nicht nur per Sprechchor bewiesen, sondern dafür auch tief in die Tasche griffen. Mehrere Millionen DM wurden inzwischen aufgebracht.

Einen hervorragenden Platz nimmt dabei die Hilfsaktion Vietnam ein, die bisher für über vier Millionen DM medizinische Hilfe nach Vietnam brachte. Und damit sie für die Menschen wirksam wurde (und nicht für korrupte Beamte zum Handelsobjekt), lieferte die Hilfsaktion an das Rote Kreuz von Nordvietnam, das Rote Kreuz der Provisorischen Revolutionären Regierung Südvietnams und unabhängige buddhistische Sozialarbeiter in Saigon.

Doch diese bewährte Hilfsaktion duldet die Bundesregierung nicht in ihrem „humanitären Programm“. Von einem Konsultativgespräch im Bundesinnenministerium wurde sie ausdrücklich ausgeschlossen. Die Absicht ist offenkundig: Bonns Hilfe soll dem korrupten Regime der US-Marionette Thieu in Saigon zugute kommen. Das muß verhindert werden! Indochina braucht keine Almosen, sondern großzügige Milliardenhilfe für den Wiederaufbau ohne politische Bedingungen! Keine Mark für Thieu und seine Mord- und Folter-Diktatur! Die Bundesregierung muß unverzüglich die Demokratische Republik Vietnam diplomatisch anerkennen und diplomatische Beziehungen zur Provisorischen Revolutionären Regierung Südvietnams aufnehmen.



Es war am 28. Januar 1973, als das Waffenstillstandsabkommen in Kraft trat: Um ein Uhr MEZ, acht Uhr Ortszeit in Vietnam.

Das „Abkommen über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam“, das am 27. Januar 1973 in Paris unterzeichnet wurde, sieht unter anderem vor:

– „Artikel 1: Die Vereinigten Staaten und alle anderen Ländern respektieren die Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territoriale Integrität Vietnams, wie sie in den Genfer Abkommen über Vietnam von 1954 anerkannt wurden.“

– Wie sieht die Wirklichkeit nach Inkrafttreten des Waffenstillstandsabkommens aus? Welche Chance hat der Frieden, nicht

Keine Mark für Thieu!

nur auf dem Papier, sondern auch tatsächlich in Vietnam zustande zu kommen? Die Regierung der USA hatte bereits 1954 dem Genfer Abkommen über Vietnam zugestimmt. Aber sie war es auch, die dieses Abkommen brach, indem sie Militärberater zur Unterstützung des reaktionären Saigoner Regimes entsandte und so 1956 freie und allgemeine Wahlen in ganz Vietnam verhinderte.

Das südvietnamesische Thieu-Regime hat das neue Abkommen bereits mehrfach gebrochen, wie auch bürgerliche Pressebeirater statter zugeben mußten.

– Da heißt es in Artikel 3c) des Abkommens: „Die regulären Streitkräfte aller Waffengattungen und Truppenteile sowie die irregulären Streitkräfte der Parteien in Südvietnam werden alle Kampfhandlungen gegeneinander einstellen . . .“

– Am 29. Januar meldete die „Tageschau“ schwere Kämpfe im Raum Saigon und in der Umgebung mehrerer Provinzhauptstädte mit der Anmerkung, beide Seiten hätten sich des Bruchs des Abkommens beschuldigt. In einem Nachsatz

Thieu bricht Abkommen

wurde man dann deutlicher: in Vietnam tätige Journalisten hätten berichtet, daß die südvietnamesische Luftwaffe mit Napalm-Angriffen auf verschiedene Ortschaften den Waffenstillstand unmittelbar nach Inkrafttreten gebrochen haben.

Aber auch Vertreter der US-Regierung haben bereits angekündigt, daß sie zum Bruch des Abkommens bereit sind.

So heißt es weiter im Abkommen: „Artikel 4: Die Vereinigten Staaten werden ihr militärisches Engagement nicht fortsetzen und sich nicht in die inneren Angelegenheiten Südvietnams einmischen.“

Artikel 5: Innerhalb von sechzig Tagen nach der Unterzeichnung dieses Abkommens werden alle Truppen, Militärberater und das militärische Personal einschließlich des technischen Militärpersonals und des

Vietnam- gerade jetzt Solidarität!



im Zusammenhang mit dem Befriedigungsprogramm tätigen Militärpersonals, sowie Waffen, Munition und Kriegsmaterial der Vereinigten Staaten . . . aus Südvietnam abgezogen.“

Die US-Regierung verkündete unmittelbar nach der Unterzeichnung des Abkommens, daß sie die Thieu-Regierung, die keinen Halt in der Bevölkerung hat, weiter stützen will und daß sie bei einem „Bruch des Abkommens durch die Gegenseite“ auch wieder entschlossen sei, sich militärisch zu engagieren. Der stellvertretende US-Präsident Spiro T. Agnew bekräftigte diese Haltung seiner Regierung auf einer Rundreise zu den reaktionären Regierungen in Saigon, Pnom Penh und Vientiane. Das zeigt, daß letzten Endes noch nicht einmal die häufig dementierte Atomdrohung des stellvertretenden US-Kriegsministers Clements vom Tisch ist.

Was den Abzug des militärischen Geräts

Weiter Napalm-Angriffe

angeht, meint die US-Regierung eine besonders clevere Lösung gefunden zu haben: amerikanisches Kriegsgeschütz in Südvietnam wurde und wird den Militärs des Thieu-Regimes zur Verfügung gestellt, an Flugzeugen werden die Hoheitszeichen der US-Luftwaffe einfach mit dem der Thieu-Armee überpinselt.

Aber auch der Terror der Thieu-Clique gegen die Zivilbevölkerung in ihrem unmittelbaren Einflußbereich geht weiter, ja hat sich sogar noch erheblich verschärft.

Im Artikel 8c) des Abkommens heißt es: „Die Frage der Rückkehr der in Südvietnam gefangenen und festgehaltenen vietnamesischen Zivilpersonen wird von den beiden südvietnamesischen Parteien geregelt werden.“ Und in Artikel 11 geht es weiter: „Unmittelbar nach dem Waffenstillstand werden die beiden südvietnamesischen Parteien:

+ nationale Versöhnung und Eintracht herbeiführen, dem Haß und der Feindschaft ein Ende bereiten und alle Repressalien und Akte der Diskriminierung gegen Einzelpersonen oder Organisationen verbieten, die mit der einen oder anderen Seite zusammengearbeitet haben;

+ die demokratischen Freiheiten des Volkes garantieren: persönliche Freiheit, Redefreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Freiheit der Organisation, Freiheit der politischen Aktivitäten, Glau-

Terror und Mord

bensfreiheit, Bewegungsfreiheit, freie Wahl des Wohnsitzes, freie Wahl des Arbeitsplatzes, Recht auf Eigentum und Recht auf freie Unternehmensbetätigung.“ Die Saigoner Regierung hat bis heute nichts unternommen, um die Verwirklichung dieser Punkte zu ermöglichen. Im Gegenteil: sie hat den innenpolitischen Terror verschärft. Nach wie vor gibt es eine scharfe Pressezensur. Kommunisten und neutrale Kräfte, Katholiken und Buddhisten, werden verfolgt, gefoltert und hingerichtet.

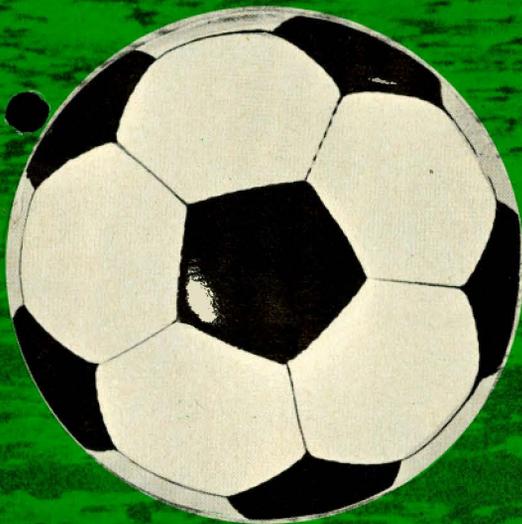
Armee und Polizei haben den Befehl, jeden, der im Verdacht steht, Kommunist zu sein, mit den Kommunisten zu sympathisieren oder mit der Befreiungsbewegung und ihrer Regierung zusammenzuarbeiten, sofort, an Ort und Stelle zu erschließen. Es reicht schon zur Aburteilung, wenn bei jemandem Münzen der Provisorischen Revolutionären Regierung Südvietnams gefunden werden.

Der Denunziation wurde Tür und Tor geöffnet: Wer beschuldigt wird, auf Seiten der Befreiungsfront zu stehen, wird verhaftet. Zu seiner Aburteilung reicht bereits eine Zeugenaussage aus.

Und nach wie vor werden Tausende Vietnamesen in KZ's, die „Wehrdörfer“ genannt werden, gefangengehalten. Es ist ihnen mit Beginn des Waffenstillstandes ausdrücklich verboten worden, in ihre Heimdörfer zurückzukehren. Wer es trotzdem versucht, muß damit rechnen, ermordet zu werden. Auch seine zurückgebliebenen Familienangehörigen sind zum Tode verurteilt, da angekündigt wurde, daß ihnen in solchen Fällen die Lebensmittelzuteilung zu entziehen ist.

Vom Frieden ist die Bevölkerung Südvietnams noch weit entfernt. Und das Saigoner Regime, die das Waffenstillstandsabkommen nur zähneknirschend unterzeichnet hat, tut alles – weiterhin unterstützt durch die Regierung der USA – den Frieden in noch weitere Ferne zu rücken.

**Ein neuer
Star am
Fußballhimmel:**



Sie sind die Stars unter den Ballartisten auf dem Rasen: die mit brillanten Spielzügen, gekonnten Täuschungsmanövern, scharfen, präzisen Schüssen, in packenden Zweikämpfen, die Begeisterung auf den Siedepunkt treiben. Zu ihnen gehört Günter Pröpper, Torjäger und Kopfballspezialist des Wuppertaler SV. Und seinetwegen ist elan-Reporter Georg Rohde nach Wuppertal gekommen: Wer ist „Meister Pröpper“? Heute ist Donnerstag, und das Zoostadion in Wuppertal bleibt leer. Am Nachmittag geht ein feiner Nieselregen nieder. Wer jetzt auf die menschenleeren Ränge blickt, kann sich kaum vorstellen, daß am nächsten Samstag 15 bis 20.000 – bei Schlagerspielen sogar bis zu 25.000 – Fußball-Fans das Stadion füllen werden. Zigtausend Lehrlinge und Schüler, Arbeiter, Angestellte und Beamte, junge und alte, die natürlich nicht ruhig dasitzen werden, wie in der Oper, sondern auf das Geschehen um das runde Leder mit begeistertem Brüllen, tausendfachen Torschreien antworten, die schließlich nach 90 Minuten in den erlösenden Schreimünden, den der Schlußpiff des Schiedsrichters auslöste.

Meister Pröpper



Meister Pröpper

Ich treffe Günter Pröpper beim Training auf dem Nebenplatz des Zoostadions, wo er vom aufgeweichten, pfützenbedeckten Boden die Trainingsbälle aufs Tor knallt. Rund ums Spielfeld stehen einige WSV-Anhänger – kritische Beobachter des Trainings „ihrer“ Mannschaft – und Steppkes auf Autogramm jagd.

Die anfeuernden Zurufe kommen heute fast ausschließlich von Trainer Buhtz, dem Mann, der an dem sicheren Bundesliga-Dasein des WSV auf den vorderen Tabellenplätzen maßgeblichen Anteil hat.

Trainer Buhtz ist besorgt: „Ja, fotografieren Sie nur und stellen Sie Fragen. Aber bitte behindern Sie die Leute nicht beim Training.“

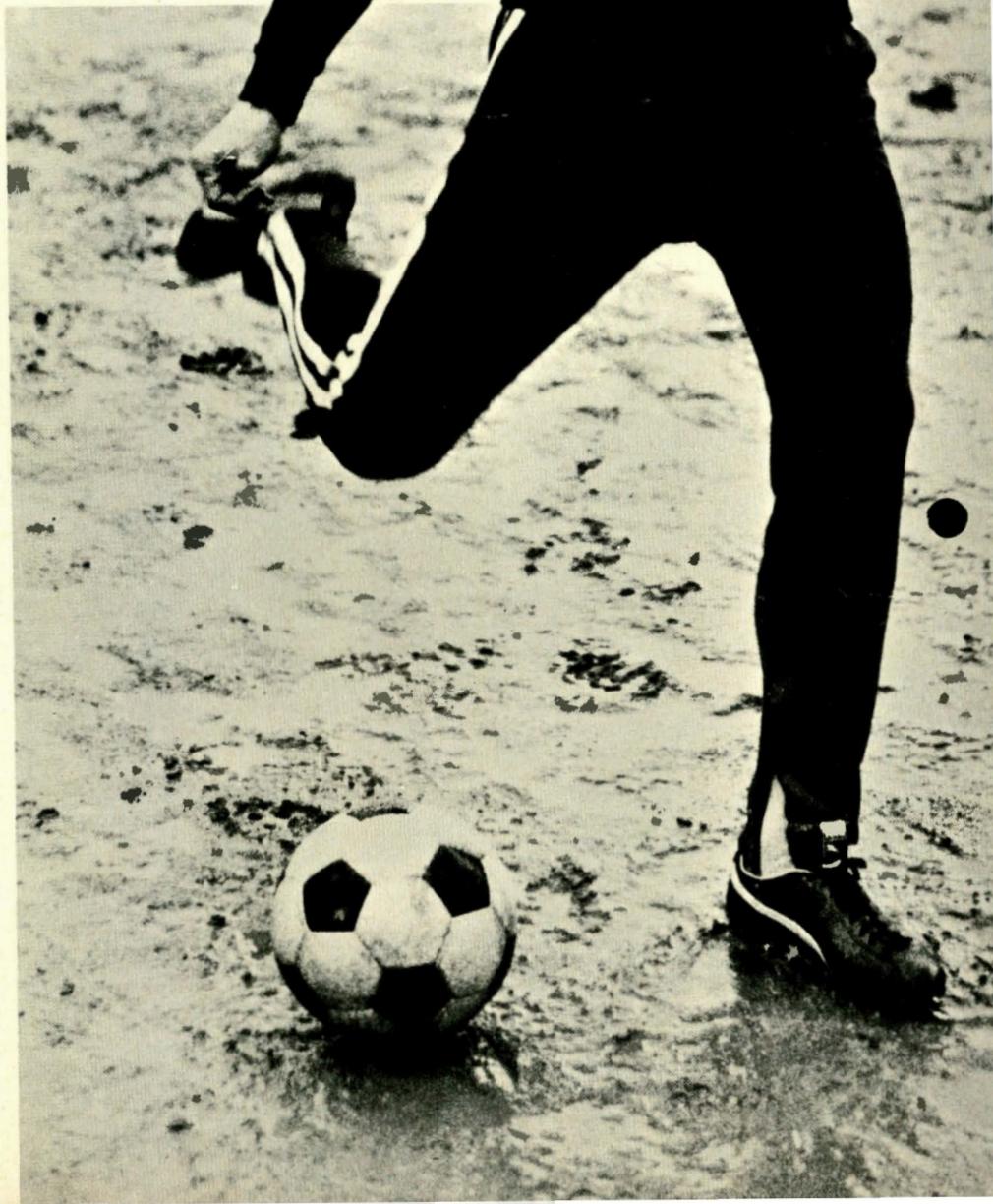
Training – das ist mein Stichwort.

Günter Pröpper gibt die Antwort: „Trainiert wird bei uns jeden Tag, so von 16.30 Uhr bis 18.00 Uhr. Dazu kommt das Trainingslager an jedem Wochenende. Die Mannschaft trifft sich dann freitags um 13 Uhr und ist bis nach dem Spiel zusammen.“



**Alle kennen
„Meister
Pröpper“**

Aber Meister Pröppers Wirken besteht nicht nur aus dem Fußballspielen. Er hat Elektroschweißer gelernt, arbeitet heute bei der Stadtverwaltung im Bäderamt. Auch da ist er bekannt wie ein bunter Hund. Fragt man bei der Zentrale in der Stadtverwaltung: „Können Sie mich bitte mit Herrn Pröpper verbinden?“, dann erübrigt sich die zusätzliche Angabe des Nebenanschlusses oder der Abteilung: Man weiß sofort bescheid. Meinte ein Wuppertaler Fußballfreund: „Viele wissen nicht mal, wo der Oberbürgermeister sitzt, aber wo der Pröpper zu finden ist, wissen sie alle.“



die Antwort. Wohlgermerkt, die Treffer aus Freundschaftsspielen und anderen Begegnungen nicht eingerechnet . . .

„Worauf würden Sie die Erfolge in den letzten Jahren zurückführen, die persönlichen und die des Vereins“, frage ich weiter.

Hier ist die Antwort sofort klar: „Wir sind ein eingespieltes Team. In die Mannschaft wurde kein Star geholt, der sich wie eine Primadonna aufführt und alle mit seinen Allüren aus dem Konzept bringt.

Außerdem kommen wir im Training gut miteinander zurecht. Und nicht zuletzt spielt da natürlich das ausgezeichnete Verhältnis zwischen der Mannschaft und Trainer Buhtz eine Rolle.“

Wodurch unterscheidet sich denn das Training beim WSV im wesentlichen vom Training bei anderen Vereinen, will ich wissen.

„Wir machen fast ausschließlich Training am Ball. Auf die Aschenbahn gescheucht werden wir praktisch nie.“

Das heißt nicht, daß beim WSV das süße Leben eingerissen ist. Das Training ist so anstrengend wie überall. Man sieht's den Spielern an, als sie abends gegen sechs schnaufend und schweißtriefend in die Kabinen traben.

Einige Fragen an Günter Pröpfer blieben noch offen. Nach einiger Zeit treffe ich ihn vor den Umkleieräumen wieder. Pröpfer wird landauf, landab ‚Kopfballspezialist‘ genannt. Was hat es damit auf sich?

Pröpfer lächelt: „Da ist schon was dran. Das ist meine Stärke. Und wahrscheinlich liegt's auch daran, daß ich bis heute so viele Tore geschossen habe. Die kopfstarken Spieler sind meist auch die Torgänger. Sie sind nicht nur auf das Beinspiel angewiesen. Und Kopfbälle können manchmal überraschender placiert werden als ein Schuß.“

„Günter Pröpfer, Sie sind inzwischen 31 Jahre alt. Jede, auch eine große Fußballkarriere geht einmal zu Ende. Was kommt dann? Wird Günter Pröpfer dann Fußballtrainer?“

„Mit Sicherheit nicht. Trainer mach' ich nie. Bis dahin hab' ich wohl auch die Nase voll. Und gerade als Trainer muß man sich noch mehr auf den Fußball konzentrieren, als ich heute. Nein, ich werde weiter bei der Stadtverwaltung arbeiten. Nebenher muß es dann natürlich etwas Ausgleichssport geben. Vielleicht spiele ich dann bei den ‚Alten Herren‘. Auf jeden Fall werde ich dann aber öfter schwimmen gehen als bisher.“



Vietnam: Froh über Waffenstillstand

Eine Frage bleibt mir noch zum Abschluß, die mir besonders auf der Zunge brennt: Sport, sagt man immer, ist etwas völkerverbindendes. Frieden und Verständigung – dazu gehört der Sport. Ich frage Günter Pröpfer: „Machen Sie sich, macht sich ein Spitzensportler, dessen Bild immer wieder auf den Sportseiten der Zeitungen auftaucht, der im Rampenlicht sportlichen Geschehens steht – macht der sich auch mal Gedanken über den Frieden, über Vietnam zum Beispiel?“ Nach einigem Überlegen kommt die Antwort: „Wir können uns kaum in das reindenken, was in Vietnam geschehen ist. Es ist grauenvoll und das Elend ist unbeschreiblich. Ich bin froh, daß dort jetzt ein Waffenstillstand abgeschlossen worden ist. Das ist schon ein großer Fortschritt.“

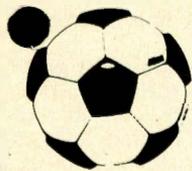
Das äußert sich dann zum Beispiel so, daß um die Zeit der Mittagspause und gegen Dienstschuß die Autogrammjäger mit Pröpfers Bildnis aus der „Wundertüte“ am Eingang zum Amt stehen und auf ihren großen Meister warten.

Alles in allem ein volles Programm: Morgens um 6.15 aufstehen, ins Büro, 15.30 Uhr Dienstschuß, kurz nach Hause, dann sofort zum Training auf den Platz.

Und wie sieht's da noch mit Familie und Familienleben aus?

„Ich bin jetzt 31“, erzählt Günter Pröpfer. „Seit acht Jahren bin ich verheiratet und wir haben einen fünfjährigen Sohn. Natürlich ist das nicht einfach. Aber meine Frau hat Verständnis, und im Laufe unserer Ehe hat sich das auch eingespielt.

Ich kann mir aber durchaus vorstellen, daß es da bei jungen Spielern, in jungen Ehen Probleme geben kann.“



Keine Zeit für Hobbys

Hobbys? Bleibt dafür noch Zeit?

„Hobbys kennen wir gar nicht. Ich bin froh, wenn ich mal bei der Familie sein kann. – Sonntag morgens, da gehen wir schon mal schwimmen. Das macht uns Spaß.“

Dann die immer wiederkehrende Frage an einen Star, wie er ein Star wurde.

Fußball spielt er schon seit eh und je. Pröpfer: „Anfangen habe ich in Dorsten, dann drei Jahre in Osnabrück gespielt und schließlich noch zwei Jahre bei Rot-Weiß Essen, bis ich vor dreieinhalb Jahren nach Wuppertal kam.“ Er denkt kurz nach, bevor er meine Frage beantwortet, wieviel Tore er bereits für den WSV dem Gegner in den Kasten gesetzt hat.

„Einhundertzehn Meisterschaftstore für den WSV in dreieinhalb Jahren“, kommt



Herzliche Grüße
an alle Fußballfreunde
G. Pröpfer

EIN GROSSARTIGER ANSCHLUSS

Vielleicht hängt es damit zusammen, daß ich seit zwanzig Jahren in diesem Büro für schwer bestellbare Briefe arbeite, vielleicht haben sich meine Kollegen einen Scherz mit mir erlaubt, oder das Ganze ist wirklich bloß in einem technischen Versagen begründet, jedenfalls hat sich mein Leben seit dem 1. November grundlegend gewandelt. Jeder weiß ja, wie das ist: Morgen für Morgen zwingt man sich hinter den Schreibtisch. Hat man sich gerade hübsch eingerichtet, alle Stifte gespitzt und die Mappen und Hefter rechtwinklig zur oberen Tischkante angeordnet, dann erscheint so um neun herum eine Kollegin, die wirft einem mit kühnem Schwung einen Haufen Briefe unter die Nase, mit denen man nun fertig werden muß. Meine Briefe sind die schwer bestellbaren, also solche, auf denen beispielsweise steht: „Hans Müller, Leipzig“. Oder bloß: „Lehmann, DDR“. Meine Aufgabe ist es, mit Hilfe eines Telefons, mehrerer Adreßbücher und gelegentlicher intuitiver Eingebungen wenigstens einen Teil dieser Briefe dem richtigen Empfänger zuzustellen.

Jedermann wird verstehen, daß mein Eifer in zwanzig Dienstjahren erlahmte, ja, daß mich die Untauglichkeit so vieler Objekte dazu verführt hatte, tagelang an meinem Schreibtisch zu sitzen und nichts zu tun. Am 1. November also, der Morgen war so neblig, wie irgendein Novembertag eben sein kann, montierte mir ein Kollege das neue Telefon. Mein altes war seit einem halben Jahr gestört, und ich hatte es eigentlich auch gar nicht gebraucht. Kaum hatte der Monteur die Tür hinter sich geschlossen, kam der erste Anruf.

„Alter Saufaus!“ donnerte die Stimme einer lustigen Person an mein Ohr. Ich bin Abstinenzler. Doch der Mensch ließ mich nicht zu Worte kommen, er polterte gleich



Von Steffen Mohr (DDR)

weiter: „Bin ich froh, daß ich dich erwische! Komm sofort zu mir, damit wir unser Abitur feiern können! Sechs Flaschen stehen kalt, du Schluckspecht. Ist das nichts? Also – bis gleich!“ Ich war höchst erstaunt. Nun weiß ich ja, daß sich die Leute am Telefon manchmal verwählen. Die Menschen sind nervöse und vergessliche Geschöpfe, das ist ihre Haupteigenschaft, ich muß das am besten wissen. Also schüttelte ich nur den Kopf und wollte die Angelegenheit vergessen. Da schrillte der Apparat von neuem. Diesmal war es eine Frau.

Sanft summte es aus dem Hörer: „Sie werden aus Wladiwostok verlangt.“ Gleich darauf knackte es ein paarmal, eine Jungensstimme rief: „Papa! Papa!“ Ich wußte so-

fort, daß es nicht mein Junge war, doch er redete weiter: „Du wolltest es doch gleich wissen, wenn wir den Fisch gefangen haben! Heute früh, dreizehn Meilen vor der Küste! Jetzt haben wir den Beweis erbracht, daß der Rochus streptocyrhus mit dem Cyrrhus streptorochus direkt verwandt ist! Übrigens grüßen dich alle anderen Ichthyologen!“

Ich bekam Mitleid mit diesem jungen Fischwissenschaftler, der sein Gespräch gewiß vor zehn Stunden angemeldet hatte und nun glaubte, endlich seinen Vater am Telefon zu haben.

Auf keinen Fall konnte ich ihn enttäuschen, etwa erklären, er sei falsch verbunden. Ich sagte: „Gut gemacht Junge.“ Ich legte in meine Stimme alle Wärme, die mir in diesem Augenblick zur Verfügung stand. „Haha“, lachte er, „deine Stimme klingt aber komisch über die Entfernung weg! Haha! Machs gut!“ Dann legte er auf.

Nach einigen Tagen hatte ich meinen Chef am Apparat. „Einen schönen guten Tag!“ begann er. Überhaupt schlug er einen ungewöhnlich salbungsvollen Ton an. „Ich komme auf unsere gemeinsamen Überlegungen zurück, die Abteilung für schwer bestellbare Briefe zu schließen. Es ist doch sowieso bloß ein Gammelposten“, sagte er. Ich erklärte ihm, daß es die Sorge um den Menschen verbiete, eine Abteilung, die so viel Gutes tue, einfach aufzuheben.

„Meinen Sie wirklich, daß da viel zu tun ist?“ fragte mein Chef mit tiefem Ernst.

„Ich weiß es genau. Ich würde sogar gelegentlich an eine Gehaltszuwendung für den Kollegen dort denken“, sagte ich. Ich war tatsächlich sehr erschöpft in den letzten Tagen. „Gut, wenn Sie meinen, Kollege Oberposttrat“, sagte mein Chef und verabschiedete sich ehrfürchtig.



blätter

elan-Interview:

Von Quartieren und Qualität – Festivalvorbereitung in der DDR

In fünf Monaten wird die Jugend der Welt in Berlin, der Hauptstadt der DDR, zu den X. Weltfestspielen der Jugend und Studenten zusammenkommen. Wie bereitet sich die Jugend der DDR und ihr sozialistischer Jugendverband, die Freie Deutsche Jugend, auf das Festival vor? Welche Aufgaben gibt es zu lösen? Welche Probleme gibt es? elan-Redakteur Peter Bubenberger sprach darüber mit Frank Bochow, Sekretär des Zentralrats der FDJ

elan: Die 2. Tagung des Internationalen Vorbereitungskomitees (IVK) hat im Oktober vergangenen Jahres ein Rahmenprogramm für das Festival beschlossen. Eine ständige Kommission wurde beauftragt, auf dieser Grundlage die Vorbereitungsarbeit aufzunehmen – wie laufen diese Vorbereitungen?

Frank Bochow: Ich möchte sagen: auf vollen Touren. Als Mitglied der Ständigen Kommission wirken wir aktiv an der Vorbereitung der Weltfestspiele entsprechend den Beschlüssen der 2. IVK-Tagung mit und wollen dazu beitragen, daß die vom IVK in breiter Diskussion mit allen Jugendverbänden beschlossenen Veranstaltungen durchgeführt werden können – termin- und programmgemäß. Wo werden z.B. unsere zahlreichen ausländischen Gäste, darunter auch die Freunde aus der BRD, untergebracht und entsprechend unserer Landessitte betreut werden? Mit solchen und anderen Fragen befassen sich verschiedene Kommissionen, die, wie im Fall unserer ausländischen Gäste, bereits die ersten Quartiere in Interna-

ten und Schulen besichtigten. Unter der Jugend unserer DDR hat das Festival in Berlin große Begeisterung und lebhaftes Interesse ausgelöst, sodaß schon eine große Zahl von ihnen die Reise nach Berlin machen wird. Sie wollen natürlich auch untergebracht und gepflegt werden.

elan: Und wie sehen die Vorbereitungen der DDR-Jugend auf das Festival in den Betrieben, Schulen, Universitäten, den Pionierfreundschaften und FDJ-Gruppen aus?

Frank Bochow: Mitte Januar haben wir auf der 7. Tagung des Zentralrats der FDJ ein Fazit dieser Aktivitäten gezogen. Es ist natürlich unmöglich, in diesem Interview alle Initiativen unserer Jugendlichen aufzuzählen, so breit ist diese Palette. Deshalb sollen hier drei Beispiele stellvertretend für viele andere stehen, die im Festivalsaufgebot der FDJ, dem Wettbewerb der FDJ-Grundorganisationen und Pionierfreundschaften untereinander, erreicht wurden. Dem „elan“-Leser ist sicherlich bekannt, daß die DDR ein sehr „heirats-

freudiges“ Land ist. Das bedeutet zugleich, daß wir eine Menge zusätzlicher Wohnungen brauchen, denn ein junges Paar möchte natürlich schnell eine eigene Wohnung haben. Es ist der Initiative zahlreicher Kollektive junger Bauarbeiter und FDJler zu danken, daß bisher 1 300 Wohnungen zusätzlich an junge Eheleute übergeben werden konnten. Zur Weltfestspielvorbereitung der jungen Gastgeber gehören auch viele freiwillige Arbeitseinsätze – sprich Subbotniks – an denen Hunderttausende teilnahmen, um ihre Städte und Dörfer, Straßen und Plätze zum Festival attraktiver und schöner zu machen.

Viele unserer jungen Arbeiter, Wissenschaftler und Studenten sehen ihre konkrete Weltfestspielvorbereitung darin, neue technische und theoretische Probleme aufzugreifen und zu lösen, um damit den wissenschaftlichen Vorlauf garantieren zu helfen und so einen konkreten Beitrag zur ökonomischen Stärkung ihres sozialistischen Vaterlandes zu leisten.

elan: Gastgeberland DDR – viele Jugendliche aus aller Welt, auch aus den kapitalistischen Ländern, werden zum ersten Mal in die DDR kommen. Was werden sie erleben und wie wird sich die Jugend der DDR am Programm des Festivals beteiligen?

Frank Bochow: Zunächst einmal: wir freuen uns auf alle Gäste und bemühen uns, gute Gastgeber zu sein. Die Jugend aller Kontinente wird von einer aufgeschlossenen DDR-Jugend in ihrer Hauptstadt Berlin herzlich empfangen werden. Wir werden viele gute Freunde treffen, und natürlich freuen wir uns auf die Begegnungen mit den Jugendlichen aus den sozialistischen Bruderländern, mit denen uns eine Vielzahl gemeinsamer, solidarischer Initiativen verbindet, besonders. Zu allen Veranstaltungen wird die Jugend der DDR ihren angemessenen Beitrag leisten und sich als Gastgeber vorstellen und bewähren, um das Vertrauen der Jugend der Welt zu rechtfertigen, das in uns gesetzt wurde mit dem Auftrag, die Weltfestspiele in unserem Land durchzuführen. Selbstverständlich werden wir uns besonders auf die großen Veranstaltungen



„... über unsere Arbeit, unser Leben werden unsere Gäste nicht zuletzt während des Festivals mit gesungenen Diskussionsbeiträgen unserer Singeklubs informiert werden...“

wie die Eröffnung, das antiimperialistische Zentrum, das Tribunal „Die Jugend der Welt klagt den Imperialismus an“, auf die verschiedenen Solidaritätsmeetings und auf die Abschlußkundgebung vorbereiten. Wir werden aktiv an den sportlichen Wettbewerben des Festivals teilnehmen und auf kulturellem Gebiet werden wir uns mit einem Nationalprogramm der DDR vorstellen. Es wird eine große Demonstration der Jugend der DDR geben unter der Losung: „Die Jugend der DDR grüßt die Jugend der Welt“. Und auf der „Freien Tribüne“, die wie bei den vergangenen Festivals eine ständige Einrichtung des offenen Gedankenaustauschs sein wird, werden FDJler über ihren Beitrag im antiimperialistischen Kampf, für Frieden und Freundschaft berichten. Unsere Gäste werden selbstbewußte junge Sozialisten kennenlernen, die zurecht darauf stolz sein können, was sie gemeinsam mit der Jugend der anderen sozialistischen Länder, insbesondere der Sowjetunion, für den Aufbau des Sozialismus und für unsere gemeinsame Sache, den Frieden in der Welt, geleistet haben.

elan: *Auf der zentralen Funktionärskonferenz der FDJ im Oktober 1972 beauftragte Erich Honecker die FDJ mit der Erarbeitung eines Entwurfes für ein neues Jugendgesetz der DDR...*

Frank Bochow: ... worauf wir natürlich aus mancherlei Gründen stolz sind. Und wir wollen uns alle Mühe geben, daß dieser Entwurf vielleicht noch vor Eröffnung der Weltfestspiele der Jugend unseres Landes zur breiten und umfassenden Diskussion übergeben werden kann. Denn so werden in der DDR, wo

die Grundrechte der Jugend längst verwirklicht sind, Gesetze gemacht. Wir sind stolz darauf, der Jugend der Welt eine solche entscheidende Grundlage des Sozialismus, die Engels einmal „die Freiheit, in Sachkenntnis entscheiden zu können“ nannte, vorstellen zu können. Und für manchen Gast aus den kapitalistischen Ländern, dessen Information über die DDR vielleicht nicht immer aus den saubersten Quellen gespeist wurde – ich möchte mir genauere Ausführungen z.B. über eine bestimmte antikommunistische Presse ersparen – wird auch diese wichtige Initiative unserer Jugend ein bedeutender Beitrag für ein realistisches Bild über unser Land darstellen.

elan: *Ein realistisches Bild der DDR – gibt es noch andere Formen, mit denen ihr die Jugend der Welt informieren werdet?*

Frank Bochow: Sicherlich, das ist eine vielfältige Palette. Nehmen wir einmal unsere Singebewegung: über 40 000 Mitglieder der FDJ und nicht in der FDJ organisierte Jugendliche haben sich in Singeklubs zusammengeschlossen, um den Gedanken des Festivals in allen Teilen unserer Republik mit Schwung und Elan unter allen Schichten der Bevölkerung bekannt zu machen. Einen Querschnitt dieser Festivallieder haben wir auf der 7. Tagung des Zentralrates der FDJ der Öffentlichkeit vorgestellt. Und wir haben uns alle sehr darüber gefreut, daß der weltbekannte Komponist und Schöpfer des Liedes „Spaniens Himmel...“, unser Paul Dessau einen wichtigen Beitrag zum Festival mit seinem neuen Lied „Die junge Welt ist in Berlin zu Gast“ geleistet hat. Über

unsere Arbeit, unser Leben werden unsere Gäste nicht zuletzt während des Festivals mit den gesungenen Diskussionsbeiträgen unserer Singeklubs informiert werden.

elan: *„Antiimperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft“ – wie verwirklicht die Jugend der DDR die Festivallosung, und was steht im Mittelpunkt?*

Frank Bochow: In Paris mußten die Vertreter des US-Imperialismus ihre Unterschrift unter das Waffenstillstandsabkommen für Vietnam setzen. Der heldenhafte Kampf des vietnamesischen Volkes, die Kraft der internationalen Solidarität haben diesen großen Sieg des vietnamesischen Volkes möglich gemacht. Von Anfang an hat die Jugend der DDR Seite an Seite mit den Freunden der anderen sozialistischen Länder die Solidarität mit den Völkern Indochinas zu ihrer eigenen Sache gemacht. Tausende Jugendkollektive leisteten materielle und finanzielle Hilfe. Vietnam wird weiterhin im Mittelpunkt unserer antiimperialistischen Solidarität stehen. Das zerbombte und verwüstete Land braucht gerade jetzt jede Hilfe und Unterstützung. So wie wir im Kampf um Frieden für Vietnam in den ersten Reihen standen, wird es auch beim Aufbau des Landes sein.

Aber auch alle anderen Länder, die um ihre nationale Unabhängigkeit und Befreiung vom Imperialismus kämpfen, werden die Jugend der DDR immer tatkräftig an ihrer Seite finden. Sei es in Chile, wohin wir erst vor kurzem ein Schiff mit Solidaritätsgütern entsandt haben, sei es in der Unterstützung der Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien in Afrika – die FDJ, die ganze Jugend der DDR ist sich jederzeit ihrer wichtigen Aufgabe im Rahmen der weltweiten Solidarität der Jugend bewußt. Und ich bin sicher, daß die X. Weltfestspiele ein sehr bedeutender Beitrag sein werden, das gemeinsame Handeln der Jugend aller Länder, ungeachtet ihrer verschiedenen weltanschaulichen und politischen Positionen zu festigen. In 81 Ländern haben sich in Vorbereitung der Weltfestspiele nationale Festivalkomitees von zum Teil sehr beachtlicher Breite gebildet. Über dieses weltweite, lebhaftes Echo auf das Festival freuen wir uns natürlich, denn es zeigt, welche Impulse zur Einigkeit im Kampf gegen den Imperialismus und für Frieden von der Festivalbewegung ausgehen. In Finnland gehören dem Nationalen Festivalkomitee insgesamt 42 Organisationen an – dieses Beispiel als eines von vielen macht deutlich, daß die Front der Jugend der Welt unter der Losung „Gegen den Imperialismus – für Solidarität, Frieden und Freundschaft“ so breit ist wie nie zuvor, wie es der finnische Reichstagsabgeordnete und Vorsitzende des finnischen Festivalkomitees, Björklund, ausdrückte.

Die junge Welt ist in Berlin zu Gast

Prof. Paul Dessau, weltbekannter Komponist und Nationalpreisträger der DDR schrieb dieses Lied für die X. Weltfestspiele, das bereits zum Programm zahlreicher Singegruppen gehört.

Die junge Welt ist in Berlin zu Gast

Text: Jens Gerlach

Musik: Paul Dessau

Freunde, euch grüßt eine sonnige Stadt! Freunde, Berlin grüßt den Frieden! Frieden ist gut! Freundschaft macht Mut, und der Frieden besteht durch die Solidarität!

Freunde, vereint euch in unserer Stadt! Freunde, ihr liebt doch den Frieden! Zeigt unserer Welt, wer sie erhält, denn die Kraft ist konkret und heißt Solidarität!

Freunde, erfüllt unsere blühende Stadt, Freunde, mit klingendem Frieden! Wo ihr auch zieht, sing euer Lied, daß die Erde sich dreht nur durch Solidarität!

Refrain:
Die junge Welt ist in Berlin zu Gast, und sie schert sich nicht drum, ob es den Feinden paßt! Wenn der Tag beginnt, weht ein frischer Wind – wir sind unbesiegbar, wenn wir einig sind! Die junge Welt ist in Berlin zu Gast! Unser Ziel ist erreichbar, also: Tritt gefaßt! Wer es ehrlich meint, der ist unser Freund – wer dem Frieden droht, ist unser Feind! Wer dem Frieden droht, ist unser Feind!

Freunde, euch grüßt eine sonnige Stadt!
Freunde, Berlin grüßt den Frieden!
Frieden ist gut!
Freundschaft macht Mut,
und der Frieden besteht
durch die Solidarität!

Freunde, vereint euch in unserer Stadt!
Freunde, ihr liebt doch den Frieden!
Zeigt unserer Welt,
wer sie erhält,
denn die Kraft ist konkret
und heißt Solidarität!

Freunde, erfüllt unsere blühende Stadt,
Freunde, mit klingendem Frieden!
Wo ihr auch zieht,
sing euer Lied,
daß die Erde sich dreht
nur durch Solidarität!

Refrain:
Die junge Welt ist in Berlin zu Gast,
und sie schert sich nicht drum,
ob es den Feinden paßt!
Wenn der Tag beginnt,
weht ein frischer Wind –
wir sind unbesiegbar, wenn wir einig sind!
Die junge Welt ist in Berlin zu Gast!
Unser Ziel ist erreichbar, also: Tritt gefaßt!
Wer es ehrlich meint,
der ist unser Freund –
wer dem Frieden droht, ist unser Feind!
Wer dem Frieden droht, ist unser Feind!

Jens Gerlach/Paul Dessau



Meldungen

In Frankfurt/M. sind zahlreiche Jugendverbände gemeinsam aktiv geworden, um in ihrer Stadt die Idee der Weltfestspiele bei der Jugend der Stadt bekannt zu machen und konkrete Aktionen der antiimperialistischen Solidarität zu starten. Der AStA der Fachhochschule / DGB-Kreisjugendausschuß / Gewerkschaftliche Arbeitsgemeinschaft der Fachhochschule und der Universität / Juso-Unterbezirk Frankfurt / Juso-Fachhochschulgruppe / MSB Spartakus

/ SDAJ / SHB und Verband der Kriegsdienstverweigerer haben sich abgesprochen, eine gemeinsame politische Plattform als Grundlage ihrer örtlichen Aktivitäten zu schaffen. Bereits im Februar wurden Vietnam-Basars durchgeführt, deren Erlös der „Hilfsaktion Vietnam e.V.“ überwiesen wird. Mitte März wird in einigen Frankfurter Jugendhäusern der Festival-Film gezeigt. Am 24. März wird eine Großveranstaltung zur antiimperialistischen Solidarität, insbesondere mit den ausländischen Kollegen in Frankfurter Betrieben durchgeführt. Eine Ausstellung über das Festivalland DDR wird am 31. März im Jugendclub des DGB eröffnet.

An der Frankfurter Festivalinitiative

haben bereits weitere Jugendverbände Interesse gezeigt und werden sich auf ihren Mitgliederversammlungen mit dem Festival beschäftigen – ein gutes Beispiel zum Nachmachen.

Die Ausstellung „SDAJ informiert über Festivalland DDR“ ist am 23.2.73 in Hamburg eröffnet worden. Die Ausstellung ist Teil einer Veranstaltungsreihe der SDAJ vom 23.2. bis 25.3.1973, in der in zahlreichen Diskussionsveranstaltungen mit DDR-Referenten das Festivalland DDR vorgestellt wird. Die Schwerpunktthemen der Veranstaltungen werden die Berufsausbildung, die Außenpolitik und Fragen der Demokratie in der DDR sein. Die Ausstellung

wird in folgenden Städten zu sehen sein: Nürnberg (7.-12.3.); Solingen (17.-25.3.); Frankfurt/M. (1.4.-15.4.) und Kiel (28.4.-5.5.)

In mehr als 80 Ländern haben sich in Vorbereitung der X. Weltfestspiele nationale Festivalkomitees gegründet und die Arbeit aufgenommen.

Das teilten am Mittwoch in Berlin Mitglieder der ständigen Kommission des Internationalen Vorbereitungskomitees (IVK) vor der Presse mit. Auf allen Kontinenten habe die Festivalbewegung einen Aufschwung genommen und sich im Geiste der antiimperialistischen Solidarität, für Frieden und Freundschaft zu einer Einheitsbewegung der fortschrittlichen Jugend- und Studentenorganisationen aller politischen Richtungen entwickelt.

Die wichtigste Aufgabe des IVK bestehe jetzt darin, das Programm der Festtage in der DDR-Hauptstadt weiter zu präzisieren und die Konsultationen mit den nationalen Vorbereitungskomitees abzuschließen. Wie die Mitglieder der ständigen Kommission, unter ihnen Vertreter der Sowjetunion, Ungarns, Kubas, Guineas, Finnlands und der gastgebenden DDR sowie des Weltbundes der demokratischen Jugend und des Internationalen Studentenbundes, weiter berichteten, sei mit der detaillierten Vorstellung des Programms der X. Weltfestspiele im März zu rechnen.

Der Arbeitskreis Festival in dem 14 Organisationen zur Vorbereitung der X. Weltjugendfestspiele zusammenarbeiten, hat die Kündigung des Devisenausgleichsabkommens der Bundesregierung mit den USA gefordert. Die Bundesregierung solle, nachdem sie mit ihren Devisenzahlungen an den US-Aggressor die Leiden der Völker Indochinas verlängern half, wirkungsvolle materielle Beiträge zur Wiedergutmachung leisten.

Termine

8.3.1973
Internationaler Frauentag

10./11.3.1973
Bundesarbeitstagung der DGB-Jugend zum Thema Berufliche Bildung und Jugendarbeitsschutz in Solingen (Stadthalle)

16.3.1973
5. Jahrestag des US-Massakers in Son My

26.3.1973
42. Gründungstag des Ho Cho Minh-Arbeiterjugendverbandes der DRV

Bundeskongresse

Deutsche Jungdemokraten

Die Bundesdelegiertenkonferenz der „Deutschen Jungdemokraten (DJD)“ wählte am 27./28. Januar 1973 in Duisburg Friedhelm Neunhöffer (Baden-Württemberg) zum neuen Vorsitzenden. Personaldebatten und Wahlen nahmen die meiste Zeit der BDK in Anspruch, so daß nur einige der siebzehn ordentlichen und der zahlreichen weiteren Dringlichkeits-, Änderungs- und Zusatzanträge verabschiedet wurden. Bei wenigen Enthaltungen beschlossen die Delegierten zu Vietnam: „Aus den amerikanischen Kriegsverbrechen in Vietnam ergibt sich für uns auch nach der Einigung über einen Waffenstillstand nur eine Konsequenz: Die Bundesregierung muß unverzüglich die Möglichkeiten einer ohne das Bündnis mit den USA auskommenden Friedenssicherung überprüfen. Denn die Aufrechterhaltung eines falsch verstandenen Bündnisses, das die Bundesrepublik zwingt, Dulder und Handlanger eines verbrecherischen Krieges zu werden, ist nicht länger zu verantworten.“ Zum Ausländerrecht: „Die Judos fordern, sofortige Einstellung aller Bestre-

bungen, das Ausländergesetz noch weiter zu verschärfen... die Deutschen Jungdemokraten fordern die Bundesregierung und den Bundestag auf, durch gesetzliche Maßnahmen die Unterbringung ausländischer Arbeitnehmer in der BRD entscheidend zu verbessern.“

In einem Grundsatzpapier hieß es u.a.: „Liberalismus steht in einem fundamentalen gesellschaftlichen Gegensatz zu konservativen und reaktionären Kräften.“

Den breitesten Raum nahm die Diskussion über einen Antrag „Liberalismus und Christentum“ ein.

In dem bei wenigen Enthaltungen angenommenen Forderungskatalog wird u.a. gefordert: die Umwandlung der Kirchen von öffentlich-rechtlichen in privatrechtliche Institutionen, die Einführung der religiös und weltanschaulich neutralen Gemeinschaftsschule als staatliche Regelschule.

„Artikel 7 des Grundgesetzes ist dahingehend zu ändern, daß Religionsunterricht kein Lehrfach an staatlichen Schulen ist.“

Verband der Kriegsdienstverweigerer

Am 10./11.2.1973 führte der Verband der Kriegsdienstverweigerer (VK) in Kassel seinen Bundeskongreß 2-1972 durch.

Der Kongreß war notwendig geworden, als im Juni 1972 der Bundeskongreß des VK keinen arbeitsfähigen Vorstand wählen konnte.

In Kassel kandidierte die ehemalige Verbandsspitze mit Nils C. Nagel, Uli Röhm und Gunnar Kniggendorff nicht mehr für den Vorstand. Als Bundesvorsitzender wurde Klaus Mannhardt (Düsseldorf) gewählt; stellvertretender Bundesvorsitzender Manfred Lesch (Frankfurt).

In einem gemeinsamen Antrag der Gruppen Bremen, Düsseldorf, Frankfurt/M., Kassel, Köln, Marburg und Tübingen, der als Grundlage der politischen Diskussion des Verbandes verabschiedet wurde, hieß es u.a.: „Die gegenwärtige weltpolitische Situation ist gekennzeichnet durch die Auseinandersetzung zweier verschiedener Gesellschaftssysteme. Kapitalistisches und sozialistisches Lager stehen sich gegenüber; die BRD ist dem kapitalistischen Lager zuzurechnen.“

„Erst in den letzten beiden Jahren deutet sich eine perspektivische antimilita-

ristische Bewegung größeren Ausmaßes an (zum Beispiel: steigende KDV-Zahlen, Anti-Vietnamkriegsaktionen, Kampf in der Bundeswehr – Soldat 70 – und gegen dieselbe – Kasernenaktion).“

„Es gilt, den Frieden durch Respektierung der territorialen Integrität und internationalen Zusammenarbeit vor allem in Europa sicherer zu machen. Daher unterstützt der VK alle Bemühungen, die der Ausgestaltung der Verträge mit Moskau und Warschau dienen, weitere Verträge über Gewaltverzicht und fordert die bedingungslose und sofortige Anerkennung der DDR, die Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO und eine europäische Sicherheitskonferenz.“

Ein Initiativantrag zum X. Festival wurde mit großer Mehrheit angenommen: „Der Verband der Kriegsdienstverweigerer beteiligt sich aktiv an den Vorbereitungen der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten, vom 28.7.-5.8.1973. Er tritt deshalb dem Arbeitskreis Festival in der BRD bei.“

Bei nur einer Enthaltung beschloß der Kongreß Fusionsverhandlungen mit der DFG/IDK aufzunehmen.

Schon mal gehört? Songs aus der DDR

Song 70

u.a. Alle sagen drüben
DDR, Bandierra, Rossa,
Oktoberkinder, Los
campesinos

Preis: DM 12,10



Der Oktoberclub singt

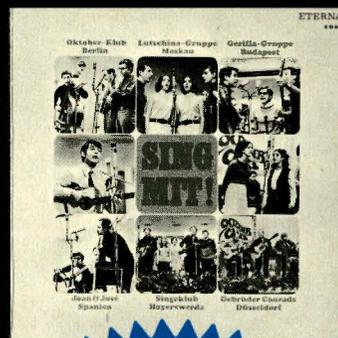
u.a. Sag mir wo Du
stehst, Wer bin ich
und wer bist du, Wie
starb Benno Ohnesorg,
Oktoberlied, Partisanen
vom Amur

Preis: DM 12,10

Unterm Arm die Gitarre

(Mitschnitt einer Ver-
anstaltung zum 2. Ge-
burtstag des Berliner
Oktober-Klubs)
u.a. Schlacht am Gal-
genberg, Die ganze
Erde uns, Lied vom CIA.

Preis: DM 16,10



Sing mit

mit dem Oktoberklub
(Berlin), Lutschina-
Gruppe (Moskau), Joan
und Jose (Spanien),
Gerilla-Gruppe
(Budapest), „Die
Conrads“ (Düssel-
dorf)

Preis: DM 12,10

3. Festival des politischen Liedes

(Berlin 13.-19.2.1972)
mit dem Oktoberklub
(Berlin), Dieter Süver-
krüpp (BRD), „Die
Conrads“ (BRD), Gruppe
Agit-Prop (Finnland),
Quilipayun (Chile)
u.a.

Preis: DM 12,10



Schallplatten
aus der DDR –
zu
DDR-Preisen

Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund, Brüderweg 16
Abt. Schallplatten

**Nguyen
Van Troi**

Gestorben für die Freiheit Vietnams.
Seinen Namen wird ein Kinderkrankenhaus in Hanoi tragen, für das die Jugend der Welt im Rahmen der Kampagne des „Weltbundes der Demokratischen Jugend“ (WB DJ) sammelt. Spendet auf das

**Konto Nr. 193755-439
(Postscheckamt Essen)**



**Vietnam
bleibt**

elan

Verkaufspreis 0,50 DM

MAGAZIN
FÜR JUNGE
LEUTE

extra



Wie macht man Frieden?

Die Bonner Politiker streiten, wem von ihnen denn nun der Rang eines Friedenspolitikers gebühre. SPD-Politiker gar tun so, als hätten sie die Friedenspolitik in Erbpacht. Doch sind hier die Lorbeeren am richtigen Platz? In diesem elan-extra wollen wir das näher untersuchen.

Der DDR ist der Durchbruch zur gleichberechtigten Teilnahme am internationalen politischen Leben gelungen. Und es empfiehlt sich sehr, einmal in den Zeitungen der letzten Jahre zu blättern, z.B. in denen von 1969. Die Bonner Parteien waren sich einig gegen die DDR. CDU-Kiesinger: „Ich ziehe es vor, von dem, was drüben ist, als einem Gebilde und nicht als einem Staat zu sprechen.“ SPD-Brandt: „Von einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR kann ich mir keine positiven Auswirkungen auf die Entspannung versprechen.“ Und FDP-Scheel: „Auch die Freien Demokraten haben nicht die Absicht, die DDR völkerrechtlich anzuerkennen.“

Im anderen deutschen Staat stellt Walter Ulbricht im gleichen Jahr fest: „Die DDR ihrerseits bestreitet nicht die völkerrechtliche Existenz der westdeutschen Bundesrepublik und hat dieser mehr als einmal gleichberechtigte zwischenstaatliche Beziehungen auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz und der guten Nachbarschaft vorgeschlagen.“ Und auch in der Bundesrepublik wurden die Stimmen immer lauter: „Wir fordern vom Kanzler Brandt, die DDR wird anerkannt!“

Vor 20 Jahren wurden junge Kommunisten in westdeutschen Zuchthäusern eingekerkert, weil sie sich als erste für eine Verständigung mit der DDR einsetzten. Heute haben rund 70 Staaten die DDR anerkannt. Die Politik der friedlichen Koexistenz hat sich als richtig und erfolgreich erwiesen. Die aggressiven imperialistischen Kreise haben diese Entwicklung nicht verhindern können. Die weitere Veränderung des Kräfteverhältnisses wird den Imperialismus zu weiteren Zugeständnissen zwingen. Sozialistische Friedenspolitik setzt sich durch.

Die Jugend der Bundesrepublik, vor allem die Arbeiterjugend, war und ist Schrittmacher im Kampf um Frieden. Auch sie hat mit der Anerkennung der DDR eine erfolgreiche Schlacht geschlagen. In diesen Auseinandersetzungen haben viele junge Arbeiter erkannt: für sie geht es nicht nur um die staatliche Anerkennung der DDR. Es geht auch darum, daß dieser Staat zum ersten Mal auf deutschem Boden das Selbstbestimmungsrecht verwirklicht hat, daß hier Imperialismus und Militarismus entmachtet ist, daß dieser Staat eine große Stütze für den Kampf gegen Großkonzerne und Rüstungsbesse in der Bundesrepublik ist. Und wenn sich im Sommer in Berlin, der Hauptstadt der DDR, Zehntausende Jugendliche aus aller Welt zu den X. Weltfestspielen treffen, werden gerade sie die weltweite Anerkennung der DDR feiern, weil sie diesen Erfolg nicht zuletzt auf ihrem Konto verbuchen können.

Argumente mit Gummiknüppel

Jugend im Kampf gegen kalte Krieger. elan-Interview mit Sepp Mayer:



Seit ihrer Gründung im Mai 1968 ist die SDAJ als konsequente Kraft für Anerkennung und Verständigung aufgetreten. Dieses Engagement der Jugend hat seine Tradition. Bereits in der Zeit des kältesten Krieges traten breite Teile der Jugend für eine friedliche Entwicklung in Deutschland ein, ohne Remilitarisierung und Eintritt der BRD in die NATO. Sepp Mayer, heute Vorsitzender der DKP in Hessen, war damals als FDJler dabei. Die Freie Deutsche Jugend war nach 1945 in allen Besatzungszonen als antifaschistische Jugendorganisation entstanden und wurde 1951 in der BRD verboten.

elan: *Wie war damals die Stimmung unter der Jugend?*

„Damals bewegte die nationale Frage die Jugend sehr stark. Wir hatten alle noch das Ende des Faschismus und des Krieges erlebt. Für uns stand als Aufgabe die Schaffung eines einheitlichen Deutschland, so wie es im Potsdamer Abkommen vorgesehen war.

Es sollte ein friedlicher und demokratischer Staat werden, in dem das Grundrecht der Jugend auf ein sinnvolles Leben erfüllt werden konnte.

Diese Forderungen waren in großen Teilen der Jugend verbreitet – weit über die FDJ hinaus. Das bewies das Deutsch-

landtreffen der Jugend im Sommer 1950 in Berlin. Über 20 000 kamen: Falken, Jungsozialisten, Pfadfinder, christliche Jugendorganisationen, Naturfreunde. Sie wollten mit den Jugendlichen in der DDR über eine gemeinsame Zukunft diskutieren.“

elan: *Wie reagierte die Bundesregierung auf diese Bewegung der Jugend?*

„Eine Antwort auf das verstärkte Engagement waren brutale Polizeieinsätze. Überall, wo Jugendliche für eine friedliche Entwicklung in Deutschland demonstrierten, kam es zu Zwischenfällen. Einer der ersten war Anfang 1951 in Dinslaken beim ‚Treffen junger Friedensfreunde‘. Alles verlief ruhig und friedlich. Bis zum Schluß die Bereitschaftspolizei die Busse beschlagnahmte und auf die Teilnehmer losprügelte. Eine andere Maßnahme war das Verbot der FDJ im April 1951. Die Herrschenden fürchteten offenbar den konsequenten Kampf der FDJ gegen Remilitarisierung und für eine friedliche Entwicklung in Europa. Vor allem, weil diese Forderungen bei der Jugend ankamen. Die FDJler gaben sich nicht geschlagen, und die Polizei feierte ganze Knüppelorgien. Der Höhepunkt war am 11. Mai 1952 in Essen, als Philipp Müller erschossen wurde – auf Befehl derjenigen, die später an der Mauer Krokodilstränen vergossen. 1951 hingegen riegelten sie die Grenze zur DDR hermetisch ab. Kein Jugendlicher aus der BRD sollte an den III. Weltfestspielen in Berlin teilnehmen. Die Herren hatten die Wirkung des Deutschlandtreffens nicht vergessen. So etwas sollte sich nicht wiederholen. Bereits ab Frankfurt holten Grenzschutzbeamte jeden aus dem Zug, der jünger als 30 aussah. Trotz aller Schikanen kamen Zigtausende nach Berlin. Bei der Rückkehr wurden sie von Grenzschutzbeamten und Bluthunden bei Herrnburg eingekesselt. Tage- und nächtelang lagerten sie unter freiem Himmel, bis sie endlich die Grenze passieren konnten.“



Ruhrgebiet, Frühsommer 1965. Kalter Krieg und regierungsamtliche Hetze gegen den andern, den sozialistischen deutschen Staat, die DDR, haben einen ihrer Höhepunkte erreicht. Eine grundsätzliche Änderung dieser Politik wird immer drängender. Da ergreift ein junger Arbeiter aus Krefeld die Initiative. Horst Wilhelms, Bezirksjugendleiter der Naturfreundejugend und mit ihm eine Reihe anderer Arbeiterjugendfunktionäre schreiben an junge Arbeiter in der DDR. Es ist eine Einladung zu einer Begegnung in Oberhausen, weil „wir meinen, daß sich die jungen Arbeiter diesseits und jenseits der Elbe viel zu sagen haben“.

Die Initiative findet großen Widerhall. Prompt antworten die jungen Gewerkschafter aus der DDR. Zahlreiche Jugendliche aus der Bundesrepublik erklären ihren Wunsch, an der Begegnung teilzunehmen. Aber auch die Gegner eines solchen Treffens sind schnell auf dem Plan. Am 13. August wird Horst Wilhelms von der politischen Polizei aus dem Betrieb geholt und seine Wohnung durchsucht, weil er sich „der Staatsgefährdung und der Agententätigkeit“ verdächtig gemacht habe.

Am 28. August 1965 ist es dann soweit, 24 junge Arbeiterinnen und Arbeiter aus Leipzig, Halle, Riesa, Karl-Marx-Stadt

und Magdeburg fahren nach Oberhausen, weil sie berichten wollen, welche Rechte sie haben, wie sie leben, wie sie in Betrieb und Staat mitbestimmen, wie sie sich ihre Zukunft vorstellen und wie es ihrer Meinung nach in Deutschland weitergehen soll. Bei der Einreise werden sie nicht behelligt. Die westdeutsche Staatsgewalt ist zuversichtlich. Der Polizeipräsident von Oberhausen hat „auf höhere Anweisung“ die Begegnung junger Arbeiter aus beiden deutschen Staaten verboten.

Doch ganz so glatt, wie es sich die Herren wünschen, verläuft es nicht. Überrascht müssen sie zur Kenntnis nehmen, daß das Düsseldorfer Verwaltungsgericht das Polizeiverbot aufhebt, so lange nicht „Gefahr im Verzug“ ist. Die Begegnung soll im Oberhausener Bahnhofrestaurant stattfinden. Und jetzt muß ein schnell ausgegrabenes Gesetz herhalten, das politische Veranstaltungen auf Bundesbahngelände nicht gestattet. Ein neuer Tagungsort wird organisiert.

Als 150 Jugendliche im Saal der Gaststätte Lindermann Platz genommen haben, ist auch ein Großaufgebot an Polizisten erschienen. elan-Redakteur Rolf Priemer spricht sich in dem Einleitungsreferat für freundschaftliche Beziehungen zwischen den jungen Arbeitern der BRD und der DDR aus. Als der

Die Spalter sitzen im Westen

Anerkennung der DDR bedeutet ewige Spaltung Deutschlands. Das jammern Reaktionäre aller Schattierungen bis zum heutigen Tag. Sie tun so, als sei die Spaltung Deutschlands aus heiterem Himmel über das deutsche Volk herein- gebrochen oder gar schlimme Satansbrut der Kommunisten. Wie war es wirklich?

„Wir wollen die Teilung Deutschlands und Europas überwinden“ – diese Behauptung hat die CDU/CSU über zwanzig Jahre ihrer Herrschaft bis heute aufrechterhalten. Dabei war es gerade sie, die in den entscheidenden Jahren unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg alles daran setzte, die drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands zu einem Separatstaat zu vereinen. Der Kapitalismus sollte wenigstens in diesem Gebiet seine Herrschaft aufrechterhalten können! Schon am 5. Oktober 1945 führte Adenauer aus: „Es ist notwendig, die drei Teile des nicht-russisch besetzten Gebietes in einem staatsrechtlichen Verhältnis miteinander zu belassen. Es könnte das evtl. bundesstaatlich sein.“

(Adenauer, Erinnerungen 1945 – 1953, S. 30.)

Interessengleichheit mit den

westlichen Besatzungsmächten ergab sich durch das entstehende antisowjetische Bündnis.

Lieber das halbe Deutschland ganz

Die Verwirklichung des gegen Militarismus und politische Macht der Großkonzerne gerichteten Potsdamer Abkommens blieb in den Westzonen schon im Ansatz stecken. Das deutsche Großkapital und seine Politiker, schuldig am 2. Weltkrieg, hatten einen ersten Schritt auf dem Weg durchgesetzt, lieber halb Deutschland ganz als ganz Deutschland halb zu besitzen. Die nächsten Schritte zur Spaltung folgten schnell. (Siehe Chronik auf den Seiten 6 und 7.) Am 8. Mai 1949 nimmt der „Parlamentarische Rat“ der Westzonen das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland an. Im August

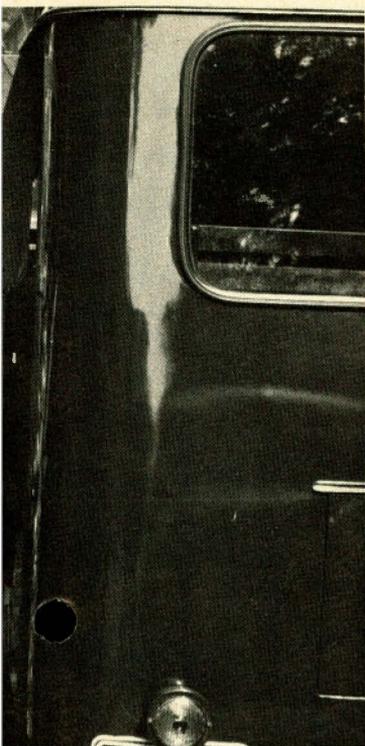
folgt die erste Bundestagswahl, nachdem alle wesentlichen Entscheidungen bereits gefallen sind. Als sich am 7. September 1949 der westdeutsche Bundestag konstituiert, ist die Spaltung Deutschlands besiegelt. Am 7. Oktober 1949 wird aus der Ostzone die Deutsche Demokratische Republik.

Wiedervereinigung verspielt

Die Geschichte der Spaltung ist die Geschichte der Restauration des deutschen Imperialismus durch ständigen Bruch des Potsdamer Abkommens. Dieses hatte kategorisch verlangt: vollständige Beseitigung des Faschismus und seiner Wurzeln; Ausrottung des deutschen Militarismus; Entmachtung der an zwei Weltkriegen schuldigen Rüstungskonzerne; Demokratisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens. Keiner dieser Punkte wurde in den Westzonen bzw. der Bundesrepublik verwirklicht.

Bis heute nicht!

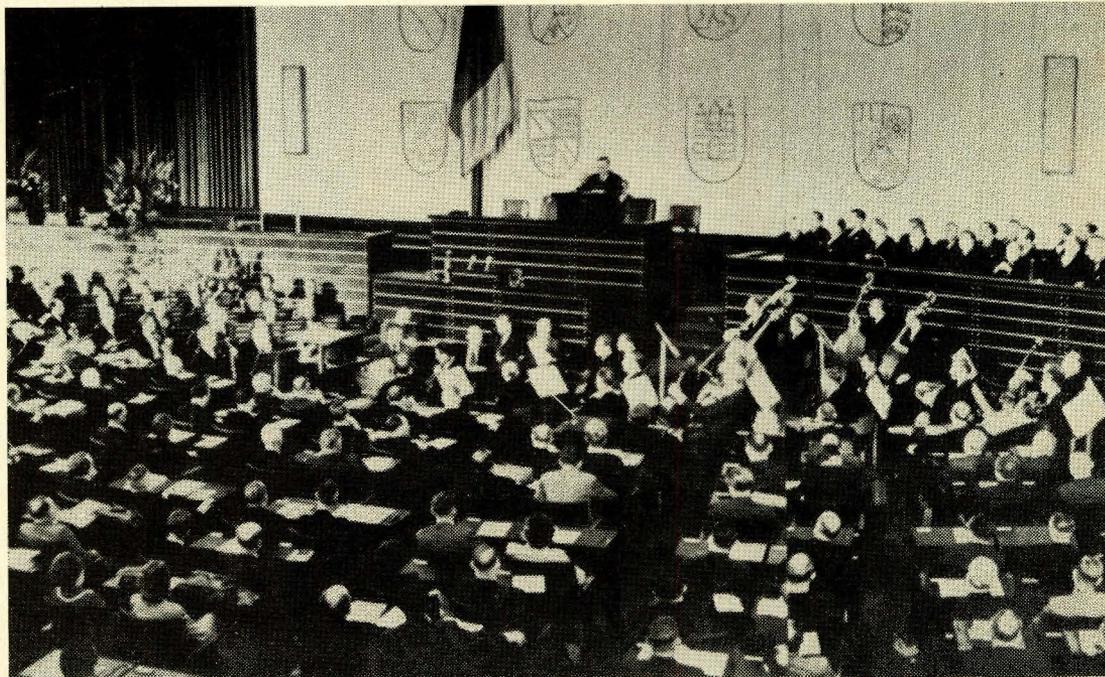
Nach 1949 konzentrierten sich die herrschenden Kreise in Bonn darauf, ihr Ziel, die Wiederherstellung eines Deutschlands der Konzerne in den Grenzen von 1937 mit Hilfe der Westmächte zu erreichen. In der Bundesrepublik beginnt die Wiederaufrüstung (Remilitarisierung). 1955, als sich Konrad Adenauer auf dem Höhepunkt seiner Erfolge wähnte, war die deutsche Wiedervereinigung auf unabsehbare Zeit verspielt.



Sprecher der jungen Arbeiter aus der DDR, Eckhardt Netzmann, das Wort ergreifen will, bemächtigt sich ein Polizeikommissar des Mikrofons und fordert die Gäste aus der DDR auf, „zwecks Überprüfung der Personalien“ in den Nebenraum zu kommen.

Als die Gäste der Aufforderung folgen, werden sie gekidnappt, in „grüne Minnas“ verfrachtet und zum Polizeipräsidium gebracht. Fotografieren, scharfe stundenlange Verhöre, Einzelzellen, Leibesvisitationen, sogar die Mädchen werden gezwungen, sich auszuziehen. Dann werden die 24 in einem geschlossenen Bus zur DDR-Grenze gebracht und „abgeschoben“.

Damals zog ein Teilnehmer den Schluß: „Immer wenn Arbeiter und Gewerkschafter aus beiden deutschen Staaten zusammenkommen, miteinander reden und sich Gedanken machen darüber, wie es in Deutschland weitergehen soll, sehen gewisse Leute in der Bundesrepublik rot. Dennoch läßt sich die Verständigung nicht aufhalten – schließlich muß man miteinander reden, wenn man nicht aufeinander schießen will! Die Polizeiaktion Oberhausen wird es nicht verhindern können, daß der Verständigungswille auch der Arbeiterjugend in der Bundesrepublik weiter wächst. Und wo ein Wille ist, ist bekanntlich auch ein Weg. Diesen Weg gehen immer mehr Jugendliche.“



Als sich am 7. September 1949 der westdeutsche Bundestag konstituiert, ist die Spaltung Deutschlands durch das vereinte westliche Kapital besiegelt. Ihr Motto: Lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb.



Jupp Angenfort war Vorsitzender der FDJ und NRW-Landtagsabgeordneter der KPD. Heute ist er Mitglied des Präsidiums des Parteivorstands der DKP.

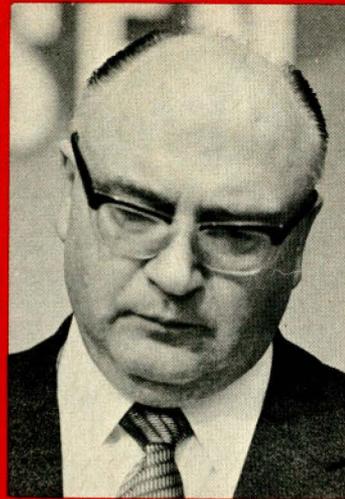
„Die FDJ ist ein Gegner der sogenannten Politik der Stärke... Im Gegensatz zur

Adenauerregierung tritt die FDJ dafür ein, daß verhandelt wird.“

Das sagte Jupp Angenfort im Schlußwort eines Prozesses, der 1955 gegen ihn geführt wurde. Sein Verbrechen: Leiter der 1951 verbotenen Freien Deutschen Jugend gewesen zu sein. Wer kann es heute fassen, daß Gerichtspräsident Geier in der Urteilsbegründung von sich gab: „Daß sich die beiden (Angeklagten) für ein einheitliches, friedliebendes, demokratisches Deutschland – so wie sie es verstehen – einsetzen, kann für den strafbaren Vorwurf nicht unbeachtet gelassen werden.“ Und weiter: „Ihre Einstellung zur DDR ist eine staatsfeindliche Handlung und damit Hochverrat.“

Jupp Angenfort hatte vor Gericht hervorgehoben, daß in der DDR keine Nazis in Amt und Würden sind, daß dort Arbeiterkinder gleiche Bildungschancen haben u.ä. Alles Tatsachen, die sich herumgesprochen haben. Aber 1955: Hochverrat!

Jupp Angenfort wurde zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt.



Arno Behrisch war sozialdemokratischer Bundestagsabgeordneter. Heute ist er Mitglied des Direktoriums der Deutschen Friedens-Union (DFU).

Sommer 1961. Die heraufziehende Krise erschien bereits am Horizont. Der Sozialdemokrat Arno Behrisch gehörte zu diesem Zeitpunkt schon nicht mehr der SPD-Fraktion an.

Fünf Tage nach Schließung der DDR-Grenze eilten die Abgeordneten aus ihren Parlamentsferien wie aufgeschreckte Hühner zurück nach Bonn, um in der Pose unerträglicher Selbstgerechtigkeit das „Ulbricht-Regime“ anzuklagen. Als einziger Abgeordneter stellte sich Arno Behrisch dieser Hetze entgegen. Vor dem Plenum des Bundestages sagte er, wer die Berlin-Krise heraufbeschworen hatte:

„Das Kriterium für jede Rüstungspolitik sind die Ereignisse, die auf die Rüstung folgen. Wir haben ein solches Ereignis vor uns... Eine große Frankfurter Tageszeitung hat dieser Tage richtig geschrieben: Die SPD sagt nicht die unbequemen Wahrheiten, daß nämlich die Berlin-Krise das Resultat jener monumentalen Fehleinschätzung ist, auf der die westliche Politik der Stärke seit 1952 beruht. Meine Freunde von der DFU sind der Meinung: Wer Frieden und Einheit will, muß Verhandlungen wollen; aber er muß sie nicht nur wollen, er muß sie endlich führen.“

Vier von denen, die den Anfang machten

Was waren das für Menschen, die erste Schritte zur Verständigung mit der DDR gegangen sind? Schritte, die oft genug auch in die Gefängnisse der Adenauer-Ära führten.

Vier von ihnen stellen wir auf dieser Seite vor. Vier von vielen. Vier von einer immer stärker, immer mächtiger werdenden Bewegung, die für den Frieden kämpft und ihn schließlich durchsetzt.



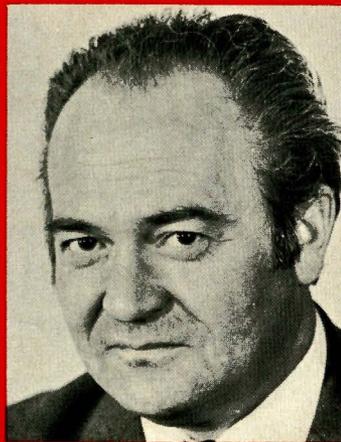
Rudi Skott (47), Elektriker; ehemals Kreisvorsitzender der FDJ in Dortmund. Mehrmals inhaftiert wegen politischer Betätigung. Heute: Sekretär der DKP in Dortmund.

„In Berlin/DDR wurde schon einmal ein Festival veranstaltet: die III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten 1951. Ich war damals mit rund 1 200 anderen Dortmunder Freunden

dabei. Die meisten der 35 000 Teilnehmer aus der BRD waren so um die 20 bis 25 Jahre alt. Viele von ihnen hatten noch selbst am Krieg teilgenommen. In Berlin standen sich also viele junge Leute gegenüber, die sich sechs Jahre zuvor noch mit der Waffe bekämpft hatten.

Das Festival war für uns wichtig: wir konnten beweisen, daß viele Menschen in der BRD aus der Vergangenheit Lehren gezogen haben, daß sie mit allen Mitteln verhindern wollten, daß sich Krieg und Faschismus wiederholen.

Aber es wurde uns nicht leicht gemacht, das zu demonstrieren. Die Adenauer-Regierung tat alles, um unsere Fahrt nach Berlin zu verhindern: Einige Freunde sind bis zu sieben Mal unter schwierigsten Bedingungen zur DDR-Grenze gereist, wurden dort von westdeutscher Polizei und Grenzbeamten abgefangen und zurücktransportiert. Manche Freunde sind nach stundenlanger Jagd durch die Polizei in der Elbe ertrunken, als sie versuchten DDR-Territorium zu erreichen.“



Ewald Stiefvater ist heute Landesvorsitzender der DKP in Schleswig-Holstein. Er erinnert sich:

„Vor zehn Jahren wurde ich mit vier weiteren Genossen vor die politische Strafkammer des Landgerichts Flensburg gestellt und zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Vorgeworfen wurde uns, die Tätigkeit der verbotenen KPD fortgesetzt zu haben. Eine ‚strafbare Handlung‘ war

vor allem unser Eintreten für die Verständigung zwischen BRD und DDR. Diese Forderung wurde damals hauptsächlich von Kommunisten und den mit ihnen befreundeten anderen demokratischen Kräften erhoben. Das Gericht sprach selbstverständlich nur von der ‚SBZ‘.

Strafwürdig war aber auch – unter Zugrundelegung des KPD-Verbotsurteils – unser politisches Auftreten gegen die revanchistischen und militaristischen Kräfte, die eine Revision der Oder-Neiße-Grenze forderten.

Das gegen uns ergangene Urteil von damals war ein Gesinnungsurteil und liest sich heute wie ein böses Märchen.

Aber daß sich die Politik der friedlichen Koexistenz, der Entspannung, der vertraglichen Beziehungen zur DDR, zur Sowjetunion und Polen durchsetzen konnte, daran haben die Kommunisten in der Bundesrepublik, die sich durch Unterdrückung und auch Gefängnis nicht schrecken ließen, einen entscheidenden Anteil.“

Wenn Bosse von Selbstbestimmung barzeln . . .

Wer fürchtet sich vor friedlicher Koexistenz?

Mit der Unterzeichnung des Grundvertrages zwischen der DDR und der BRD fand die Vielzahl der Initiativen und konstruktiven Vorschläge der DDR für normale und völkerrechtlich geregelte Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten einen Höhepunkt. Alle diese Vorschläge spiegeln einen Prozeß wider, in dessen Verlauf sich beide deutsche Staaten politisch und gesellschaftlich grundsätzlich auseinanderentwickelten. Für die Grundlage der Beziehungen stehen zwei Worte: Friedliche Koexistenz. Zwei Worte, mit deren Konsequenz sich die reaktionären politischen Kräfte um die CDU/CSU und ihre großkapitalistischen Hintermänner bis heute nicht abgefunden haben. Wie gegen die Verträge mit der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen machen sie mobil gegen den Grundvertrag. Mit Schlagworten von der „Einheit der Nation“ und dem „Selbstbestimmungsrecht“ wird Stimmung gemacht. Was steckt hinter diesen Begriffen wirklich? Was steckt dahinter, wenn Strauß und Barzel damit nur so um sich werfen? Was soll damit bezweckt werden?

Wenn sie Freiheit sagen – dann meinen sie allein die Freiheit einer Handvoll Superreicher, auf Kosten der arbeitenden Menschen ihren privaten, kapitalistischen Superprofit zu machen. Wenn sie von der „freiheitlich demokratischen Grundordnung“ reden – dann meinen nichts anderes als ein politisches System und einen Staat, der eben diese Freiheit der Unternehmer zu schützen und zu festigen hat. Wenn sich die Arbeiterklasse (von den Bossen „Mitarbeiter“ genannt) gegen verschärfte Ausbeutung zur Wehr setzt, dann zaubern sie einfallreich ein paar andere Begriffe aus dem schwarzen Hut: „Sozialpartnerschaft“ heißt die Formel . . .

Sie, die Unternehmer und ihre politischen Interessenvertreter, vor allem die CDU/CSU, und wir, die Arbeiter, Angestellten und Lehrlinge sprechen nicht die gleiche Sprache: hinter den verschiedenen Worten und Begriffen stecken unterschiedliche Interessen – Klasseninteressen. Das zeigt sich dann besonders deutlich, wenn diese Begriffe in der politischen und sozialen Auseinandersetzung eine Rolle spielen. Der Staat, die Wirt-



Ein Bild aus vergangenen Zeiten? Unter den Formeln von der „Einheit der Nation“ und „Selbstbestimmungsrecht“ lebt der alte Revanchismus – nur besser getarnt.

schaftsordnung, die Kultur der Bosse und die Arbeiterklasse in der BRD – nichts haben sie gemeinsam, nichts verbindet sie. Nicht anders ist es mit den Begriffen „Nation“ und „Selbstbestimmung“: wenn die Bosse und ihre politischen Repräsentanten sie im Munde führen, dann verbinden sie damit objektiv andere Inhalte und Ziele als die arbeitenden Menschen.

Stellen wir also die Frage nach der „Einheit der Nation“, die vor allem von den Führern der CDU/CSU immer dann beschworen wird, wenn es um das Verhältnis beider deutscher Staaten zueinander geht. „Wir halten am Grundsatz der deutschen Einheit fest“, sagt Barzel. Und von Hassel formuliert als „Verpflichtung des Bundestages“, „der Einheit unserer Nation zu dienen“.

Diese These begründen sie mit der Behauptung von „gemeinsamen Traditionen und Erinnerungen an das gemeinsame historische Schicksal“, führen die gemeinsame deutsche Sprache und Kultur als Kronzeugen an, um der DDR damit ihre eigene national-staatliche Existenz abzuspochen.

Welche „Traditionen“ sollen das denn sein? Mit den Traditionen des deutschen Imperialismus und seiner Raubzüge, mit Militarismus und Faschismus hat die sozialistische DDR gründlich und endgültig gebrochen. Die Ursachen dieser „Tradition“, die Macht des Monopol- und Finanzkapitals, die kapitalistische Wirtschaftsordnung wurde beseitigt. Eine andere Tradition, die der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung, der Liebknecht, Luxemburg und Thälmann wurde zur Grundlage des anderen deutschen Staates. Die eigene Kultur, Sprache und Lebensform der Arbeiterklasse wurde gesellschaftliche Wirklichkeit. Alle Pläne einer einzigen deutschen Nation, eines „Miteinander“ beider deutscher Staaten gehören der Vergangenheit an. Es ist so, wie Prof. Albert Norden es feststellte (siehe elan 12/72): „Die eine Nation entwickelt sich als Bestandteil des sozialistischen Weltsystems, während die BRD zur imperialistischen Welt gehört, mit der uns überhaupt keine Gemeinsamkeit verbinden kann. Es gibt nicht zwei Staaten einer Nation, sondern zwei Nationen in zwei Staaten verschiedener Gesellschaftsordnung.“

Wie diese einheitliche Nation (ginge es nach dem Willen des BRD-Imperialismus), aussehen soll, das wird überdeutlich, wenn sich z.B. Rainer Barzel

zum „Selbstbestimmungsrecht“ äußert. Selbstbestimmung wird nicht etwa für die Arbeiter, Angestellten und Jugend der BRD gefordert. Ihnen enthalten die Bosse und ihre politischen Vertreter selbst die geringsten Mitbestimmungsrechte vor. Selbstbestimmung wird gefordert für die werktätigen Menschen in der DDR. Für einen sozialistischen Staat also, in dem z.B. die alte Forderung der Jugend nach Verwirklichung ihrer Grundrechte längst Wirklichkeit ist (anlässlich der X. Weltfestspiele in Berlin/DDR wird auch die Jugend der BRD die Gelegenheit haben, sich davon mit eigenen Augen zu überzeugen). Im April 1968 hat die Bevölkerung der DDR in freier und geheimer Abstimmung über die neue, sozialistische Verfassung ihres Staates entschieden. Kein kapitalistischer Ausbeuter kann in der DDR die Arbeit der Menschen „fremdbestimmen“ wie bei uns. Was also ist mit dem „Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes“ wirklich gemeint? Barzel macht's klar, z.B. in seiner Rede am 20. März 1970 im Bundestag: „Ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik, besitzt und das in die Europäische Gemeinschaft integriert ist.“

Die Katze ist also aus dem Sack, und was Barzel da sagt, ist so niedergelegt in dem immer noch gültigen „Generalvertrag“ zwischen der BRD und den drei westlichen Siegermächten USA, Frankreich und Großbritannien.

Selbstbestimmung gleich Anschluß der DDR an die BRD und ihre Aufnahme in NATO und EWG – das ist gemeint und gefordert. Der Kampf der Völker um Selbstbestimmung war und ist immer verbunden mit dem Kampf gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg. Demagogisch verdrehen die imperialistischen Kräfte der BRD den Begriff der Selbstbestimmung wie alle anderen Begriffe, um damit ihre wirklichen Ziele zu verhüllen: ihr System der Ausbeutung und Unterdrückung auch auf die Bevölkerung der sozialistischen DDR auszuweiten.

Wenn wir heute aktiv für die Ratifizierung und Verwirklichung des Grundvertrages zwischen der DDR und der BRD eintreten, dann gehört dazu auch, gegen jene Kräfte anzutreten, die mit gefährlicher Demagogie und bewußter Irreführung Geist und Buchstaben des Grundvertrages aushöhlen wollen.

1945

Im Mai endet in Europa der furchtbarste aller Kriege. Die Welt feiert den Sieg über den Hitlerfaschismus. Im Juli/August scheitern auf der Potsdamer Konferenz die Versuche der westlichen Siegermächte, Deutschland zu zerstückeln und in ein Agrarland zu verwandeln, an der Sowjetunion. Das Potsdamer Abkommen sieht die völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands, die Zerschlagung aller faschistischen Organisationen, Bestrafung der Nazi- und Kriegsverbrecher, die Entflechtung der deutschen Wirtschaft und die Umgestaltung des politischen Lebens auf demokratischer Grundlage vor.

1946

Im April legt der amerikanische Außenminister Byrnes einen neuen Deutschlandplan vor, der das Potsdamer Abkommen außer Kraft setzen würde. Im Dezember wird das Abkommen über die Vereinigung der amerikanischen und der britischen Besatzungszone zur Bizone abgeschlossen.

1947

Im März unterbreitet die Sowjetunion einen Vorschlag für eine gesamtdeutsche Regierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland. Im Juni konstituiert sich in Frankfurt der bizonale Wirtschaftsrat.

1948

Im Februar erfolgt die Bildung eines Verwaltungsrates für die Bizone; damit besteht faktisch eine Regierung für die Westzonen. Im Juni werden die „Londoner Empfehlungen“ der Westmächte veröffentlicht, die die Bildung eines westdeutschen Bundesstaats vorsehen. Die Währungsreform in den Westzonen teilt Deutschland in zwei Wirtschafts- und Währungsgebiete. Durch Zusammenschluß der französischen Zone mit der Bizone entsteht die Trizone. Die Durchführung eines Volksentscheids über die deutsche Einheit wird in den westlichen Besatzungszonen unterbunden. Im September beginnt der Parlamentarische Rat, ein auf Befehl der westlichen Militärgouverneure eingesetztes Gremium, mit den Vorbereitungen zur Bildung der Bundesrepublik.

1949

Im Mai verabschiedet der Parla-

mentarische Rat das Grundgesetz. Im August wird der 1. Deutsche Bundestag gewählt, der sich am 7. September konstituiert. Die Spaltung Deutschlands ist vollzogen. Die Sowjetunion protestiert gegen den Bruch des Potsdamer Abkommens. Am 7. Oktober wird die Deutsche Demokratische Republik gegründet.

1950

Im September gibt die West-Außenminister-Tagung in New York grünes Licht für die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik. „Ohne mich“, ist das Stichwort einer breiten Bewegung der verschiedensten Bevölkerungsschichten gegen die Remilitarisierung. Die SPD-Führung nimmt nicht grundsätzlich gegen eine deutsche Wiederaufrüstung Stellung. Der Ministerpräsident der DDR, Grotewohl, bietet in einem Brief an Bundeskanzler Adenauer im November Verhandlungen über die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung an.

1951

Im Januar lehnt Adenauer den Vorschlag Grotewohls ab. Daraufhin wendet sich die DDR-Volkskammer mit einem Appell zu einem gesamtdeutschen Konstituierenden Rat an den Bundestag. In der Bundesrepublik wird eine Volksabstimmung gegen die Remilitarisierung verboten. Die DDR-Volkskammer richtet im September einen zweiten Appell an den Bundestag und schlägt Wahlen zu einer Deutschen Nationalversammlung vor.

1952

Im März legt die Sowjetunion einen Friedensvertragsentwurf für Deutschland vor. Zur Antwort unterzeichnet Adenauer in Bonn und Paris den Generalvertrag und den Vertrag über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Die Einbeziehung der Bundesrepublik in die imperialistischen Paktsysteme und die Einverleibungspolitik gegenüber der DDR wurden so besiegelt. Im September übergibt eine Volkskammer-Delegation im Bundestag ein Schreiben mit konstruktiven Vorschlägen zur Lösung der deutschen Frage.

1953

Im März richtet das ZK der SED einen Offenen Brief an die Mitglieder der SPD mit dem Vorschlag zum gemeinsamen Handeln der Arbeiterklasse. Der

Was Dein Schulbuch verschweigt

So war es wirklich – Eine Chronik der Fakten, Zahlen, Argumente

Das, was auf diesen Seiten zu lesen ist, wird von den Herrschenden verschwiegen. Ändern können sie es nicht. Geschichte läßt sich nicht ausradieren. Diese Chronik beweist, wer Deutschland gespalten hat und wer sich von Anfang an für friedliche Lösungen im Interesse des deutschen Volkes und aller anderen Völker eingesetzt hat. Und die Chronik zeigt auch, daß die SPD-Führer noch in den Schützengräben des kalten Krieges lagen, als westdeutsche Kommunisten wegen ihres Eintretens für eine Verständigungspolitik in die Adenauergefängnisse geworfen wurden.



DDR-Ministerpräsident Stoph und Bundeskanzler Brandt in Kassel. Die friedliche Koexistenz setzt sich durch.

Bundestag ratifiziert den Generalvertrag und das EVG-Abkommen. Am 17. Juni scheitert der Versuch der westdeutschen und amerikanischen Imperialisten, in der DDR einen konterrevolutionären Putsch anzuzetteln. Im Juli erläßt die Volkskammer einen „Aufruf an das deutsche Volk“ und schlägt eine gesamtdeutsche Beratung vor.

1954

Im September wird die Bundesrepublik in die „Westeuropäische Union“ aufgenommen, im Oktober erfolgt durch Unterzeichnung der „Pariser Verträge“ der NATO-Beitritt. Im

November schlägt DDR-Ministerpräsident Grotewohl erneut gesamtdeutsche Wahlen vor. Im Dezember unterbreitet eine Konferenz der sozialistischen Staaten den Entwurf eines Gesamteuropäischen Vertrages über kollektive Sicherheit in Europa.

1955

Trotz einer breiten Protestwelle werden im Februar die Pariser Verträge vom Bundestag ratifiziert. Im März schlägt die Volkskammer die Durchführung einer Volksbefragung in ganz Deutschland über die Wiedervereinigung vor. Im Mai

schließen die sozialistischen Staaten den „Warschauer Vertrag“ über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand ab, der grundsätzlich allen Staaten offensteht. Im Oktober schlägt die DDR-Regierung einen „Gesamtdeutschen Rat“ vor. Im Dezember wird in Bonn die „Hallstein-Doktrin“ verkündet: Wann immer ein Staat die Anerkennung der DDR in Erwägung zieht, droht Bonn mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen.

1956

Im Mai schlägt die DDR-Regierung die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in beiden deutschen Staaten vor. Am 17. August wird in der Bundesrepublik die KPD, die konsequenteste Kraft im westdeutschen Friedenskampf, verboten. Wenige Tage später beschließt der Bundestag die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Adenauer fordert Atomwaffen für die Bundeswehr.

1957

Am 1. April wird der Hitler-General Speidel Oberkommandierender der NATO-Landstreitkräfte-Mitte. Im Juli schlägt die DDR-Regierung die Bildung eines Staatenbundes zwischen der BRD und der DDR vor, Atomwaffenverbot in Deutschland und Austritt der beiden deutschen Staaten aus NATO und Warschauer Vertrag.

1958

Im Januar schlägt die DDR-Regierung die Durchführung eines Volksentscheids in beiden deutschen Staaten darüber vor, ob die BRD und die DDR einer atomwaffenfreien Zone angehören sollen. Im März lehnt der Bundestag einen Friedensvertrag, Verhandlungen mit der DDR und Schaffung eines deutschen Staatenbundes ab und legalisiert die atomare Bewaffnung der Bundeswehr. Im Mai schlagen die Staaten des Warschauer Vertrages der NATO einen Nichtangriffspakt vor. Die Westmächte lehnen ab. Im September ergreift die DDR in einer Note an die vier Mächte die Initiative zu einem Friedensvertrag.

1959

Im Januar unterbreitet die Sowjetunion einen Friedensvertragsentwurf, Kernpunkte sind: Anerkennung der Nachkriegsgrenzen, Gewaltverzicht, Atomwaffenverbot. Bonn lehnt ab.

Im Mai beginnt die Genfer Außenministerkonferenz, auf der die Vier Mächte und die beiden deutschen Staaten vertreten sind. Der westdeutsche Außenminister Brentano boykottiert die Konferenz, weil er Angst vor dem Zusammentreffen mit den DDR-Vertretern hat.

1960

Im Januar läßt Adenauer einen Brief Ulbrichts mit Abrüstungsvorschlägen ungeöffnet zurückschicken. Nach englischem Beispiel entsteht in der Bundesrepublik die Ostermarschbewegung gegen die atomare Aufrüstung. Im April veröffentlicht die DDR einen „Deutschen Friedensplan des Volkes“. Im Juni bekennt sich die SPD-Fraktion zur NATO-Bindung der Bundesrepublik. In einer Denkschrift an die UNO unterbreitet die DDR-Regierung im September einen Abrüstungsplan mit drei Etappen für beide deutsche Staaten. Die Bundesregierung beschließt die Kündigung des Handelsabkommens mit der DDR.

1961

Die Volkskammer der DDR unterbreitet im Juli den Vorschlag eines „Deutschen Friedensplans“. Am 13. August unterbindet die DDR alle Versuche von versteckter und offener Aggression.

1962

Die Ostermarschbewegung, der Widerstand gegen Atomaufrüstung und Notstandsgesetzgebung erreichen einen neuen Höhepunkt. Im Juni nimmt der Nationalkongreß der Nationalen Front der DDR ein Dokument an, das von der Politik der friedlichen Koexistenz ausgeht, die zu einem Friedensvertrag, zur Konföderation und zur Wiedervereinigung führen soll.

1963

Die DDR-Regierung richtet im Juni einen Appell an die BRD-Bevölkerung und verteilt Behinderungen im Reiseverkehr. Im September bietet der DDR-Ministerrat erneut Verhandlungen über Abrüstungsmaßnahmen an. Die NATO erklärt die aggressive Vorwärtsstrategie gegen die sozialistischen Staaten zur verbindlichen Konzeption.

1964

Im Januar unterbreitet DDR-Staatsratsvorsitzender

Ulbricht Bundeskanzler Erhard einen Vertragsentwurf über den umfassenden Verzicht beider deutschen Staaten auf Kernwaffen.

1966

Im Januar schlägt die DDR-Regierung allen europäischen Staaten vor, sich über die Gewährleistung der europäischen Sicherheit zu verständigen. Im Februar richtet das ZK der SED einen Brief an die SPD. Die Führung der Sozialdemokratie sieht sich gezwungen, zum ersten Mal auf einen Brief der SED zu antworten, lehnt aber alle Verständigungsvorschläge ab. Am 28. Februar stellt die DDR den Antrag auf Mitgliedschaft in der UNO. Im November ordnet sich die SPD durch Bildung der Großen Koalition der CDU/CSU-Politik unter.

1967

Die Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas beschließt in Karlovy Vary im April ein Aktionsprogramm für die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa. Im Mai unterbreitet DDR-Ministerpräsident Stoph Bundeskanzler Kiesinger Vorschläge über die Aufnahme normaler Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten. Kiesinger lehnt ab und beharrt auf dem Alleinvertretungsanspruch. Im September übersendet Stoph einen Vertragsentwurf über die Herstellung und Pflege normaler Beziehungen zwischen der DDR und der BRD. Kiesinger lehnt wieder ab.

1968

Im Mai werden vom Bundestag trotz Massenprotestaktionen in der ganzen BRD die Notstandsgesetze verabschiedet.

In einer Rede vor der Volkskammer schlägt Staatsratsvorsitzender Ulbricht die Herstellung normaler diplomatischer Beziehungen zwischen allen europäischen Staaten, die Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO, Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages (die DDR hatte bereits unterzeichnet), Abschluß eines Gewaltverzichtsvertrages zwischen beiden deutschen Staaten und die Anerkennung der Grenzen in Europa vor.

1969

Die Forderung nach völker-

rechtlicher Anerkennung der DDR an die Bundesregierung wird immer lauter. Im Oktober rufen die Außenminister der sozialistischen Staaten die europäischen Staaten auf, alle Anstrengungen für die Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz noch im ersten Halbjahr 1970 zu unternehmen. Im Dezember schlägt DDR-Staatsratsvorsitzender Ulbricht Bundespräsident Heinemann einen Vertragsentwurf über die Aufnahme gleichberechtigter Beziehungen zwischen der DDR und der BRD vor.

1970

Nach einem Briefwechsel kommt es auf Initiative der DDR zu zwei Treffen zwischen DDR-Ministerpräsident Stoph und Bundeskanzler Brandt im März und Mai in Erfurt bzw. Kassel. Im August wird der „Moskauer Vertrag“ zwischen der BRD und der Sowjetunion unterzeichnet. Erstmals erkennt die Bundesrepublik die Nachkriegsgrenzen an und bekennt sich zum Gewaltverzicht. Im Dezember folgt die Unterzeichnung des „Warschauer Vertrages“, mit dem die Bundesrepublik ihr Verhältnis zu Polen normalisiert.

1971

Mit dem Westberlinabkommen der Vier Mächte wird im September ein entscheidendes Hemmnis auf dem Wege der Entspannung beseitigt. Die DDR-Regierung schließt mit der Bundesregierung ein Abkommen über die Regelung des Transitverkehrs zwischen der BRD und Berlin (West). Zwischen dem Westberliner Senat und der DDR-Regierung kommt es zu entsprechenden Vereinbarungen.

1972

Unterstützt von Massenaktionen werden im Mai die Verträge von Moskau und Warschau im Bundestag ratifiziert. Im gleichen Monat wird in Berlin der Verkehrsvertrag zwischen der BRD und der DDR unterzeichnet. Im November werden in Helsinki die Vorbereitungsverhandlungen für eine Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa eröffnet. Im Dezember wird der Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der BRD und der DDR unterzeichnet. Die DDR erlebt eine Anerkennungswelle. Bis zum Jahresende unterhält die DDR diplomatische Beziehungen zu 55 Staaten.

Worum es jetzt geht . . .

In dieser Dokumentation haben wir nachgewiesen, wie erfolgreich sich die Friedenspolitik der DDR und der Kampf der Friedenskräfte in der BRD durchgesetzt haben. Doch weitere Erfolge verwirklichen sich nicht im Selbstlauf. Was bleibt also zu tun?

Unser Land, unsere Bevölkerung braucht eine konstruktive Politik für europäische Sicherheit und gute Nachbarschaft zu den sozialistischen Staaten, braucht die friedliche Koexistenz mit Staaten anderer Gesellschaftsordnung. Die Verträge von Moskau und Warschau müssen strikt eingehalten und verwirklicht werden. Jetzt gilt es, den Vertrag über Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR unverzüglich zu ratifizieren und in Kraft zu setzen. Die europäische Sicherheitskonferenz in Helsinki muß so schnell wie möglich vorangebracht werden. Die Beziehungen zur CSSR müssen normalisiert und Schritte für die rasche Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO eingeleitet werden.

Die erneute Erhöhung des Bonner Rüstungshaushalts zur bisher absoluten Rekordhöhe jedoch steht der Friedenspolitik entgegen. Dabei macht die fortschreitende Entspannung in Europa Abstriche am Bundeswehretat mehr denn je möglich und notwendig. Dann werden auch jene Milliar-

den frei, die für die Finanzierung dringender innenpolitischer Reformen gebraucht werden.

Aufgaben gibt es also genug, für die alle Friedenskräfte noch stärker, noch geschlossener, noch einheitlicher eintreten müssen, damit Forderungen Wirklichkeit werden. Einer Entspannungspolitik widerspricht die in der Bundesrepublik neu angefachte Hetze gegen die DDR. Und wenn das Berufsverbot für den Lehrer Günther Mielast u.a. mit einer DDR-Reise begründet wird, widerspricht das dem Geist des Grundlagenvertrages.

Die Jugend der Bundesrepublik steht der Aufgabe, ein freundschaftliches Verhältnis zur Jugend der DDR zu entwickeln. Viele junge Menschen und ihre Jugendorganisationen haben ihre Bereitschaft erklärt, die X. Weltfestspiele im Sommer dieses Jahres in Berlin/DDR in diesem Sinne vorzubereiten. Für sie heißt „Vorwärts zum Festival!“ gleichzeitig „Freundschaft mit der Jugend der DDR!“



Berlin, die Hauptstadt der DDR, erwartet Zehntausende Gäste aus aller Welt. Im Sommer 1973 werden hier die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten, das größte internationale Jugendtreffen stattfinden.

Herausgegeben vom Jugendmagazin elan.
Redaktion: 46 Dortmund, Brüderweg 16,
Telefon: 57 20 10.

Verantwortlich:
Wolfgang Bartels, Dortmund, Druck:
Heska-Druck, Klein-Krotzenburg

Arbeiter-
jugend
kämpft
mit

elan

das sozialistische Jugendmagazin

erscheint in der
Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund, Brüderweg 16

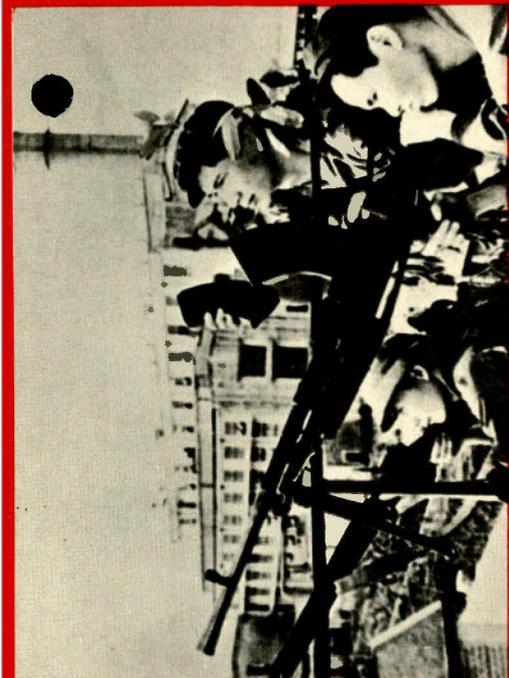
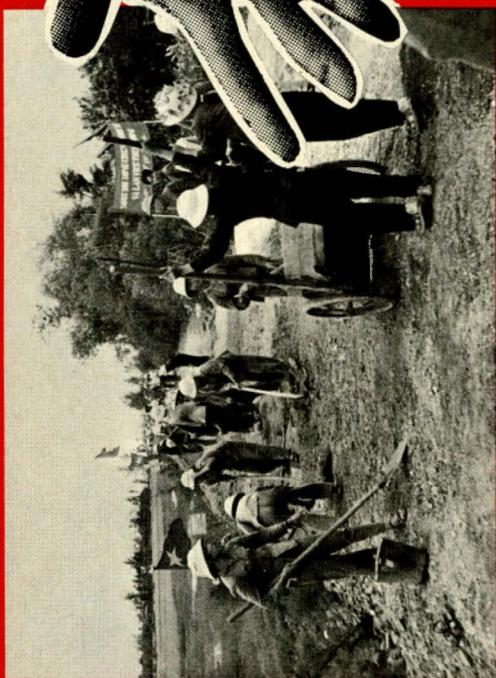
- Ich möchte ein kostenloses Probeexemplar von elan zugeschickt bekommen
- Ich bestelle ab
bis auf Widerruf, jedoch für mindestens ein Jahr,
das sozialistische Jugendmagazin elan
(Jahresabonnement 13 DM einschließlich Zustellgebühr)

(Unterschrift)

(Name und Anschrift)



**unsere
sache!**



AUF NO SICHER GEHEN

Wenigstens
beim Fotografieren.
Jede Jahreszeit
ist fotogen – auch jedes
Wetter ist fotogen.
Und gerade ungewöhnliche
Motive werden oft
die wirksamsten Fotos.
Allerdings gehört
eine universelle, eine
sichere Kamera dazu:
die echte einäugige
Spiegelreflex.
Eine Kamera mit
allen Raffinessen,
jedoch unkompliziert
und nicht zu teuer:
die PRAKTICAnova I



PRAKTICA nova I

Echte einäugige Kleinbild-
Spiegelreflexkamera
24 x 36 mm • Wechsel-
objektive 20 mm bis 1000 mm
Brennweite • Filmeinlegeautomatik
PENTACON-Loading (PL) • Prismen-
sucher mit hellem, seitenrich-
tigem und parallaxenfreiem
Sucherbild • Fresnellinse mit
Mikroprismenraster und
Mattscheibenringfeld • Rück-
kehrspiegel • Schlitzverschluß
(1/2s bis 1/500s) • Universelles
Zubehör • Modell
PRAKTICAnova IB mit ein-
gebautem fotoelektrischem
Belichtungsmesser

VEB PENTACON DRESDEN

f o r u m

forum der
jugend-
verbände

Bessere Berufsbildung gegen Bosse durchsetzen

Von Dieter Keller

Immer stärker rücken Fragen der Bildung und Berufsausbildung in den Mittelpunkt der Diskussion. Die Arbeiterjugend und ihre Verbände melden in immer stärkerem Maße ihre Forderungen an. Die Parteien, Regierung und Unternehmer beschäftigen sich immer mehr mit diesen Fragen. Die verschiedensten Modelle werden entworfen. Alle möglichen Kräfte schalten sich in diese Diskussionen ein. Berufsausbildung wird nicht mehr nur als eine Bildungsfrage betrachtet, sondern ist auch eine entscheidende Frage für die Gewinnung der Arbeiterjugend. Mit ihren Vorstellungen wollen die Herrschenden die Jugend gewinnen und in das bestehende System einordnen, sowie über technokratische Verbesserungen der Berufsausbildung ihre Profite sichern. Für die Arbeiterjugend stellt sich hier die Frage nach sozialer Sicherheit und einer Zukunft, die von den Interessen der Arbeiterklasse geprägt ist.

Jahrzehntlang wollten die Herrschenden in unserem Lande „keine Experimente in der Berufsausbildung“. Jede Kritik, jede Forderung der Arbeiterjugend wurde von ihnen mit gespielter Empörung als unberechtigt zurückgewiesen. Doch seit einiger Zeit sieht sich die Großindustrie gezwungen, ihre Positionen „neu“ bestimmen zu müssen.

Die Bewältigung der wissenschaftlich-technischen Entwicklung, der internationalen Konkurrenzkampf der imperialistischen Länder, die Gefahr, durch unzureichend ausgebildete Arbeitskräfte Nachteile in Kauf nehmen zu müssen, die Ausstrahlungskraft der Berufsbildung in der DDR, die Systemauseinandersetzung mit dem Sozialismus, die Tatsache, daß der Arbeiterjugend die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft immer deutlicher werden und damit ihre Aktivitäten anwachsen – das sind die tieferen Ursachen, wenn Bosse von „Reformen“ reden. Dabei sind sie peinlichst bemüht, ihre bisherige Alleinherrschaft in der beruflichen Bildung

aufrechtzuerhalten. Dies wurde besonders deutlich auf dem Unternehmerkongreß zur Berufsausbildung im Januar 1972 in München. Otto A. Friedrich, Chef der „Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände“, diktierte die Linie:

„Wir wenden uns gegen jede Reformabsichten auf dem Gebiet der Berufsausbildung, die auf Systemveränderung hinauslaufen mit der Begründung, die Jugendlichen aus dem Disziplinierungszwang der betrieblichen Hierarchie zu befreien.“

Was wollen die Bosse?

Es geht diesen Herren also nicht um die Verbesserung der Berufsausbildung im Interesse der Lehrlinge, sondern einzig und allein um technokratische Verbesserungen zur Aufrechterhaltung ihres Systems und zur Maximierung ihrer Profite. Das Monopolkapital wird zweifellos in einem längeren Zeitraum zu Teilverbesserungen, zu technischen Veränderungen der fachlichen Ausbildung

bereit sein. Härtesten Widerstand wird es dem Kampf der Arbeiterjugend um gleiche Bildungschancen und einer Demokratisierung des Bildungswesens, um Vermittlung eines wissenschaftlichen Weltbildes und klassenmäßiger Erziehung entgegenzusetzen.

Bei allen Diskussionen über berufliche Bildung sollte dieser Hintergrund bewußt sein. Es geht vorrangig darum, daß die Forderungen der Arbeiterjugend gegen die Vorstellungen der Konzerne im gemeinsamen Kampf der Arbeiterjugend und der gesamten Arbeiterklasse durchgesetzt werden.

Die entscheidenden Fragen auf allen Gebieten der beruflichen Bildung sind: Wer bestimmt? Welcher Inhalt? Wer finanziert?

Diese Fragen müssen bei allen Diskussionen in der Berufsausbildung vorrangig gestellt und beachtet werden. Ohne daß hier Regelungen im Interesse der Arbeiterjugend erkämpft werden, wird es keinen wesentlichen Fortschritt in der beruflichen Bildung geben.

Dabei ist zu beachten, daß die Durchsetzung des Prinzips der gleichen Bildungschancen und der völligen Demokratisierung des Bildungswesens auf der Grundlage der vom Klassengegensatz gekennzeichneten staatsmonopolistischen Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik objektiv unmöglich ist. Das gilt natürlich auch für den Bereich der beruflichen Bildung. Solange die kapitalistischen Produktionsverhältnisse bestehen, gilt es, die demokratischen Rechte der Jugend nicht durch Reformen innerhalb der staatsmonopolistischen Ordnung, sondern im Kampf um die Zurückdrängung des Einflusses der herrschenden Klasse, des Monopolkapitals, zu verwirklichen – und zwar in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens.

Was hat Vorrang?

Vorrangige Schwerpunkte können also nicht Forderungen nach strukturellen Veränderungen in der beruflichen Bildung sein, z.B. „Ausbildung nur in Schulen“, oder „nur in Betrieben“, sondern die Hauptfrage für eine Neugestaltung der Berufsbildung im Interesse der Arbeiterklasse ist die Durchsetzung fortschrittlicher Bildungsinhalte, der Mitbestimmung der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen und der Finanzie-

rung durch die Unternehmer. Alle Forderungen nach Verbesserung der Berufsbildung müssen sich am demokratischen Erziehungsziel orientieren: die Entwicklung zu einem alleseitig gebildeten, demokratisch denkenden und handelnden Menschen auf der Basis der Einheit von hoher Fachausbildung und der Vermittlung eines wissenschaftlichen Weltbildes. Der Kampf um Mitbestimmung der Gewerkschaften und Arbeiterjugendorganisationen muß sich deshalb der Überprüfung und Neufassung der Ausbildungsziele, -inhalte und -pläne zuwenden.

Oft wird die Frage gestellt: Kann man nicht die Berufsausbildung in die Schule verlagern, um dem Einfluß der Unternehmer entgegenzuwirken? Hier wird unterstellt, daß Ausbildung in „staatlichen Händen“ dem Zugriff des Kapitals entzogen ist. Jedoch allein die Herausnahme der Berufsausbildung aus dem Betrieb entzieht sie noch nicht der kapitalistischen Profitwirtschaft. Die Stellung der Arbeiterklasse und ihrer Jugend hängt von den bestehenden Produktionsverhältnissen und dem durch sie bestimmten Charakter der Gesellschaft ab. Der Zustand der Berufsausbildung ist nicht eine zufällige Krisenerscheinung, sondern Ausdruck und Ausfluß der bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Wir brauchen die völlige Überwindung des dualen Systems, indem der Lehrling im Betrieb ein Berufsbildungsverhältnis eingeht und einen besseren Berufsschulunterricht, polytechnische Bildung, Berufsgrundjahr, überbetriebliche Lehrwerkstätten usw. genießt, aber sowohl im Betrieb als auch in der Schule ein und dieselbe „Stelle“ zuständig ist, in der die Gewerkschaften entscheidend mitbestimmen. So wird die Berufsbildung aus der Verfügungsgewalt der Unternehmer gelöst. So wird die Berufsbildung einheitlich und demokratisch. So können wir etwas verändern.

Großkonzerne zu besserer Ausbildung zwingen

Schon Karl Marx wies darauf hin: „Die Verbindung von bezahlter, produktiver Arbeit, geistiger Erziehung, körperlicher Übung und polytechnischer Ausbildung wird die Arbeiterklasse weit über das Niveau der Aristokratie und Bourgeoisie erheben.“ (Marx/Engels, Werke, Bd. 16, Berlin 1964, S. 195).

Die Kombination von Ausbildung im Betrieb und Unterricht in der Schule sollte nicht aufgegeben, sondern auf neuer Basis verwirklicht werden. Einer zu betriebsspezifisch, am Profit orientierten Ausbildung könnte entgegengewirkt werden, wenn die praktische betriebliche Ausbildung nur noch als Auftrag in fachlich-berufspädagogisch geeigneten Betrieben unter Mitbestim-

mung und Kontrolle der Gewerkschaften und der Lehrlinge sowie auch in überbetrieblichen Lehrwerkstätten erfolgen würde.

Eine moderne berufspraktische Ausbildung kann für die Mehrheit der Lehrlinge in Großbetrieben erfolgen, die durch konkrete gesetzliche Maßnahmen dazu gezwungen werden müssen, ihre technischen Möglichkeiten und Voraussetzungen für eine qualitativ hohe Ausbildung zur Verfügung zu stellen.

Wer erwartet hat, daß Bundeskanzler Brandt in seiner Regierungserklärung auf die Forderungen der Arbeiterjugend und der demokratischen Jugendverbände Antwort geben würde, wurde enttäuscht. Doch offensichtlich hat der Druck der Arbeiterjugendbewegung bewirkt, daß sich Brandt für ein neues Berufsbildungsgesetz aussprach. Die bisherigen Erfahrungen zeigen: Die Arbeiterjugend erhält nur das, was sie sich selbst erkämpft. Deshalb gilt es nun, gemeinsam mit allen demokratischen Jugendorganisationen und den Gewerkschaften den Kampf um ein den Forde-

rungen und Interessen der Arbeiterjugend entsprechendes Berufsbildungsgesetz gegen den Willen der Unternehmer zu verstärken.

Die Arbeiterjugend steht vor der Aufgabe, jede Möglichkeit zu nutzen, aktiv den Kampf für eine Bildung und Berufsbildung entsprechend ihren Forderungen zu führen, für die Mitbestimmung der Gewerkschaften und der Arbeiterjugend in allen Fragen, für die Zurückdrängung der Macht der Großkonzerne, gegen Ausbeutung und Unterdrückung, gegen Verbrechen an der Arbeiterjugend. Dabei sind all jene kleinen und größeren Aktionsformen geeignet, die dazu beitragen, Lehrlinge, junge Arbeiter und Angestellte zu mobilisieren, wie z.B. Fege-Aktionen, Denkmals-Enthüllungen, Flugblatt-Aktionen, Umfragen, Betriebs- und Lehrlingszeitungen und vieles mehr.

Es gilt, gemeinsam mit allen demokratischen Kräften die Grundrechte der Jugend durchzusetzen, die bestehenden Besitz- und Machtverhältnisse zu verändern.

Interview mit Oswald Todtenberg zur Bundesarbeitstagung der DGB-Jugend

„Die jungen Lohnabhängigen mobilisieren“

Auf einer Pressekonferenz Anfang Februar gab die DGB-Jugend bekannt, daß sie am 10. und 11. März 1973 eine Bundesarbeitstagung zur beruflichen Bildung und zum Jugendarbeitsschutz durchführen wird. elan-Redakteur Wolfgang Bartels sprach mit Oswald Todtenberg, Chef-Redakteur der „Solidarität“, Monatsschrift für gewerkschaftliche Jugendarbeit, und Mitarbeiter der Abteilung Jugend beim DGB-Bundesvorstand.

elan: *Kollege Todtenberg, im März führt die DGB-Jugend in Solingen eine Bundesarbeitstagung durch. Was wird dort zur Debatte stehen?*

Todtenberg: Im Einvernehmen mit dem DGB-Bundesvorstand hat der Bundesjugendausschuß des DGB beschlossen, eine Bundesarbeitstagung am 10./11. März 1973 in Solingen zur beruflichen Bildung und zum Jugendarbeitsschutz zu veranstalten. Dieser Beschluß geht auf entsprechende Anträge der letzten Bundesjugendkonferenz in Dortmund zurück.

An der Bundesarbeitstagung nehmen 350 Vertreter der Gewerkschaftsjugend aus allen Bereichen der DGB-Gewerkschaften teil. Diese repräsentieren eine

Million junger Gewerkschaftsmitglieder bis zu 25 Jahren.

Auf dieser Bundesarbeitstagung wird sich die Gewerkschaftsjugend mit den zentralen Problemen der Berufsbildung und des Jugendarbeitsschutzes in fünf Arbeitsgruppen beschäftigen. Dabei geht es nicht mehr um eine verkürzte Berufsbildungsproblematik, z.B. Fegeprobleme oder Bierhol-Probleme, die insbesondere die Lehrlingsbewegung kennzeichnet haben.

Die Arbeitsgruppen werden sich mit folgenden Problemkreisen befassen: Übergang von der Schule ins Berufsleben; schulischer Bereich der Berufsbildung, u.a. Probleme der organisatorischen und inhaltlichen Gestaltung des Berufs-

grundschuljahres, des Berufsschulunterrichts und dessen Verlängerung; Stufen- ausbildung in Industrie und Handel; außerbetriebliche Berufsbildung und die fünfte Arbeitsgruppe wird einen konkreten Gesetzentwurf zur anstehenden Novellierung des Jugendarbeitsschutzgesetzes auf der Grundlage der jugendpolitischen Forderungen des DGB erarbeiten.

Die Bundesarbeitstagung der Gewerkschaftsjugend verfolgt einerseits das Ziel, eine einheitliche Position der Gewerkschaftsjugend zu Fragen der beruflichen Bildung und des Jugendarbeitsschutzes zu erarbeiten und in allen ihren Gliederungen verbindlicher zu machen. Andererseits sollen die Ergebnisse der Konferenz einfließen in den Willensbildungsprozeß der Gesamtorganisation des DGB, zumal die Gewerkschaftsjugend kein von der Gesamtorganisation losgelöster Jugendverband ist. **elan: Im letzten Jahr hat der DGB Forderungen zur Bildungsreform und zur beruflichen Bildung veröffentlicht. Sollen diese Forderungen nun konkretisiert werden?**

Todtenberg: Jetzt kommt es einmal darauf an, die Forderungen des DGB zur Reform der beruflichen Bildung innerhalb der Gewerkschaftsjugend breiter als bisher zu diskutieren, mit dem Ziel, daß diese Forderungen innerhalb der Gewerkschaftsjugend bekannter und von ihr voll unterstützt werden. Und natürlich verfolgt diese Konferenz auch das Ziel, diese Forderungen überall wo es nötig ist, zu konkretisieren. Dazu hat der DGB-Bundesjugendausschuß Diskussionspapiere erarbeitet, die vor der Tagung in allen Gewerkschaften und DGB-Landesbezirken diskutiert werden.

elan: Entscheidend für die Arbeiterjugend wird sein, welche Möglichkeiten ihre Organisationen, vor allem die Gewerkschaften, künftig haben werden, auf die Berufsbildung Einfluß zu nehmen. Wie sehen die gewerkschaftlichen Vorstellungen über die Mitbestimmung in der Berufsbildung aus?

Todtenberg: Der DGB will, daß die jetzige Mitbestimmung in der beruflichen Bildung gesichert bleibt und dort, wo sie durch die Unternehmer, z.B. in überbetrieblichen Berufsbildungseinrichtungen, unterlaufen wird, eingeführt wird. Darüber hinaus sollen die Mitbestimmungsrechte der Gewerkschaften nach unseren Vorstellungen ausgedehnt werden auf das gesamte Bildungswesen, unabhängig von der Rechtsform und der Finanzierung, weil aus den Bildungseinrichtungen die späteren Lohnabhängigen hervorgehen. Das wird auf der Bundesarbeitstagung konkretisiert werden. **elan: Eine bessere Berufsausbildung kostet mehr Geld. Wer soll das bezahlen?**

Todtenberg: Die Gewerkschaftsjugend ist

der Auffassung, daß es zur Umverteilung der Haushaltsmittel kommen muß. Dabei denkt sie insbesondere an eine Kürzung des Wehretats. Die Reform der beruflichen Bildung kostet sehr viel mehr Geld. Hier fordert der DGB eine Unternehmerabgabe zur beruflichen Bildung.

elan: Wie will die Gewerkschaftsjugend ihre Forderungen gegen die Unternehmer durchsetzen und mit welchen Sofortforderungen will sie die Arbeiterjugend mobilisieren?

Todtenberg: Die Gewerkschaftsjugend ist sich mehr denn je darüber im klaren, daß sie die Forderungen zur Reform der beruflichen Bildung nicht alleine durchsetzen kann. Deshalb richten sich die Forderungen der Gewerkschaftsjugend an den DGB und seine Gewerkschaften und sie hatte damit in letzter Zeit auch gute Erfolge. Selbstverständlich ist es nötig, die jungen Lohnabhängigen selber für diese Forderungen zu mobilisieren. Deshalb wird es auch bei der Bundesarbeitstagung hauptsächlich darum gehen, kurz- und mittelfristige Forderungen herauszuarbeiten und Mobilisie-

rungsinstrumente und -methoden zu finden, die geeignet sind, Jugendliche in den Betrieben und am Ort zu aktivieren, z.B. in der Frage der Stufenausbildung, zweiter Berufsschultag, Befreiung von der Arbeit an Berufsschultagen, Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz usw.

elan: Zum Schluß noch eine Frage zum politischen Tagesgeschehen. Den fortschrittlichen Kräften in aller Welt ist es gelungen, den US-Imperialismus zu einem Waffenstillstandsabkommen in Vietnam zu zwingen. Nicht unwesentlichen Anteil an der Friedensbewegung in der Bundesrepublik hat die Gewerkschaftsjugend. Was will sie jetzt tun, um dem vietnamesischen Volk beim Wiederaufbau des Landes zu helfen?

Todtenberg: Der Bundesjugendausschuß des DGB hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, die Gewerkschaftsjugend aufzurufen, durch Spenden mitzuhelfen, das durch die USA bombardierte Vietnam wieder aufzubauen. Im übrigen ist darauf hinzuweisen, daß die Gewerkschaftsjugend viele Demonstrationen gegen den Krieg in Vietnam organisiert und mitgetragen hat.

„Berufsbildung an Arbeiterinteressen ausrichten“

Von der 3. außerordentlichen Bundesjugendkonferenz der ÖTV berichtet Wolfgang Bartels

Schwerpunkt der Diskussionen in der Gewerkschaftsjugend ist zur Zeit die Entwicklung und Konkretisierung der Vorstellungen für eine bessere Berufsbildung. In Vorbereitung der Bundesarbeitstagung der DGB-Jugend zu dieser Problematik finden zahlreiche Konferenzen und Seminare auf allen Ebenen der Gewerkschaftsjugend statt. Eine wichtige Rolle spielt hier die außerordentliche Bundesjugendkonferenz der ÖTV vom 2. bis 5. Februar auf dem Dörnberg bei Kassel. Diese Konferenz geht zurück auf einen Beschluß der letzten ÖTV-Bundesjugendkonferenz in Gelsenkirchen, die damals Fragen der Bildung und Berufsbildung vertagt hatte, um sie ausführlicher behandeln zu können (siehe elan 4/72, S. 21).

In den meisten Bezirken der ÖTV hatte es zu dieser Konferenz vorbereitende Arbeitstagungen, Seminare und Bezirksjugendtreffen gegeben. So war es nicht verwunderlich, daß die 155 Delegierten jetzt in Kassel äußerst engagiert und sachkundig, aber auch sehr solidarisch um jede Aussage rangen.

Eingangs umriß Bundesjugendsekretär Klaus Engel kurz die Fragestellung der Konferenz: „Was heißt Berufsausbildung in der kapitalistischen Gesellschaft für die Lohnabhängigen, die nichts besitzen außer ihrer Arbeitskraft? Welche Anforderungen werden heute und in Zukunft an die in Betrieben und Ver-

waltungen Arbeitenden gestellt? Wie und wo soll oder muß die Berufsausbildung organisiert werden? Was heißt es, eine Forderung an den Staat zu richten? Können wir damit die Vorstellung verbinden, daß hier unsere Interessen gewahrt werden? Welche Funktion hat der Staat, der öffentliche Dienst, in der kapitalistischen Gesellschaft?

Kampf gemeinsam führen

Engel betonte, daß die Konferenz Entscheidungshilfen für die gewerkschaftlichen Gremien liefern und Forderungen formulieren solle, daß sie zwar Fragen offenlassen werde, aber auch zeigen werde, welche Probleme in der nächsten Zeit angegangen werden müßten. „Es stellt sich die Machtfrage, wie wir Forderungen und Kontrolle durchsetzen und mit wem.“ Und: „Der Kampf um eine bessere, d.h. eine den heutigen und künftigen Bedürfnissen entsprechende Berufsausbildung ist Bestandteil des Kampfes um eine andere Gesellschaft, um eine grundsätzliche Veränderung der Situation der Lohnabhängigen. Laßt ihn uns gemeinsam führen. Denn nur gemeinsam sind wir stark.“

Wer bestimmt die Inhalte?

Die Konferenz litt unter der übermäßigen Konfrontation in einer untergeordneten Fragestellung, da viele Delegierte das Hauptaugenmerk darauf legten, ob eine zukünftige Berufsbildung „extern oder intern“ erfolgen solle. Die „Externen“ vertraten die Ansicht, die Berufsbildung müsse völlig aus den Betrieben herausgenommen werden, die „Internen“ meinten dagegen, die Berufsausbildung müsse noch stärker in die Betriebe verlagert werden.

In den fünf Arbeitsgemeinschaften, die die Problematik vordiskutierte, setzte sich jedoch mehr oder weniger die Auffassung durch, daß dies eine Scheinalternative sei, da man das Problem des Ausbildungsortes nicht mit dem der Verfügungsgewalt über die Berufsbildung verwechseln dürfe.

So einigten sich die Delegierten darauf, zur Grundlage der Beratung einen Antrag des Bezirkes NRW II (Bochum) zu machen, der diese lediglich technokratisch orientierte, scheinalternative Zuspitzung überwand. Dieser Antrag wurde nach elfstündiger Diskussion mit verschiedenen Veränderungen bei 65 zu 45 Stimmen und einer Enthaltung als einziger Beschluß der Konferenz verabschiedet.

Umfassende und vielseitige Bildung

In dem Beschluß wird die Integration von allgemeiner und beruflicher Aus- und Fortbildung und die Aufhebung

des dualen Berufsausbildungssystems (das jetzige nichtabgestimmte Nebeneinanderlaufen von schulischer und betrieblicher Ausbildung) gefordert, da die Lohnabhängigen das Interesse haben, „möglichst umfassend und vielseitig ausgebildet zu werden, um die Produktionsmittel bedienen und beherrschen zu können“. Gleichzeitig wird festgelegt: „Die Forderung nach einem einheitlichen Bildungssystem – orientiert an unseren Interessen – ist eine längerfristige Forderung, deren Verwirklichung von der Kampfkraft der Arbeiterklasse abhängig ist und erst im Sozialismus voll verwirklicht werden kann.“

Die Inhalte der Aus- und Fortbildung müßten an den Interessen der Lohnabhängigen ausgerichtet werden, nämlich „zum einen, ihre Arbeitskraft zu qualifizieren, so daß diese verwertbar ist und so teuer wie möglich verkauft werden kann, zum anderen gesellschaftliche Zusammenhänge und Machtstrukturen zu erkennen, um ihren Standort in der Gesellschaft zu bestimmen und zur Durchsetzung ihrer Interessen solidarisch handeln zu können“. Es folgt eine Zusammenstellung aktueller Tagesforderungen, für die unmittelbar der Kampf geführt werden kann. „Hierbei ist der herrschenden Ideologie der Sozialpartnerschaft, die gesellschaftliche Zusammenhänge verschleiern soll, entgegenzutreten.“ Es seien genannt die Forderungen nach sachlich und zeitlich gegliederten Ausbildungsplänen, Ausweitung des Berufsschulunterrichts, arbeitsfrei an Berufsschultagen, Ausbildung nur bei garantierter Weiterbeschäftigung, aber auch die Forderung nach Bildungsurlaub, Zugangsrecht für die Gewerkschaften an den Schulen, Aufhebung des Berufsverbots und Ablehnung des Wehrkundeunterrichts.

Mitbestimmung erkämpfen

Wesentlich ist für die jungen Gewerkschafter die Forderung nach Mitbestimmung in allen Aus- und Fortbildungsfragen, weil „die einzelnen Unternehmer und der Staat nicht in der Lage und auch nicht bereit sind, die Ausbildung unseren Interessen entsprechend durchzuführen“ und „Bildung als gesellschaftliche Aufgabe“ verstanden werden muß. „Mitbestimmung der Lernenden und der Gewerkschaften ist auf allen gesellschaftlichen Ebenen zu erkämpfen“, d.h. vor allem Ausweitung der Rechte von Personal- und Betriebsrat und Jugendvertretung, Aufhebung der Friedens- und Schweigepflicht, qualifizierte Mitbestimmung in überbetrieblichen Gremien, Einflußnahme und Mitentscheidung der Gewerkschaften in der Bildungspolitik und Herauslagerung der Ausbildungskontrolle aus den Unternehmerkammern.

Zur Frage der Finanzierung heißt es

kurz und kompromißlos: „Die genannten Verbesserungen der Aus- und Fortbildung dürfen nicht auf Umwegen über steuerliche und versicherungstechnische Kunstgriffe von der Arbeiterklasse bezahlt werden. Da die Unternehmer bis zur Erreichung des Sozialismus den Nutzen von der Ausbildung haben, müssen sie auch die Kosten tragen. Außerdem muß zur Verbesserung der Bildungseinrichtungen der Rüstungsetat gekürzt werden.“

In seinem Schlußwort erklärte Klaus Engel: „Diese Diskussion war erst ein Anfang. Jetzt kommt es darauf an, was wir formuliert haben durchzusetzen. Es kommt auch darauf an, zu prüfen, ob Minderheitenmeinungen dieser Konferenz nicht hier oder da ihre Berechtigung haben. Seid aktiv, kämpft für die Forderungen, die wir hier beschlossen haben.“

Es sei noch hervorgehoben, daß die gastgebende Verwaltungsstelle Kassel auf ein Gastgeschenk verzichtete und statt dessen das Geld auf das Vietnam-Konto überwies. Mit viel Beifall und einer spontanen Sammlung wurde ein Spenden-Aufruf der DGB-Jugend für den Aufbau Vietnams begrüßt. 1 656 DM kamen zusammen.

ANZEIGE

Kleine Rote Reihe

Kleine Rote Reihe 12: Zu Gast bei Freunden

Gedichte, Texte und Reportagen über die Sowjetunion.
Zusammengestellt von Peter Schütt
Preis: DM 2,50

Kleine Rote Reihe 13: Nguyen Van Troi – Vorbild der Jugend

Phan thi Quyen, berichtet über das Leben ihres Mannes, dem vietnamesischen Nationalhelden Nguyen Van Troi. Die Aussagen dieser Kleinen Roten Reihe stellen eine scharfe Anklage gegen die US-Aggressoren in Indochina und ihre Marionetten dar.
Preis: DM 2,50

Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund, Brüderweg 16

Winfried will nicht zur Armee

„Interessenvertretung der Kollegen ist wichtiger!“

Von Werner Winter

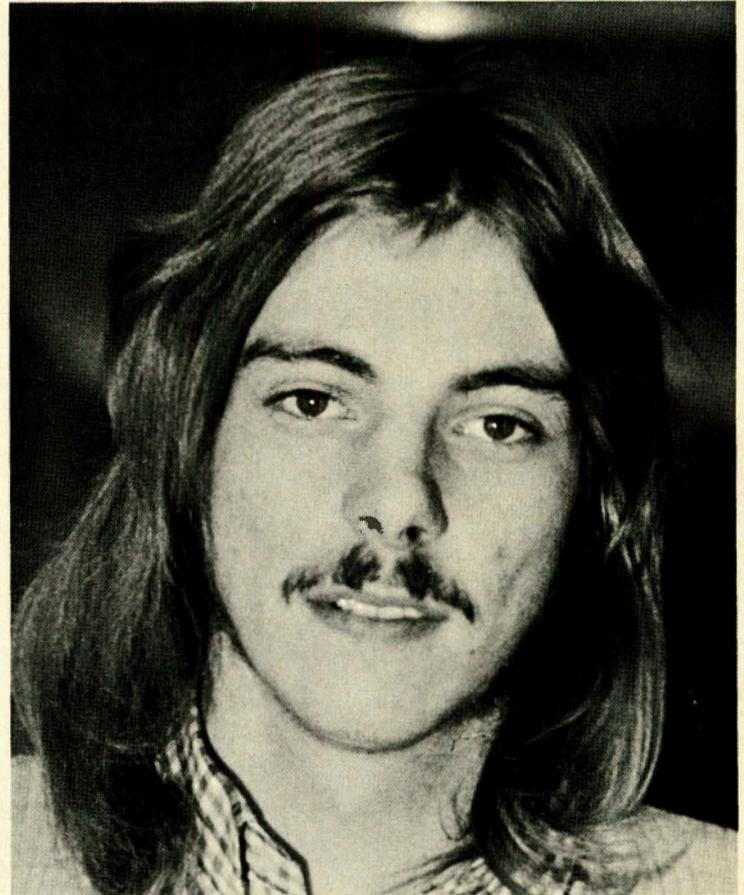
Winfried Karches ist Lehrling bei der Flughafen Frankfurt/Main AG. Vor kurzem flatterte ihm, wie Tausenden anderen, die Einberufung zum Bund auf den Tisch. Aber in diesem Fall ist etwas anders: Am 17.11.72 wurde Winfried zum Vorsitzenden der Jugendvertretung gewählt. Er will seine Kollegen nicht im Stich lassen. Darum legte er gegen die Einberufung Widerspruch ein. Winfrieds Fall wirft die Frage auf: was ist wichtiger – seinen Dienst beim Bund zu schieben oder als gewählter Vertreter die Interessen der Kollegen zu vertreten? Für Winfried ist die Sache klar: als Jugendvertreter erfüllt er eine wichtigere gesell-

schaftliche Funktion als wenn er unter die Fahnen eilt.

Dabei kann er sich auf zahlreiche Forderungen von Jugendkonferenzen des DGB und der Einzelgewerkschaften stützen. Auch in den „Fünf Grundrechten der Jugend“ der SDAJ heißt es dazu: „Befreiung der Jugendvertreter und jungen Betriebsräte vom Wehr- und Ersatzdienst.“

In diesem Sinne schrieb Winfried an das Kreiswehersatzamt und wandte sich an Willy Brandt und Walter Ahrend mit der Aufforderung, ein klares Wort in dieser Sache zu sprechen. Deren Antwort steht noch aus. Aber die Kollegen stellten sich hinter Winfried. Bis jetzt solidarisierten sich mit ihm die Jugendvertretung und der Betriebsrat der Flughafen AG, der Ortsjugendausschuß der IGM Frankfurt, der Jugendbildungssekretär des DGB Hessen, Bernd Höwer, und zwei Teamer-Seminare der Gewerkschaftsjugend Oberursel.

In seinem Schreiben ans Kreiswehersatzamt weist Winfried auch auf die Entspannungspolitik hin. Im Zusammenhang damit betont er: „Gerade dadurch erwächst für alle Jugendvertreter und junge Betriebsräte die Verpflichtung, ihre Verantwortung gegenüber den arbeitenden Menschen im Betrieb vor den Wehrdienst zu stellen!“



Winfried Karches: „Jugendvertreter und junge Betriebsräte sollten vom Wehrdienst befreit werden!“



15.000 gegen Numerus Clausus

Schüler demonstrierten in Frankfurt

Von Fritz Seibert

Der Versuch, mit der Zauberformel „Numerus clausus“ die Schwierigkeiten an der Frankfurter Uni im Zylinder verschwinden zu lassen, brachte dem Uni-Präsidenten Kantzenbach nichts als Ärger. Tagelang

rumorte es zunächst an den Schulen im ganzen Rhein-Main-Gebiet, ein Schulstreik folgte dem anderen. Den Protestaktionen der Schulen schlossen sich Berufsschüler, Lehrer und Eltern an, die in immer neuen Demonstrationen hinter ihre Forderung nach einem gesunden Bildungswesen Druck machten. Als Höhepunkt erlebte Frankfurt eine Demonstration von mehr als 15 000 Teilnehmern, einer der größten der Nachkriegszeit. Daß Schüler, Berufsschüler und Studenten auch die politischen Zusammenhänge erkannt haben, zeigten ihre Transparente. Viele von ihnen forderten Rüstungsabbau, Heranziehung der Profite für eine bessere Bildung und Schluß mit dem Berufsverbot für Demokraten und Sozialisten.

Persönlich verantwortlich

Leningrader Arbeiterjugend und internationale Solidarität

Von unserem Moskauer Korrespondenten Wadim Churbanow

„Die Jugend prangert den Imperialismus an“... Diese Worte hörte ich in der Komsomolleitung der Leningrader Elektromaschinenbauvereini-

gung „Elektrosila“, wo die Ergebnisse der Solidaritätskundgebung mit dem Volk des kämpfenden Vietnams erörtert wurden. An der Kundgebung beteiligten sich rund 4 000 Jungen und Mädchen, fast die ganze Jugend des Betriebes. Einer ihrer Teilnehmer war der 26jährige Maschinenschlosser der Werkzeugmacherei, Wladimir Zelujew, Mitglied des Büros des Zentralkomitees des Komsomol. Die unmittelbare Teilnahme am Produktionsprozeß und die Ausübung seiner gesellschaftlichen Funktionen gestatten ihm, nicht bloß die politischen Aktivitäten der Komsomolzen dieser Vereinigung einzuschätzen, sondern sie auch an der Tätigkeit der ganzen sowjetischen Jugend zu messen.

„Wir wissen sehr gut, daß die Prinzipien der Demokratie für Millionen Menschen im Westen unerfüllbar bleiben. Die sowjetischen Jungarbeiter unterstützen die Forderungen der Patrioten

Südvietnams, der Häftlinge der griechischen und südafrikanischen Kerker, der amerikanischen Kämpfer gegen die Rassenhetze. Ich kann mich noch sehr gut an die Kundgebungen zum Schutz von Angela Davis erinnern, die in allen Leningrader Betrieben stattfanden“, sagte Wladimir Zelujew. „Die Besorgnis um ihr Schicksal erfüllte uns Tag für Tag. Wie groß war dann unsere Freude, als Angela einige Monate später Leningrad besuchte, und wir wahrnehmen konnten, daß zu ihrem Sieg auch unser Beitrag, ein Teilchen unseres Kampfes verholfen hat. Wir pflegen und entwickeln Kontakte zu unseren Altersgenossen in den sozialistischen Ländern, tauschen Erfahrungen mit den Jungarbeitern der Betriebe ‚Sachsenwerk‘ (DDR), ‚CKD-Prag‘ (Tschechoslowakei), ‚Dol-Mel‘ (Polen), ‚Ganz‘ (Ungarn) des jugoslawischen Betriebes ‚Rada‘ und anderer aus. Im vorigen Sommer haben

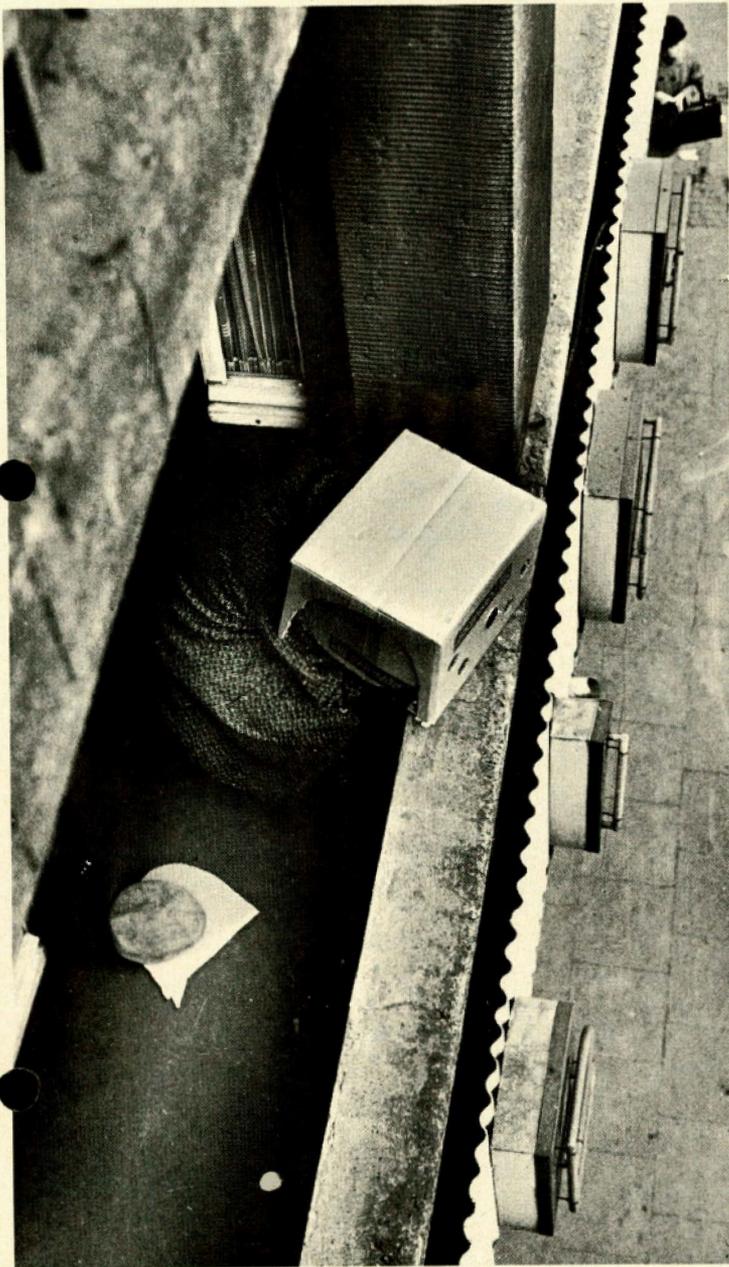
zehn unserer Komsomolzen in der DDR gearbeitet, in der gleichen Zeit empfangen wir in unserem Betrieb Kollegen aus dem ‚Sachsenwerk‘. Jedes Jahr machen vietnamesische Studenten von Technischen Hochschulen, Fachleute und Arbeiter bei uns ein Praktikum durch. Gegenwärtig baut der Betrieb im Auftrag der Demokratischen Republik Vietnam Generatoren für ein künftiges Kraftwerk.

Unter den typischen Eigenschaften der sowjetischen Jugend möchte ich die wichtigste hervorheben, das ständige Bewußtsein der persönlichen Verantwortung für alles, was um sie herum, im ganzen Land und auch im Ausland vor sich geht.

Vor elf Jahren blickten wir zum ersten Mal auf die Welt mit den Augen des ersten Raumfliegers Juri Gagarin. Und wir konnten damals feststellen, daß unser Planet nicht allzugroß ist. Diesen Planeten müssen alle auf der Erde Lebenden schützen.“



„Nieder mit den Aggressoren!“ Auch in Leningrad ist die Jugend solidarisch mit den Opfern des Imperialismus.



Keiner sieht mich – ha, ha ...

Mini-James-Bond im Papp-Karton

Von Claus Schulte

30 000 waren nach Dortmund gekommen und demonstrierten unter der Losung: Frieden und Unabhängigkeit für Vietnam – jetzt! Kein Redner, kein Demonstrant, der nicht forderte, daß endlich auch die Bundesregierung ein Wort des Protestes gegen die US-Verbrechen finden sollte. Der Beitrag des Staates zu der Demonstration sah etwas anders aus. Das zeigt folgende Geschichte:

Um ein eindrucksvolles Bild für „elan“ vom Demonstrationszug zu schießen, ging ich in ein Eckhaus und klingelte oben. Der Wohnungsinhaber war nicht weiter überrascht. Er sagte: „Vorhin war schon ein Kollege von Ihnen da. Der ist jetzt ein Stockwerk tiefer.“

Ich ging auf den Balkon und sah mir meinen Kollegen etwas näher an. Und da bot sich mir dann dieses Bild: ein Super-007 kauerte vorschriftsmäßig getarnt unter dem Papp-Karton und schoß eifrig Bilder von den Demonstranten. „Was machen Sie denn da?“ rief ich runter.



Dieses Foto nahm Claus Schulte von dem Eckhaus aus auf, in dem sich der K 14-Mann verchanzt hatte.

Aber er war so vertieft, daß er nichts hörte. Da habe ich erst mal ein paar Fotos von ihm gemacht und dann Flugblätter auf ihn geworfen. Daraufhin zog er sich eilends in die Wohnung zurück.

Als ich den Mietern erzählte, was für ein Vogel das war, wollten sie es zuerst gar nicht glauben. Und dann waren sie ganz schön empört.

Was ist das für eine Bundesregierung, die jetzt so viel von humanitärer Hilfe redet, aber gleichzeitig bei der politischen Polizei Fotos von Demonstranten gegen den Vietnam-Krieg horten läßt? Sicher nicht nur von der Dortmunder Aktion.

pläne-
Platten-
Hotparade
In diesem Monat auf Platz
No.1:



DIETER SUVERKRUPS
BILLIGPLATTE:

Zusammengesammelte
Werke

LP, Bestell-Nr. S 0200, DM 15,-

pläne

Verlag „pläne“
GmbH
Abteilung 4
46 Dortmund
Ruhrallee 62

Happy End beim Prämien- sparen

Tips für
Jungvermählte

Von Karin Keller

„Und darum wird beim Happy End – im Film gewöhnlich abgeblendet“ heißt es in einem Chanson von Kurt Tucholsky. Die Probleme, die dann auf die Neuvermählten zukommen, lassen sich nicht so gut in schulzige Filme und Schlager verpacken. Dann geht die Sorge um das liebe Geld los: neue Wohnung, Möbel, Kredite... Wir wollen hier ein paar Tips geben, wie man mit Hilfe von „Vater Staat“ das angegriffene Portemonnaie etwas auffrischen kann. Solche Leute wie Horten, Abs und so haben da natürlich größere Möglichkeiten... Und jetzt zur Sache: Erste Voraussetzung ist, daß man Prämiensparer ist. Die normale Sperrfrist für allgemeine Sparverträge beträgt sechs, für Ratensparverträge sieben Jahre. Wer nach Abschluß eines Prämiensparvertrages heiratet, kann bereits zwei Jahre nach Beginn der Festlegungsfrist über seine Sparbeträge nebst Prämie, Zinsen und Zinseszinsen verfügen. Im günstigsten Fall verkürzt sich die Sperrfrist sogar auf anderthalb Jahre, weil der Beginn der Laufzeit jeweils immer zum Januar oder 1. Juli zurückdatiert wird. Wer also bis zum Jahresende 72 bei seiner Sparkasse einen Prämiensparvertrag abschließt und vor dem 30. Juni 74 heiratet, kann schon vom 1. Juli 74 an die Prämie kassieren. Noch größer ist der finanzielle Vorteil, wenn beide Verlobten einen Prämiensparvertrag abgeschlossen haben. („Liebste, willst du deinen Sparvertrag mit meinem zusammentun?“) Noch ein Tip: Wer sich gleich nach der Hochzeit einen Prämiensparvertrag auszahlen lassen kann, sollte kurz vor der Hochzeit einen neuen Sparvertrag abschließen. Der ist dann



Ganz so anspruchslos geht es nicht. Heiraten kostet Geld.

Die Toten- glocke von „Lloyd's“

Reeder-Profit
wichtiger als
Sicherheit

Von Horst Heiner

In der von kühler Geschäftigkeit erfüllten Halle des modernen Bürotrakts der Firma „Lloyd's Underwriters“ in der Londoner Lime Street hängt eine altertümliche Bronzeglocke. Wenn sie einmal schlägt, verstummt für Minuten das geschäftige Treiben. Der Glockenschlag verkündet, daß irgendwo auf den Weltmeeren eines der rund 60 000 Schiffe der internationalen Handelsflotte verlorengegangen ist. Schlägt die Glocke zweimal an, so bedeutet das eine gute Nachricht. Aber diese Botschaft ist rar geworden. Nach „Lloyd's Register of Shipping“ stiegen zwischen 1964 und 1970 die Verluste um

mehr als 40 Prozent. 1964 gingen 248 Schiffe verloren. 1970 waren es 352. 1971 ist in den Annalen von „Lloyd's“ als „Jahr der Schiffskatastrophen“ verzeichnet: 377 Tanker und Frachter versanken in den Wellen. Die Handelsflotte erleidet Unfälle im Rekordtempo – teils, weil die Seewege überbeansprucht sind, teils, weil die Schiffe größer und schneller geworden sind, so daß ihre Manövrierfähigkeit abgenommen hat. Der wirtschaftliche Druck, unter dem die Schiffe möglichst rasch Häfen anlaufen und wieder verlassen müssen, bewirkt, daß Seeverkehrsregeln außer acht gelassen werden. Als am meisten gefürchteter Unfallschwerpunkt gilt die Straße von Dover mit einer Jahreskapazität von annähernd 300 000 Schiffen. Alte Fahrensleute meinen, der dortige Betrieb unterscheide sich kaum von den überfüllten Autobahnen zur Urlaubszeit. Das einzige, was der Ärmelkanal heute noch nicht hat, ist ein weißer Streifen in der Mitte und alle hundert Meter eine Verkehrsampel. Trotz der in Dover installierten seepolizeilichen Radarüberwachung von „Verkehrssündern“, die vom Kurs abweichen, kamen innerhalb von 18 Monaten 40 Menschen bei Kollisionen ums Leben. Schiffskatastrophen sind nun keineswegs auf den „Willen Gottes“ zurückzuführen, wie es im Sprachgebrauch mancher

ebenfalls nach zwei Jahren fällig. Jungverheiratete können übrigens auch nach drei oder vier Jahren oder wann immer sie wollen ohne Prämienverlust über ihre Sparbeträge verfügen. Eine kleine Unterstützung für junge Ehen, gewiß. Aber diese Hilfe kann auch anders aussehen. Z.B. so: Junge Eheleute bis 26 Jahre bekommen bei einer Erst-Ehe zinslose Kredite in Höhe von je 5 000 Mark für Wohnraumbeschaffung und -ausstattung. Bei der Geburt des ersten Kindes werden 1 000 Mark, bei der des zweiten Kindes 1 500 Mark und bei der des dritten Kindes weitere 2 500 Mark des Kredits erlassen. Was es so etwas gibt? In der DDR. Das ist eine echte Hilfe, die mehr als ein Almosen ist.

Reeder noch heute heißt. Die Zahl der Unfälle, bei denen menschliches Versagen oder die Naturgewalten entscheidend waren, ist gering. Sicherheit kostet Geld, und das will niemand ausgeben. Es gibt überall vorgeschriebene Routen. Aber sie bedeuten mitunter einen Umweg – damit längere Fahrzeit, mehr Brennstoffverbrauch. Besonders der griechische Reeder Onassis ist dafür bekannt, daß auf seinen Schiffen die Sicherheitsvorkehrungen nicht gerade die besten sind. Aber Onassis ist „großzügig“. Im allgemeinen zahlt er der Besatzung mehr als andere Reeder – dafür trägt sie dann das Risiko. Die besorgniserregende Zunahme der Schiffsunfälle hat die Wissenschaftler auf den Plan gerufen. Sie suchen z.B. Verfahren, um mit Hilfe von Satelliten Standort und Geschwindigkeit eines Schiffes schnell und exakt zu orten, damit die Gefahr von Kollisionen vermieden werden kann. Wie es heißt, sollen bereits Mitte der 70er Jahre Einrichtungen zur Verfügung stehen, die jede Position mit einer Abweichung von nur wenigen Metern angeben können. Bis es jedoch soweit ist, wird bei „Lloyd's“ die Totenglocke noch manches Mal anschlagen, werden Seeleute einen sinnlosen „nassen“ Tod sterben. Nicht nach dem Willen Gottes, sondern im Interesse des Profits.

Jürgen Kuczynski ist Direktor des Instituts für Wirtschaftsgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften in Berlin (DDR) und Professor mit Lehrstuhl für Wirtschaftsgeschichte an der Humboldt-Universität. Er wurde am 17. September 1904 in Elberfeld geboren und studierte in Berlin, Erlangen, Heidelberg und Washington. 1930 wurde er Mitglied der KPD. Er wirkte als Lehrer an der Marxistischen Abendschule (MASCH) in Berlin und war Wirtschaftsredakteur des Zentralorgans der KPD, „Rote Fahne“. Nach 1933 arbeitete er zuerst illegal, emigrierte 1936 nach England, wo er wissenschaftlich und politisch in der antifaschistischen Widerstandsbewegung gegen das Hitlerregime kämpfte. Nach 1945 stellte er seine ganze Kraft dem antifaschistischen Neuaufbau zur Verfügung. In seinen umfangreichen wissenschaftlichen Publikationen trat er besonders mit international stark beachteten Untersuchungen zur Geschichte der Lage der Arbeiter im Kapitalismus hervor. Mit diesem Beitrag über das „Manifest“ leiten wir eine Serie ein, die Jürgen Kuczynski exklusiv für elan geschrieben hat.

Das Kommunistische Manifest

Ein Kunstwerk

Überall in der Welt wird in diesen Tagen, in denen die Menschheit den 125. Jahrestag des Erscheinens des Kommunistischen Manifests feiert, auf seine wissenschaftliche und propagandistische Bedeutung hingewiesen.

Viel zu wenig noch wird es auch als eines der größten Kunstwerke der Literatur der Arbeiterklasse gewürdigt. Sehr genau überlegt rühmte Lenin seine „geniale Klarheit und Ausdruckskraft“ – wobei geniale Ausdruckskraft eben die künstlerische Gewalt des Ausdrucks meint.

Man denke etwa an die Schilderung der Entwicklung der Produktivkräfte von der Mitte des 18. zur Mitte des 19. Jahrhunderts: „Die Bourgeoisie hat in ihrer kaum hundertjährigen Klassenherrschaft massenhaftere und kolossalere Produktionskräfte geschaffen als alle vergangenen Generationen zusammen. Unterjochung der Naturkräfte, Maschinerie, Anwendung der Chemie auf Industrie und Ackerbau, Dampfschiffahrt, Eisenbahnen, elektrische Telegraphen, Urbarmachung ganzer Weltteile, Schiffbarmachung der Flüsse, ganz aus dem Boden hervorgestampfte Bevölkerungen –“

Wem geht nicht der Atem aus, wenn er diese Sätze liest? Und so muß es sein, denn die reale Entwicklung war wirklich atemberaubend!

Aber der Satz ist nicht zu Ende und auch das Manifest nicht. Man braucht seinen Atem wieder, und so folgt dem Gedankenstrich noch ein in gehobener Stimmung rückschauender, abschließender Satzteil: „Welches frühere Jahrhundert ahnte, daß solche Produktionskräfte im Schoße der gesellschaftlichen Arbeit schlummerten?“

Ein bürgerlicher Wirtschaftswissenschaftler nannte diese Stelle einmal das „Hohe Lied“ von Marx auf die Leistungen der Bourgeoisie. Und er hat recht. Marx hat die gewaltigen Leistungen der Bourgeoisie, als sie noch eine fort-

schrittliche Klasse war, wie kein anderer geschildert und anerkannt.

Doch als Engels und Marx das Kommunistische Manifest verfaßten, da war es schon zu Ende mit der Zeit jugendlichen Voranstürmens der Bourgeoisie. Sie hatte sich übernommen, und eine neue Klasse reifte heran, die ihr historisch folgen und der Menschheit nicht nur gewaltige Entwicklung der Produktivkräfte, sondern auch allgemeinen Wohlstand bringen würde – die Arbeiterklasse.

Die Bourgeoisie hatte sich übernommen – denn sie konnte die Wirtschaftskräfte, die sie geschaffen, nicht mehr meistern. Wie großartig auch die Schilderung der Hilflosigkeit der Bourgeoisie: „Die bürgerlichen Produktions- und Verkehrsverhältnisse, die bürgerlichen Eigentumsverhältnisse, die moderne bürgerliche Gesellschaft, die so gewaltige Produktions- und Verkehrsmittel

hervorgezaubert hat, gleicht dem Hexenmeister, der die unterirdischen Gewalten nicht mehr zu beherrschen vermag, die er heraufbeschwor. Seit Dezennien ist die Geschichte der Industrie und des Handels nur die Geschichte der Empörung der modernen Produktivkräfte gegen die modernen Produktionsverhältnisse, gegen die Eigentumsverhältnisse, welche die Lebensbedingungen der Bourgeoisie und ihrer Herrschaft sind. Es genügt die Handelskrisen zu nennen, welche in ihrer periodischen Wiederkehr immer drohender die Existenz der ganzen bürgerlichen Gesellschaft in Frage stellen.“

Nein! Man denke nicht gleich über das Gesagte nach! Später! Dann geht es auch besser – nachdem man zuerst noch einmal die Bilder betrachtet, die sich hier abrollen. Die Bourgeoisie, die so ungeheuerliche Produktivkräfte hervorgezaubert hat – und plötzlich machen diese sich selbständig; hilflos, dem Hexenmeister im Märchen gleich, steht die Bourgeoisie im Strudel des Wirtschaftsgeschehens. Da hat sie Maschinen geschaffen, und sie stehen plötzlich still, Schächte in die Erde getrieben, und sie muß sie schließen, Land erschlossen und die Bauernhöfe vereinsamen, Währungen angeglichen und sie torkeln auf einmal.

Wie heißt es im Kommunistischen Manifest: „In den Krisen bricht eine gesellschaftliche Epidemie aus, welche allen früheren Epochen als ein Widersinn erschienen wäre – die Epidemie der Überproduktion.“

Die Weltliteratur kennt Werke, die in ihrem wissenschaftlichen Inhalt an das Kommunistische Manifest heranreichen. Die Weltliteratur kennt Werke, die in ihrer künstlerischen Form an das Kommunistische Manifest heranreichen. Die Weltliteratur kenne kein Werk, das so gleichermaßen hohen Wert als wissenschaftliches und Kunstwerk hat.

Jürgen Kuczynski

125 Jahre Kommunistisches Manifest



Eröffnung der Ausstellung
125 Jahre
Kommunistisches
Manifest
Freitag,
23. 2. 73,
17.30 Uhr
Hamburg,
Hochschule
für bildende Künste
Am Leuschkefeld
(12-Bahn-Münsterhof)

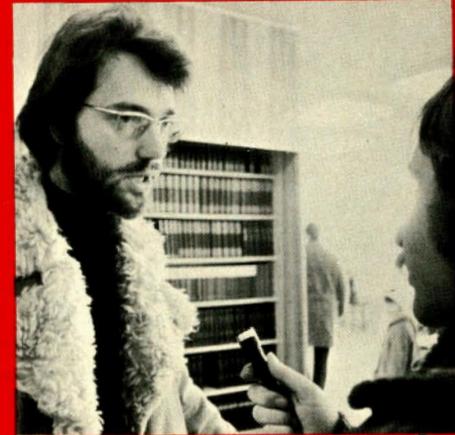
Veranstaltung des
Kommunistischen
Zentralorgans
der DDR
Freitag,
23. 2. 73,
20 Uhr
Hamburg,
Haus des Sports

Unter den Linden
und anderswo

»Wie gefällt's euch in Berlin?«

Wir sitzen in einem der Restaurants am Fuße des Fernsehturms und warten. Auf freundlicheres Wetter. Nach jedem Schluck heißen Grog's schaut der Fotograf besorgt aus dem Fenster. Endlich hat es die Sonne geschafft. Ihre Strahlen zwingen sich durch die diesige Wolkendecke und schieben Nebelschwaden beiseite. Es wird doch noch einen schönen klaren Januartag geben. Wir wollen bummelnde Touristen fragen: „Wie sieht's aus in der DDR, in ihrer Hauptstadt? Wie stimmt es mit dem bisher Gehörten und Gelesenen überein?“ Wie erkennt man den Touristen? Am neugierig schweifenden Blick, am Klicken der Kamera, den Souvenirs und dem Staatsplan unter m Arm. Mit dieser Faustregel kann man nicht fehlgangen.

Michael Kringl nutzt die billigen Buchpreise in der DDR.



Olivier Ladin, 17 Jahre und Lehrling bei „Metzner und Jung“, einem elektronischem Betrieb in Wuppertal ist gerade dabei eine Filmrolle aus der Box zu nehmen.

„Ich war schon mehrmals in der DDR. Diesmal fotografiere ich für eine Fotoausstellung der SDAJ Wuppertal. Damit wollen wir das Gastgeberland der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten im kommenden Sommer und natürlich ihre Hauptstadt als Treffpunkt der Weltjugend vorstellen. Außerdem ist das Fotografieren mein Hobby. So juckt's mir natürlich auf dem Alexanderplatz laufend im rechten Zeigefinger. Eine solch großartig architektonische Gestaltung sucht seinesgleichen. Und man stelle sich vor: eine City, in der das Großstadtleben pulsiert, ein Zentrum zum Arbeiten, Einkaufen, Wohnen und Spazierengehen, das nicht irgendwelchen Banken, Konzernen oder Instituten gehört! Hier klettern nicht die Grundstückspreise, an denen bei uns so manches nützliche Projekt scheitert, sondern sinken sogar die Mieten. Alles Motive, die man nicht mit dem Foto festhalten kann.“

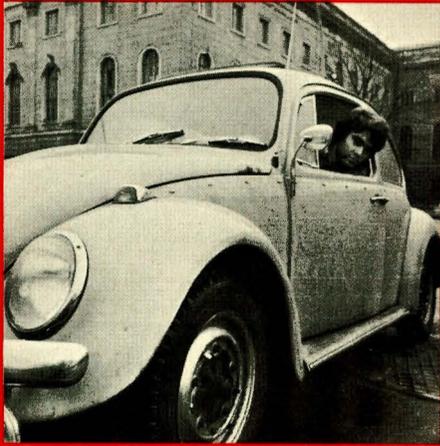
Na dann weiterhin gut Licht, Olivier, und eine klare Fotolinse.

Im zweistöckigen „Internationalen Buch“ an der Karl-Liebknecht-Straße herrscht reges Kaufgedränge.

Vor dem Stand mit politischen Broschüren steht ein junger bärtiger Mann. Student tippen wir und fragen. Richtig, Michael Kringl studiert in Marburg das 5. Semester Politik.

„Mir imponieren in der DDR vor allem die Studienbedingungen meiner Kommilitonen. Sie sind besser dran als ich. Dabei lasse ich die Hochschulreformen und überhaupt die Ausgangsbasis mal außer Betracht. Nehmen wir nur die Fachliteratur. Das Bücherangebot ist breiter und aussagekräftiger. Und was für einen Studenten nicht unwesentlich ist, auch billiger. Ich habe in meinem Seminar

Holger Grasselt muß bei jedem Besuch länger nach einem Parkplatz suchen.



...en Vortrag über die DDR ausgearbeitet und dabei ein gutes Verhältnis zu ihrem Gesellschaftssystem gefunden. Nun habe ich den Wunsch, meine theoretischen Kenntnisse durch eine „DDR-Praxis“ zu vertiefen.



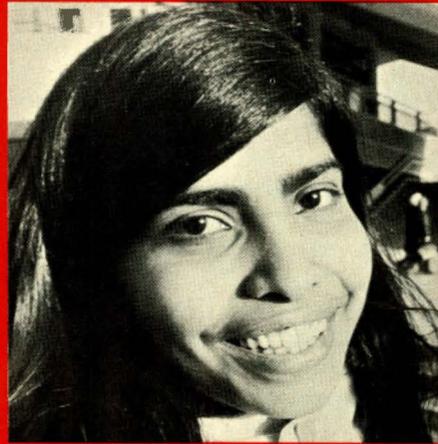
Unter den Linden, dem Boulevard der DDR-Hauptstadt, endet in Höhe der Humboldt-Universität der breite Mittelstreifen für Fußgänger in einem weitläufigen Parkplatz. Ein grauer VW hat Glück, gerade macht ein „Wartburg-Camping“ Platz.

Holger Grasselt, Oberprimaner im Max-Planck-Gymnasium aus München/Neu-Germering stellt den Motor ab.

„Ich bin schon des öfteren in Berlin bei meinen Freunden gewesen, und jedesmal mußte ich länger nach einem Parkplatz suchen. Gehen wir essen, ich habe nach der Fahrt einen Mordshunger.

Bei meinem ersten Besuch hier kam ich ein Eiszapfen an. Dabei wars Hochsommer. Aber ich hatte überhaupt kein klares Bild von diesem Land. Nach dem was ich bis zu diesem Zeitpunkt gehört und gelesen hatte, mußte ich ja geradezu in ein eisiges Klima geraten. So hatte ich mich vorsorglich schon vorher eingefroren. Aber ich taute schnell auf. Man muß sich nur umsehen. Von meinen Freunden her kenne ich viele Solidaritätsaktionen der Jugend, die nicht nur spontan oder emotional entstehen. Sie haben eine feste Wurzel. Das Stipendium oder Lehrlingsgeld ist hier nicht allzu dick und trotzdem entrichtet jeder monatlich einen Betrag zur Unterstützung des vietnamesischen Volkes. Oder der Erlös von freiwillig organisierten Einsätzen außerhalb der gesetzlichen Arbeitszeit wird auf das Solidaritätskonto überwiesen. Es gibt noch mehr Beispiele dieser Art, die ich aus eigener Anschauung kennengelernt habe. Wie ich gelesen habe, hat die DDR-Regierung gegen den verstärkten Bombenangriff nördlich des 20. Breitengrades protestiert. An ähnliches von Willy Brandt kann ich mich nicht erinnern.“

Yen-L., das lächelnde Mädchen aus Malaysia



„Mich verbindet sehr viel mit der DDR. Im kleinen wie im großen. Hier habe ich meinen Mann kennengelernt und geheiratet. So gesehen bin ich gar keine Touristin mehr. Trotzdem denke ich oft an meine Heimatstadt Prag. Über solches Heimweh hilft mir die Herzlichkeit des Berliner hinweg. Dazu kommt das beruhigende Gefühl der Freundschaft zwischen den Menschen unserer Länder. Ich spüre das deutlich, wenn DDR-Bürger sich vor einer CSSR-Reise zuallererst über Lebensgewohnheiten und Probleme meines Volkes erkundigen und nicht nur nach dem günstigsten Weg zum Ferienort fragen. Umgekehrt ist es ähnlich. Und das stimmt mich immer froh, auch wenn ich jedesmal über das ‚Berlinerische‘ stolpere.“

Und schon verkauft Jarmila Paulova die nächste Schallplatte.

Mitten auf dem Alexanderplatz reckt ein hübsches junges Mädchen ihren Kopf zur silberglänzenden Kugel des Fernsehturms.

Yen-L. kommt aus Malaysia.

Yen studiert in Marburg. Zur Wißbegierde des Touristen kommt die Neugierde aller jungen Frauen hinzu. Aber diesen Vergleich quittiert sie nur mit einem Lächeln.

„Ich bin in diesem Teil Berlins das erste mal. Und das auch erst eine gute halbe Stunde. Ich will mich einfach umsehen, ohne Fahrplan. Aber wie sagt man doch, der erste Eindruck ist der Beste.“

Und wieder lächelt sie dazu.



Vor dem „Berliner Ensemble“ hat sich eine lange Schlange gebildet. Kartenvorverkauf für Brechts „Dreigroschenoper“. Auf dem Vorplatz warten Lida Magsarshaw (21), György Forgacs (20) und Zsuzsanna Peter (20) auf ihre Freunde, die sich ebenfalls angestellt hatten.

Die drei betuern mit der Hand auf dem Herzen, schon ‚fast‘ Berliner zu sein. Dem Wortschatz mit „Berliner Ein-

Lida Magsarshaw, György Forgacs und Zsuzsanna Peter (von links nach rechts) fühlen sich in Berlin wie zu Hause.



schlag“ nach scheint das sogar zu stimmen. Nur das eben das „Icke“ mit ungarischem Akzent wohl doch etwas anders klingt . . .

„Wir studieren hier in Berlin seit anderthalb Jahren. Vom ersten Tag an fühlten wir uns als Freunde unter Freunden. Wir gehen gern ins Theater, und dazu haben wir in Berlin reichlich Gelegenheit. Wir nutzen auch oft die Möglichkeit verbilligt in andere Städte der DDR zu fahren. So lernen wir am besten Land und Leute kennen. Die schönste Stadt ist für uns Dresden.“

Darin sind sich jedenfalls die beiden ungarischen Studenten einig.

Lida denkt viel lieber an Leipzig und Dietmar, der dort Fremdsprachen studiert.



Im Ratskeller sitzt man zur Dämmerstunde gemütlich an blank geschuerten Tischen beim preiswerten Abendbrot.

Auch hier läßt uns die Faustregel nicht im Stich. Fotoapparat, Stadtplan und ein flauschiger Bär, Wahrzeichen der Stadt, sind ein sicheres Touristenpfand.

Jens Henrichsin kommt aus Finnland.

„Ich besuche häufig die DDR, bin also in der Hinsicht vorbelastet. Mir gefallen in diesem Land vor allem die Menschen. Sie sind aufgeschlossen und man spürt es in den Diskussionen, daß sie sich für ihren Staat mitverantwortlich fühlen. Sie gebrauchen in solchen Gesprächen auch viel mehr ‚wir‘ als zum Beispiel ‚ich‘. Hier wächst eine neue Generation heran, und ich werde immer wiederkommen, um ein Stück mitzuwachsen.“



Die Bandspule hat sich erschöpft. Vieles war spontan geäußert, vieles aber auch voller Bedacht und mit Überlegung.

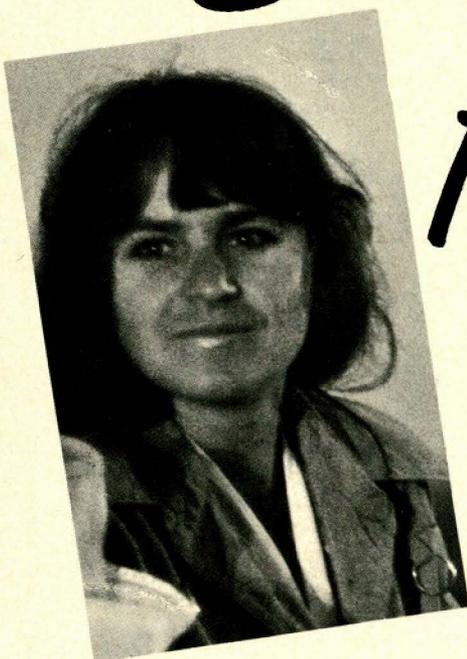
Und wie sagte doch Yen: „ . . . der erste Eindruck ist der Beste.“

Ich glaube, ich habe ihr Lächeln richtig verstanden.

Wenn diese elan-Ausgabe erscheint, geht es in Chile um alles: Von den Wahlen im März hängt es ab, ob Präsident Allende und die Regierung der „Unidad Popular“ die Möglichkeit haben, den schwierigen Kampf für Demokratie und Sozialismus fortzusetzen. Trotzdem wollen wir diesen Brief einer jungen chilenischen Kommunistin veröffentlichen. Mit Herbert Lederer, der vom 5. bis 20. September 1972 auf Einladung des Kommunistischen Jugendverbandes Chile besuchte, sind wir der Meinung, daß dieser Brief von Borgis an Herbert deutlicher als ein Artikel die politischen Fronten in Chile und den kämpferischen Beitrag der chilenischen Jugend für Demokratie und Sozialismus darstellt.



Saludos fraternales-



„Lieber Herbert, mein Vertrauen in die chilenische Arbeiterklasse ist in diesen 26 schwierigen Tagen des konterrevolutionären Ansturms stark gewachsen. Als Du noch hier warst hat die nationale Partei – gleich Momios (Mumien) ein, wie Ihr sagen würdet, Strategie- und Taktiktreffen veranstaltet in Panimavida. Danach fingen sie dann an zu sagen, daß es für die Wahlen im März 1973 keinerlei Garantien gäbe. Wie auch bei Euch die reaktionären Rechten, fingen sie nun von dem „zivilen Widerstand“ zu reden an. Sie haben also schon damals die Lage richtig eingeschätzt, daß ihre Aussichten in den März-Wahlen schlecht aussehen, daß sie daher vor März 1973 den Fall der Regierung herbeiführen müssen.

Wie Du Dich noch erinnern wirst, fing das Ganze mit den Demonstrationen der Söhnchen und Töchterchen von den Gymnasien der Herrschenden an. Es fand seinen Höhepunkt dann bei dem „Streik“ des Verbandes der Lastwagenbesitzer (das Transportmittel Lastwagen ist in einem so langen Land wie Chile lebenswichtig). Dieser Verband hat in den 26 Tagen wirklich so gut wie still gestanden. Dank unheimlicher Gelder. Jeder kleine Lastwagenbesitzer hat täglich (!!) 5 000 Escudos ausgezahlt bekommen, damit er nicht arbeitet.

Um Dir eine Vorstellung zu geben, wieviel das ungefähr ist, möchte ich Dir sagen, daß Alejandro als Universitätsassistent 6 000 Escudos im Monat verdient. Am Rande sei bemerkt, daß diese Gelder ohne Zweifel ausländischen Ursprungs sind, denn in diesen Tagen ist der Schwarzmarktkurs des Dollars ganz plötzlich von 300 auf 200 Escudos gesunken. Dann rief der Unternehmerverband der Industriellen (SOFOFA) zum lock-out („Streik“) auf. Sie haben sich total lächerlich gemacht. In diesen Tagen hat keine einzige Fabrik stillgestanden. In einigen Betrieben, so z.B. in einer der größten Baufirmen, kamen die Arbeiter morgens an und fanden ihre Lohntüten mit einer Bezahlung bis Dezember vor, nur damit sie nicht arbeiten sollten. Sie haben sich jedoch geweigert, nach Hause zu gehen und haben normal gearbeitet.

In einigen Fabriken mußten die Arbeiter die von den Besitzern verrammelten Tore aufbrechen, um arbeiten zu können.

Dann riefen sie die öffentlichen Verkehrsmittel zum Streik auf. Die haben aber nur zwei Tage mitgemacht. Auch in diesen zwei Tagen, ohne Verkehrsmittel, wurde in Chile gearbeitet. Die Arbeiter sind oft kilometerweit zu Fuß gegangen, um zu ihren Arbeitsplätzen zu kommen. In diesen 26 Tagen war die Arbeitsbummelei, die, wie



Du...st, ja ein großes Problem bei uns ist, überhaupt geringer als zu normalen Zeiten. In vielen Betrieben wurde sogar in diesen Tagen die Produktion noch erhöht.

Dann wurden die Schüler zum Streik aufgerufen. Das hat aber diesmal nicht geklappt. Dann riefen sie die Ärzte und andere Akademiker zum Streik auf. Obwohl viele Ärzte nicht gearbeitet haben, da viele von ihnen genauso feudalistisch sind wie bei Euch, hat 90 Prozent der Krankenhäuser normal funktioniert Dank der Aufopferung fortschrittlicher Ärzte, der Medizinstudenten und des Krankenhauspersonals. Ja mehr noch: Die Krankenbetreuung soll nach zuverlässigen Aussagen besser gewesen sein, als je zuvor.

Dann riefen sie natürlich auch den Handel auf, die Läden zu schließen. Die Lebensmittelgeschäfte sind diesem Aufruf aber nicht gefolgt, bzw. sahen sich gezwungen, nachdem sie einen Tag geschlossen hatten, wieder aufzumachen auf Grund der Empörung der Bevölkerung, die sich ganz spontan, d.h. unter geschickter Anleitung vieler Genossinnen Hausfrauen organisierten, mit Hilfe des Militärs die Läden aufmachten und einfach selbst bedienten, aber natürlich ohne zu plündern. Der restliche Handel hat zu 60 Prozent rund 20 Tage zugemacht.

Schließlich die fabelhafte Reaktion der Jugend, insbesondere der Genossinnen und Genossen unseres Jugendverbandes. Da es keinen Lastwagentransport gab oder nur sehr wenig, versuchte man so viel wie möglich Lebensmittel und Rohmaterialien per Zug zu transportieren. Aber die Waren mußten ja auf- und abgeladen werden und anschließend in die verschiedenen Wohnorte und Siedlungen zum direkten Verkauf gebracht werden. So haben Tausende von Jugendlichen drei Wochen lang unermüdlich Waren geladen. So kam es dann, daß das Leben eigentlich ganz normal verlief – wenigstens an der Oberfläche.

Lebensmittel gab es genug. Und das ist ja das Wichtigste. Nun, diese ganze Zeit war Ausnahmezustand verhängt und Ausgangssperre ab 24.00 Uhr. Das ist eine gefährliche und zweischneidige Sache, wenn man

sich nicht sicher ist, wo das Militär steht. Aber in unserem Fall hat sich das Heer fabelhaft benommen, vor allem General Prats. Dann kam das neue Kabinett, in dem all die Kräfte vertreten sein sollten, die während dieser schwierigen Tage an der Seite der Regierung standen. Das waren einerseits und vor allem die CUT, unsere Einheitsgewerkschaft, vertreten durch Figueroa als Arbeitsminister, Calderon (sozialistische Partei) als Landwirtschaftsminister und andererseits das Heer, vertreten durch drei Militärs, Prats als Innenminister und zwei andere im Ministerium für öffentliche Bauten und Wohnungswesen.

Die Momios wissen nicht ein noch aus. Während des Streiks haben sie Prats und das Heer unheimlich angegriffen, wodurch sie sich beim Heer natürlich sehr unbeliebt gemacht haben. Nach dem neuen Kabinett dann haben sie die Taktik gewechselt und haben gesagt, daß Prats die einzige Garantie in dieser Regierung sei, daß die Krise nur Dank ihm überwunden worden sei. Als sie aber merkten, daß Prats nicht in die Falle geht, mußten sie ihre Taktik ein zweites Mal ändern und so bleibt ihnen nichts anderes übrig, als ihn wiederum anzugreifen. General Prats gibt Erklärungen ab, die die Rechten verrückt machen. Er vertritt die „Schneider-Doktrin“, d.h. das Heer sei zwar nicht politisch und dürfe keine politischen Entscheidungen treffen, aber das Heer müsse die gesetzlich zustande gekommene Regierung verteidigen und damit auch das Programm der Volkseinheit (Unidad Popular). Die Rechten wollten von ihm in einem Interview, daß er seine Meinung abgebe über das Programm der Uni-

dad Popular. Da weigerte er sich aber, denn er als Militär dürfe sich über Politik ja kein Urteil erlauben, er müsse nur darauf achten, daß das Programm erfüllt wird. Davon bringt ihn niemand ab.

Der Streik der Reaktion wurde beendet, ohne daß auch nur eine der politischen Forderungen der Rechten nachgekommen wurde. Außerdem konnten sie nicht, wie sie wollten, das Land völlig lahm legen. Schließlich und vor allem waren diese 26 Tage eine großartige Schule für alle linken Kräfte. Die Arbeiterklasse hat soviel wie nicht in Jahrzehnten zuvor gelernt. Die Massenorganisationen haben sich gestärkt. Die Freiwilligenarbeit hat unheimlichen Aufschwung genommen. Die Einheit der linken Kräfte hat sich gefestigt. All das bedeutet natürlich nicht, daß die Reaktion am Boden zerstört sei. Der Kampf geht weiter. Wir sind aber ein gutes Stück vorangekommen. Finanziell hat Chile natürlich unheimlich viel Geld verloren. Das wird sich auch noch auswirken.

Vor zwei Tagen gewannen wir zum ersten Mal die Leitung der Organisation der Oberschüler (Feses). Jetzt beginnt die Wahlkampagne für März.

Mit Freude haben wir zur Kenntnis genommen, daß die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend als einziger Jugendverband der Bundesrepublik Deutschland nun mit einer unmittelbaren Solidaritätsaktion für unsere Revolution begonnen hat. Die chilenische Jugend schätzt diese Hilfe, die für den Geist des proletarischen Internationalismus, wie er in der SDAJ vorherrscht, ein großartiges Zeichen ist.

Saludos fraternales“

Borgis

Nikolai Ostrowski

Wie der Stahl gehärtet wurde

Aus dem Russischen

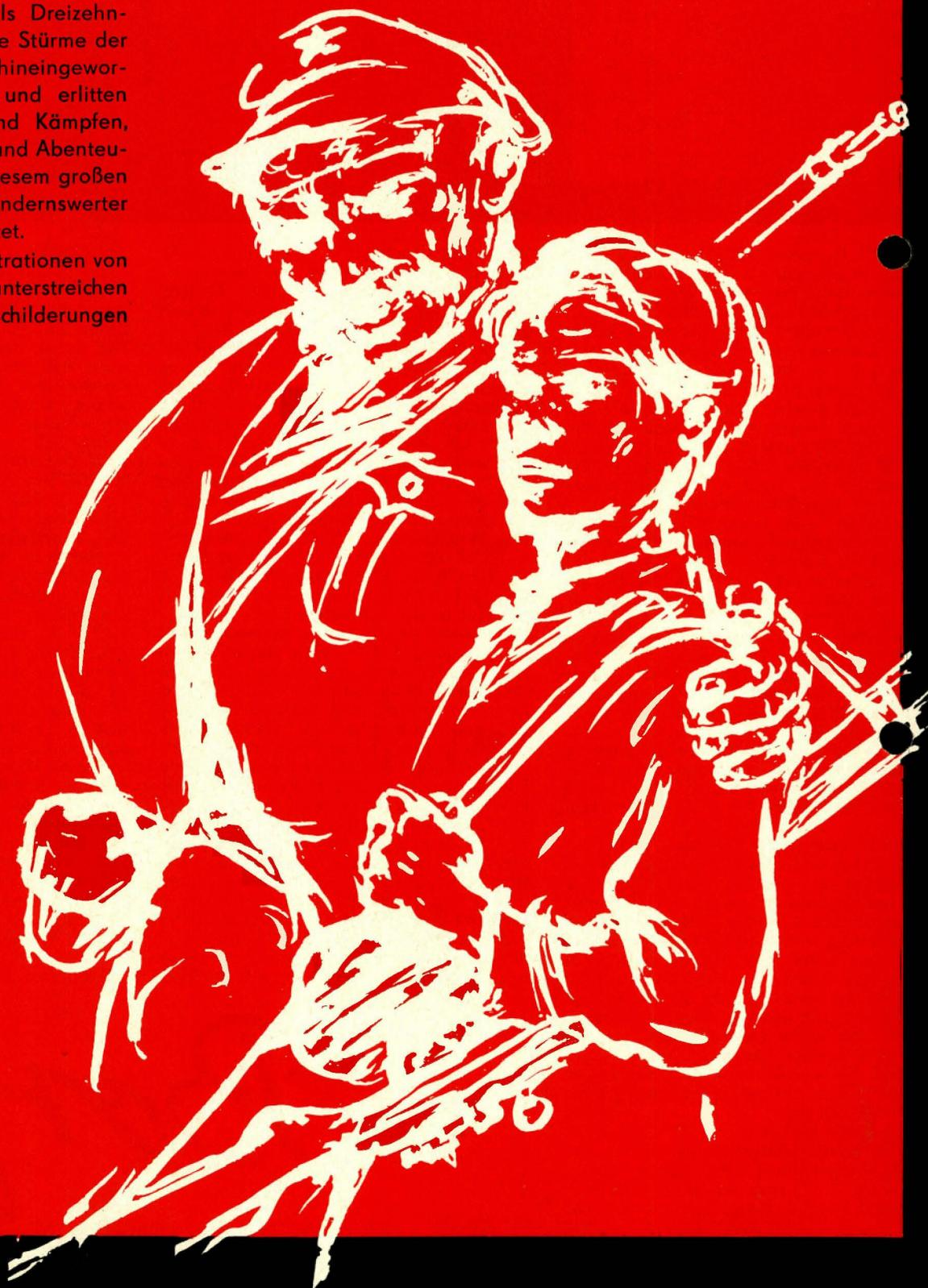
Illustriert von Kurt Zimmermann
448 Seiten · Leinen 6,- M

Ostrowski wurde als Dreizehnjähriger mitten in die Stürme der Oktoberrevolution hineingeworfen. Was er erlebt und erlitten hat an Freuden und Kämpfen, an Enttäuschungen und Abenteuern, das hat er in diesem großen Roman mit bewundernswerter Meisterschaft gestaltet.

Ausgezeichnete Illustrationen von Kurt Zimmermann unterstreichen die eindrucksvollen Schilderungen Ostrowskis.

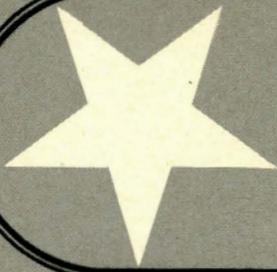


Bestellungen an:
Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund
Brüderweg 16

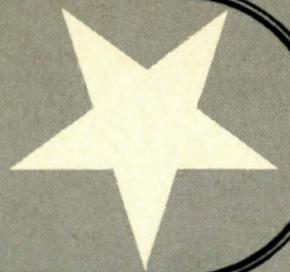


„Was Amerika in diesem Jahrhundert geleistet hat,
an Verantwortungsbewußtsein, an Großherzigkeit ist
ohne Beispiel in der Weltgeschichte“.
Antrittsrede von US-Nixon. 20.1.73





Leserforum



Titelmädchen

Wir sind die zwei Mädchen von dem Titelbild Ihrer im Januar erschienenen Ausgabe elan 1/73. Durch Zufall sahen wir uns auf dem Titelbild und würden uns freuen, wenn Sie uns zwei Exemplare dieser Ausgabe zukommen lassen würden.
Petra Patzer

Karen Bennert, Solingen

Kein Kontrast

Die elan wird immer bunter – prima. Aber manchmal auf Kosten der Leser und ihrer Augen. Ich bitte doch einmal, folgende Seiten zu prüfen:

Ausgabe 2/73, Seite 4: grün auf hellblau (kein Kontrast); Seite 44: orange auf grün (flimmert); 12/72, Titelblatt: rotorange auf orange (kaum zu lesen); Seite 38: weiß auf gelb (kein Kontrast); 11/72, Seite 18: schwarz auf dunkelblau (strengt die Augen zu sehr an!); 10/72, Seite 44/45: schwarz/grün. Ich bin der Meinung (sowie einige meiner Gruppenmitglieder): die Schrift ist nicht immer einwandfrei zu lesen und hoffe, daß in Zukunft darauf mehr geachtet wird.

Siglinde Sebald, Hamburg

Quatsch mit Flöhen

Was soll der Quatsch mit den „Flöhen“ in Heft 2/73? Ihr stellt hier die Flöhe so vor wie „Bravo“ irgendeinen Schnulzensänger vorstellen würde. Wen interessiert schon Geburtsort, Hobby, Gewicht usw. Ihr hättet lieber noch ein paar Songs aus dem neuen Programm bringen sollen! Außerdem hättet Ihr zu dem Brecht-Artikel noch ein oder zwei Brecht-Gedichte drucken

können. Ansonsten finde ich die neue elan wieder einmal sehr gelungen.

Peter Trinogga, Steindorf

Glückwunsch

Zu Eurem Heft kann man Euch nur beglückwünschen. Eine Zeitschrift, die mit dieser Offenheit politische Themen behandelt, und zudem das Schwergewicht ihrer Arbeit auf die Aufklärung der Lehrlinge und Jungarbeiter legt, ist wahrhaftig notwendig.

Viele Linke wenden sich in einer Sprache an die Masse, die von ihr nicht verstanden werden kann. So gut solche Versuche gemeint sind, so nutzlos sind sie. Gut, daß Ihr nicht diesen Fehler macht.

Leider ist es so, daß Jugendzeitungen wie „Bravo“ und „Pop-Foto“ die Deformation des Verstandes und des Bewußtseins in eine geradezu strafbaren Maß betreiben. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit eines größeren elan-Einflusses. Von den bürgerlichen Massenmedien, auch von denen, die

sich ein progressives Image geben, ist keine Hilfe zu erwarten. Ihr „Wohllollen“ hat seine Grenze. Wird die Kritik systemfeindlich, versagen sie es.

Ihr solltet Eure Leser auch zur Berichterstattung aufrufen oder mehr Mitarbeit anbieten. Ein solcher Kontakt zwischen einer Zeitung und ihren Lesern ist äußerst begrüßenswert.

Seid weiterhin unbequem, nehmt kein Blatt vor den Mund und zeigt noch häufiger, deutlicher, daß es zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern keine Gemeinsamkeit geben kann.

Helmut Hesse, Gelsenkirchen

Einseitigkeit

Ich habe die elan seit kurzem abonniert und finde sie ganz gut. Nur Eure Kritik ist einseitig. Das kapitalistische System wird (völlig zu recht) kritisiert, während die Systeme der UdSSR, DDR usw. kritiklos übernommen werden. Sicher ist dort sehr viel besser, aber sind diese Systeme demokratisch? Aber man kann doch in der

BRD auf ein wirklich sozialistisches System hinarbeiten. Nur muß man sich vor jeder Einseitigkeit hüten.

Martin Roski, Galhen-Hardt

Sehr informativ

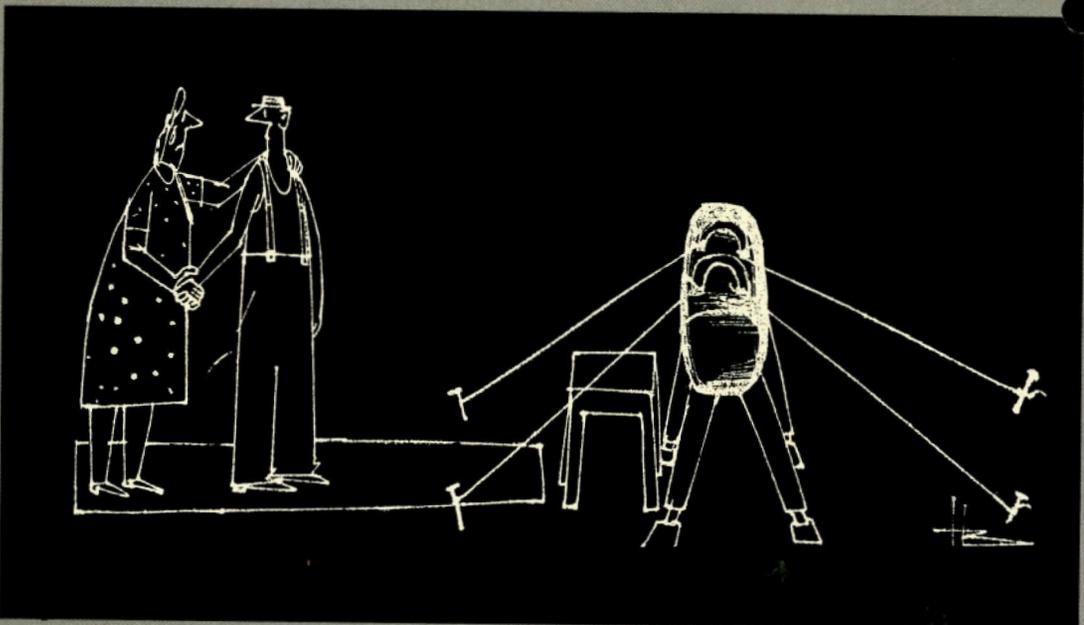
Ich bin seit April '72 Leser Ihrer Zeitschrift elan. Ich finde sie ganz gut und sehr informativ. Besonders gut gefallen mir die Doppelseite „elan-Polit-Poster“ und die Seiten mit den jugendpolitischen Blättern

Klaus-Dieter Beier, Dormagen

Briefkontakte

Wer sucht Brieffreunde aus der DDR, Frankreich oder Rumänien? Ich suchte nämlich eine französische Brieffreundin und habe eine ganze Lawine von Antworten erhalten. Die Adressen sind von Leuten, die die Jugendzeitschrift der KPF lesen oder (und) selbst Genossen sind.

Dorothee Böhmel
2 Hamburg 62 Reekamp 93



Pete Seeger

Dieser Artikel hat mir gut gefallen. Was meiner Meinung nach fehlt, sind ein oder zwei vollständige Texte von Seeger's Liedern.

Eberhard Reich, Stuttgart

Hier ein Tip: „American Favorite Ballads, Tunes and songs as sung by Pete Seeger“, Oak Publications New York, 1961, 23rd Printing: August 1971; Library of Congress Catalogue M 61-1008; zu beziehen über: Music Sales Limited, 78 Newnan St., London W. 1, Great Britain

Regierungserklärung

Wir haben Euer Schreiben in bezug auf die Regierungserklärung für die Jugend zum Anlaß genommen, einen Gruppenabend über die elan durchzuführen. Folgendes ist dabei herausgekommen:

Wir fanden die Regierungserklärung im Grunde ganz gut.

Wir hatten einige Ergänzungsvorschläge: Der Paragraph 218 soll abgeschafft werden. Die Pille soll jedes Mädchen von ihrem Arzt bekommen können, ohne Erlaubnis der Eltern. Außerdem soll die Pille auf Krankenschein zu bekommen sein.

Wir sind der Meinung, daß eine Regierung, die mit der Losung „mehr Demokratie wagen“ ins Amt treten will, den Jugendlichen die Möglichkeit geben soll, aktiv ihr eigenes Leben zu gestalten. Diese Möglichkeit sehen wir in Jugendheimen, die von den Jugendlichen selber verwaltet werden. (Zur gleichen Zeit sind wir uns natürlich auch darüber im klaren, daß es illusorisch ist, innerhalb eines kapitalistischen Staates mehr, bzw. vollendete Demokratie zu erwarten.)

Wir sind auch der Meinung, daß ihr Euch in der elan mehr mit den Schicksalen von ausländischen Jugendlichen in der BRD beschäftigen solltet. Gerade diese Jugendlichen finden in der bürgerlichen Presse keine Beachtung.

Wir finden Berichte und Solidaritätsaufrufe für das Volk Vietnam sehr wichtig.

Über die Aufmachung der elan haben wir uns folgende Gedanken gemacht: Die Dezember-Ausgabe war ziemlich „unpopig“. Das heißt es fehlten bunte Farben und gute Farbkontraste,

sowie gute Karikaturen.

Im großen und ganzen fanden wir die elan jedoch gut und beschlossen daher, monatlich einen elan-Freiverkauf zu organisieren.

Annegret Hick, SDAJ-Aachen

Wandervogel

Stefan Josefus (elan 2/73) will die Festivals retten: die Pop-Festivals natürlich. Verständlich: er braucht ja Auftritte. Und er zahlt keine Unsummen an Eintritt für Veranstaltungen, die am Ende gar nicht stattfinden oder für Gruppen, die nicht kommen.

Aber die Unterschlagung solcher Tatsachen ist nichts gegen seine halsbrecherische Argumentation, „der Staat“ wolle durch das Festival-Verbot die Organisation der Jugendlichen verhindern. Dabei kennt er doch sicher F.J. Degenhardts „Wallfahrt zum Big Zeppelin“, in dem dieser die Festivalvögel mit den kleinbürgerlichen Wandervögeln vergleicht.

„Und love and peace and freedom/war wieder überall/Und paar kaputte Schieß- /verschmerzt das Kapital.“ Nein, nicht die kaputte Masse auf den Popfestivalwiesen fürchten die Herrschenden. Sie fürchten diejenigen Jugendlichen, die in Schule und Betrieb solidarisch den Kampf gegen sie führen. Nicht: „Rettet die Festivals!“ sondern: „Arbeite mit an der Vorbereitung des Festivals!“ (nämlich der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Berlin/DDR)!
Manfred Riesberg, Witten

Alternativen

So sehr ich die Initiative einiger Leute begrüße, die was für die Jugend tun, so sehr muß ich den lieben Ulf Stuberger kritisieren. Sein Artikel läßt wirklich zu wünschen übrig.

Zum Beispiel wird im LOG-Buch mit keinem Wort erwähnt, daß es eine SDAJ, Jusos oder gar eine DKP gibt. Und auf was wird hingewiesen: Auf die chaotische „Rote Hilfe“.

Auch die UZ ist mit gewissen Vorbehalten angekündigt.

Es gibt andere Mängel am LOG-Buch: Sehr, sehr kleine Schrift, so klein, daß man zum Lesen eine Lupe braucht.

Es wäre jetzt wirklich zu wünschen, daß die SDAJ-Frankfurt eine echte Alternative bietet.

Günter Frech, Frankfurt/M.



Bücher, die Ihr lesen solltet:

Werner Lehmann:

Schwarze Rose aus Alabama
192 Seiten

Preis: DM 3,80 (hierin ist ein Solidaritätsbeitrag von DM 1,- zur Vorbereitung der X. Weltfestspiele in Berlin, Hauptstadt der DDR, enthalten)

Agenturmeldungen, Zeitungs- und Augenzeugenberichte liegen dem Tatsachenbericht über den „Fall Angela Davis“ zugrunde.

Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund, Brüderweg 16
Tel.: 57 20 10

Schwarze Rose aus Alabama

Werner Lehmann

WESSENSWERTES
FÜR JUNGE LEUTE



Wo fehlt eine?

Bei uns alle Schreibmaschinen.

Riesenauswahl, stets Sonderposten. - Kein Risiko, da Umtauschrecht - Kleine Raten. Fordern Sie Gratiskatalog 286 W

NÖTHEL Deutschlands großes Büromaschinenhaus
A. G. - M. Z. H.
34 GÖTTINGEN, Postfach 601



Geschichte der deutschen Arbeiterjugendbewegung

1904-1945

Bücher, die Ihr lesen solltet:

Geschichte der deutschen Arbeiterjugendbewegung 1904 - 1945

(erscheint Mitte März 1973)
Etwa 640 Seiten - Preis: DM 10,80

Erstmalig wird mit der „Geschichte der deutschen Arbeiterjugendbewegung“ ein umfassendes popularwissenschaftliches Werk zu diesem Thema veröffentlicht.

Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund, Brüderweg 16
Tel.: 57 20 10



Pullis mit Pep

Um es gleich zu sagen: bei Bramsche gibt es genau ein Neuenkirchen zuviel! Und wir sind prompt im falschen gelandet. Aber alles halb so schlimm. Da lernen wir wenigstens etwas von der Gegend kennen. Flaches Land mit kleinen Backsteinhäuschen. Die Schweine liegen auf der Wiese und blinzeln in die Sonne. Sie fühlen sich offensichtlich sauwohl. Würde ich mich an ihrer Stelle auch.

Was uns in diese Gegend verschlagen hat? Wir wollen uns umsehen, wo die „Pullis mit Pep“ herkommen. Endlich ha-



ben wir das richtige Neuenkirchen erwischt. Industriestr. 3. Da ist es. Ursula Harms ist gern bereit, uns den Betrieb zu zeigen. Schließlich ist das ein aufstrebender Familienbetrieb, der sein Gedeihen der Tatsache verdankt, daß andere eine Meinung oder einen Verein haben und dies auf der Brust herumtragen. Ein einträgliches Geschäft. „Vor acht Jahren haben wir bei uns im Keller angefangen“, erzählt Ursula Harms voll Stolz. Wir gehen durch den kleinen Betrieb. Das Ganze ist recht einfach. Im Siebdruckverfahren werden die Hemden bedruckt, laufen durch einen Trockenofen – fertig.

Wie sie zu den Motiven kommen? „Wir achten darauf, was und wer gerade populär ist. John Cassidy ist im Moment bei den Mädchen der große Renner. Das Anti-Drogen-Zeichen ist auch gefragt. Graphiker machen uns die Vorlage dazu, danach werden die Schablonen gemacht. Wir drucken auf Bestellung. Wir haben so viele Motive – wenn wir von jedem einen

Vorrat hätten, kämen wir nicht mit dem Platz hin.“ Und das stimmt. In den Regalen stehen zahllose Schablonen. Für alle möglichen Zwecke. „Viele Vereine bestellen bei uns Pullis. Hier ist das Emblem eines Segelclubs. Hier vom deutschen Schäferhundeverein. Ab zehn Stück nehmen wir solche Bestellungen an.“

Viel verdienen läßt sich an Werbekampagnen großer Firmen, wenn sie eine große Auflage von Pullovern bestellen. Das lohnt sich. Auch die Manager von Pop-Gruppen greifen gern zu. So können die Fans ihre Lieblinge stets bei sich tragen – weiß, hellblau, hellrot, gelb, mit kurzem oder langem Arm, in Syntec oder Baumwolle, ganz nach Belieben. Und nach Preislage: zwischen 8,50 DM und 19,80 DM.

Das letzte große Projekt waren Pullis mit „Schweinchen Dick“. 30 000 DM Lizenz mußten sie dafür auf den Tisch legen. (Im allgemeinen brauchen sie keine Lizenzen zu zahlen.) Aber das Geld kommt wieder rein. Die Kaufhäuser reißen sich darum. Neckermann, C & A und andere gehören auch sonst zu den Großabnehmern.

Neben den lustigen Asterixen und Obelixen, Tarzans und Jimi Hendrix' gibt es auch noch andere Sachen: gekreuzte Raketen, Panzer, Jagdflugzeuge und ein eisernes Kreuz mit Totenkopf und dem markigen Spruch „Death before Dishonir“ (Lieber Tod als Schande). Ich erfahre, daß auch die Bundeswehr ein guter Kunde ist. Hier oben gibt es viele Kasernen.

Ho Chi Minh, Mao, Che Guevara, Karl Marx und Jesus stehen neben Batman und Twiggy. Die Harms' machen das, was „in“ ist. Was „in“ ist, bestimmen wieder andere: „Bravo“ und die Meinungsmacher aus Mode- und Schallplattenindustrie.

**Das Verfahren ist recht einfach:
Das Hemd wird unter die Schablone gespannt, Farbe darauf geben
auf einem Band läuft es durch den Trockenofen fertig**



COUNTRY BLUES VOL.1



LE CHANT DU MONDE
FWX-M-52326

Big Bills Blues

Von Manfred
Riesberg

Obwohl heute jedem, der sich für Pop-Musik oder Jazz auch nur oberflächlich interessiert, der Begriff „Blues“ vollkommen geläufig zu sein scheint und Schallplattenaufnahmen moderner Blues-Sänger wie etwa John Mayall eine hohe Auflage erreichen, kennt kaum jemand die großen Sänger des Blues, die alle nachfolgenden

Interpreten maßgeblich beeinflusst haben. Einer dieser Großen ist Big Bill Broonzy. Seine heiße Stimme und seine unnachahmliche Art, die Gitarre nicht nur zum Begleiter sondern zum gleichberechtigten Partner zu machen, ist einmalig. Y.P. Loreilhe schreibt über ihn: „Aber man muß die Blues von Broonzy hören, um zu verstehen, wie der schöpferische Einfallsreichtum eines großen Sängers mit den Ereignissen seines persönlichen Lebens verknüpft werden kann. Diese Lieder erzählen seine Erfahrungen als Landarbeiter, die Schikanen der Rassentrennung, die er wegen seiner Hautfarbe erdulden mußte, aber auch die Stationen – oft lustige, manch-

mal tragische – eines abenteuerlichen Lebens, nicht zu vergessen die diversen Liederdramen. Es ist das ganze Leben eines echten Blues-Sängers, das in seinen Liedern zum Ausdruck kommt, das Leben eines modernen Troubadours, der zum Tanz aufspielen kann, der aber auch improvisieren kann, z. B. örtliche Ereignisse kommentiert; der tiefe Gefühle in alltäglichen Worten ausdrückt oder seine Zuhörer mit einer satirischen Geschichte erheitert.“ Bei der Firma Le Chant du Monde sind zwei Platten mit Big Bill, der übrigens mit vollem Namen William Lee Conley Broonzy heißt und 1893 in Scott, Mississippi, geboren wurde, erschienen. Die erste

heißt „Country Blues“ und hat 12 Nummern, darunter das bekannte „Frankie and Jonny“ und das erotisch-zweideutige „Louise, Louise“; die zweite, „Folk Songs“, wurde kurz vor seinem Tode aufgenommen und hat auf der B-Seite eine besondere Kostbarkeit: ein „Duell“ zwischen Bills Gitarre und Pete Seegers Banjo! Pete war (mehr oder weniger) zufällig im Studio, als die Aufnahme gemacht wurde – diese Improvisation muß man gehört haben!

Bedauerlich ist nur, daß die Anmerkungen und Kommentare zu den einzelnen Liedern auf französisch abgedruckt sind; immerhin liegen beiden Platten die Originaltexte ebenfalls bei.

(Big Bill Broonzy: Country Blues, Le Chant du Monde, FWX-M 52326; Vol. 2 Folk Songs, Le Chant du Monde, FWX-M 52328.

Zu erhalten im Schallplattenhandel oder direkt über den Weltkreis-Verlag, 46 Dortmund, Brüderweg 16)

Übrigens..

Wie elan 12/72 berichtete, entdeckte und enthüllte Dietrich Kittner während der IGM-Jugendtournee eine „Innungslade“ mit Hakenkreuz und markigen Sprüchen aus der „Deutschen Arbeitsfront“ in einem Schulungsraum der Kreishandwerkerschaft. Die Sozialistische Jugend „Die Falken“ zeigte daraufhin den Vorstand der Bielefelder Kreishandwerkerschaft wegen öffentlicher Verwendung von Nazi-Emblemen an. Inzwischen hat die Staatsanwaltschaft Dortmund das Verfahren eingestellt. Begründung: es liege kein strafrechtlich zu ahndendes öffentliches Verwenden von NS-Kennzeichen vor, da nur ein fest umrissener Personenkreis den Schulungsraum aufzusuchen pflege! Ein Beweis mehr dafür, daß die bundesdeutsche Justiz auf dem rechten Auge blind ist.

Die Kreishandwerkerschaft hat inzwischen das Hakenkreuz entfernen lassen.

Wie Einstein nicht Professor wurde

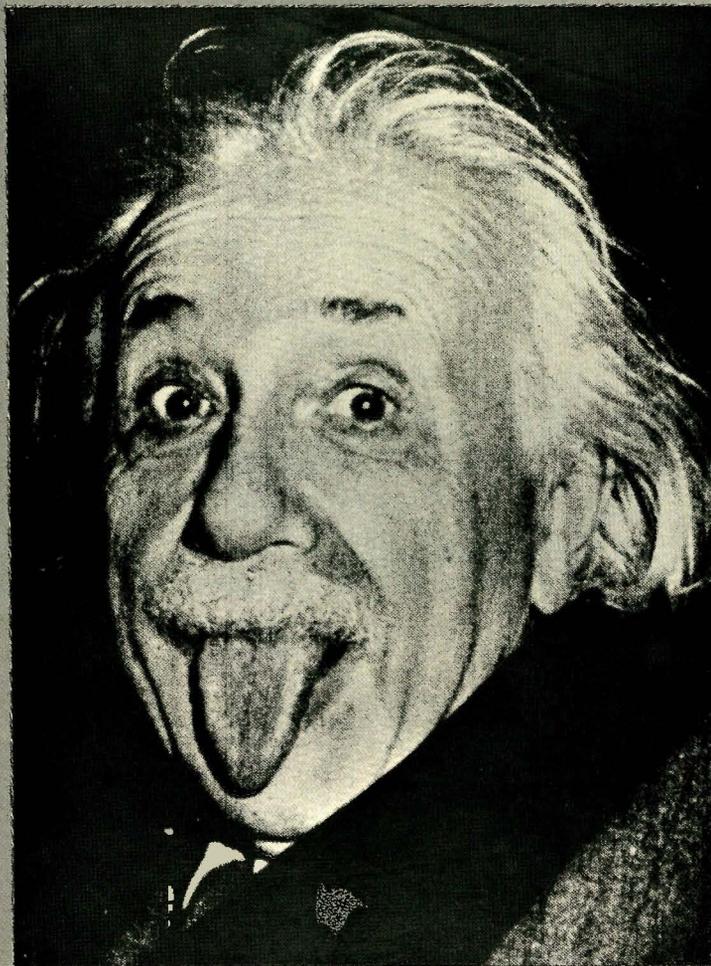
Eine fast wahre Geschichte

Von Ruth Sauerwein

Der Vorsitzende der Berufungskommission schlägt wichtig seine Mappe auf: „Ich eröffne unsere heutige Berufungssitzung. Zur Debatte steht die Berufung eines gewissen Albert... äh... Einstein zum Professor für Mathematik und Physik.“ Kollege A.: „Ein hervorragend geeigneter Mann! Er hat die Relativitätstheorie entdeckt. Er würde...“ Vorsitzender unterbricht ihn: „Aber lieber Kollege! Das ist ja alles gut und schön, interessiert jedoch erst in zweiter Linie. Lassen wir doch erst einmal unseren Kollegen K 14 zu Wort kommen. Bitte, Herr Kollege.“ Kollege K 14 öffnet einen umfangreichen Ordner. Erwartungsvolle Stille. Räuspern: „Akte Einstein, Albert: nahm 1927 am Kongreß gegen koloniale Unterdrückung in Brüssel teil.“ Unruhe im Raum. „1932 – Teilnahme an einem Meeting gegen den Panzerkreuzerbau“. Allgemeine Entrüstung. „Und hier ein gut gelungenes Foto: besagter Einstein 1932 beim Kongreß gegen imperialistischen Krieg.“ Der Sturm bricht los! „Ein Roter! Ein Kommunist!“ „Er wird unsere geheiligte Universität zum roten Tummelplatz machen!“ „Dem können wir doch nicht unsere unschuldige Jugend...!“ „Ha! Er wird rote Rechenschieber einführen!“ So ähnt es aufgeregt durcheinander. Beisitzer M., der bisher sanft beige-schla-fen hat, schrickt hoch. Als er nichts besonderes feststellen kann, setzt er sich noch bequemer und schließt zufrieden die Augen. Kollege A. ist

verwundert: „Aber meine Herren! Der Mann ist eine anerkannte Kapazität! Er ist hervorragend qualifiziert. Und schließlich hat er wie jeder andere das Recht, seine Meinung...“ Kollege K 14 schreibt eifrig. Stimmen aus dem Hintergrund: „Hört, hört!“ Vorsitzender: „Das mit der Qualität und so, das ist ja gerade so ein übler Trick dieser Roten, um in unsere Hochschulen einzudringen!“ Kollege A.: „Aber Einstein ist nicht Mitglied der kommunistischen Partei.“ Vorsitzender: „Um so schlimmer! Welcher anständige Mensch treibt sich schon auf roten Kongressen herum? Ich frage

Sie: Würden Sie etwa...?“ Kollege A., erschrocken: „Nein, nein...“ Kollege K 14 fährt dazwischen: „Also, meine Herren, kommen wir zum Schluß, habe heute noch andere Termine. Ich vertrete hier die Meinung des Ministerpräsidenten! Sie wissen wohl, wie Sie sich zu verhalten haben!“ Vorsitzender, nachdem er tief Luft geholt hat: „Nun, dann sind wir uns ja einig. Es ist niemand in unserer Runde, der einem Bewerber, der sich soweit vergißt, daß er an antifaschistischen Kongressen und Antikriegsmee-tings teilnimmt, hier einen Lehrstuhl anvertrauen würde. Die Berufung wird abgelehnt.“



Professor Albert Einstein, der weltberühmte Entdecker der Relativitätstheorie. Was würde ihm blühen, wenn er sich heute an eine Uni in der BRD um eine Professorenstelle bemühen würde? Abgelehnt, Berufsverbot, zu links... Einstein ist tot – seine fortschrittlichen Kollegen von heute können ein Lied singen vom Berufsverbot...

Keine Wunderwaffe gegen Waschküchen

Bei Nebel passieren oft grauenhafte Verkehrsunfälle. Grund genug, daß man sich beim Fahren auf diese tückische Naturerscheinung einstellt. Das kann durch die Fahrweise und durch effektive Beleuchtung geschehen: durch Nebelscheinwerfer und -schlußleuchten.

Die Straßenverkehrszulassungsordnung setzt dem Anbau und der Benutzung von Nebelscheinwerfern und Schlußleuchten gewisse Grenzen. So dürfen z.B. zwei Nebelscheinwerfer nicht mehr als 40 cm vom äußersten Fahrzeugrand entfernt angebracht werden, wenn sie nur mit Standlicht eingeschaltet werden sollen. Stehen sie enger zusammen oder wird nur einer in der Mitte montiert (nicht empfehlenswert), so müssen sie zusammen mit dem Abblendlicht brennen.

Von der Kopplung mit Abblendlicht ist abzuraten, denn Abblendlicht führt zur Blendung. Die winzigen Wassertropfen, aus denen der Nebel besteht, reflektieren das Licht wie unzählige Prismen. Die tückische Blendung wird um so schlimmer je weiter der Lichtkegel reicht; bei Fernlicht stößt man praktisch gegen eine Lichtmauer. Doch der Nebel hat eine schwache Stelle: am Boden. Hier bleibt meistens eine Luftschicht von etwa einem halben Meter ungetrübt. Nebelscheinwerfer können also die Waschküche unterwandern. Deshalb sollten sie auch so niedrig wie möglich montiert werden.

Die Straßenverkehrsordnung schreibt im übrigen vor, daß eine Nebelschlußleuchte nur außerhalb geschlossener Ortschaften bei dichtem Nebel eingeschaltet werden darf.

Und noch ein Hinweis: Weder Nebelscheinwerfer noch

CHALLPLATTEN ★ SONGS ★ MODE

und so weiter

-schlußleuchten sind Wunderwaffen gegen Waschküchen. Deshalb sollte Vorsicht bei Nebelfahrten immer oberstes Gebot bleiben!

Hier eine Liste von getesteten Nebelleuchten:

Möbelscheinwerfer:

- Hassia 317
gut - 25,-
- Wilco AN 0669.06
gut - 25,-
- Bosch Touring Nr. 0305 650 001
zufriedenstellend - 30,-
- Gabel 1357/58/ A/JMS
gut - 30,-
- Hella Nr. 1N 4 002 608-02
gut - 30,-
- Garnituren (zwei Scheinwerfer mit Lampen, Schalter und Kabel)
- Kaufhof Elite Set Nr. 241 800
gut - 69,-

- Karstadt Set An 0669.71
gut - 79,-
- VW-Set Nr. 000 053 081
gut - 125,-

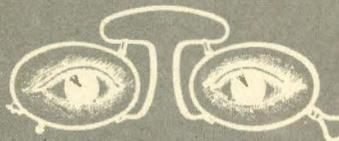
Nebelschlußleuchten

- Bosch Nr. 0333 103 001
gut - 19,-
- Neckermann Best. Nr. 324/337
zufriedenstellend - 7,50
- Gabel 1376 A/RN/III
zufriedenstellend - 11,-
- Jokon SN 300
nicht zufriedenstellend - 11,-
- Wilco DN 0670.00
nicht zufriedenstellend 13,-
- Hella NES 4 CC Nr. 2 NE 001 412-01
nicht zufriedenstellend - 19,-

Garnituren
(Leuchte mit Lampe,
Schalter und Kabel)

- VW-Set Nr. 000 053 337
gut - 30,-
nur für VW geeignet)
- Neckermann Set Best. Nr. 502/030
zufriedenstellend 17,50
(ohne Lampe)
- Kaufhof Elite Set 243 500
weniger zufriedenstellend - 19.75
- Karstadt Set Dn 0670 61
weniger zufriedenstellend - 21,-
- Hassia 668
nicht zufriedenstellend - 23,-

BÜCHER KISTE



Die erste Ausgabe der „Neuen Rheinischen Zeitung“ lag allen Widerständen zum Trotz, 1. Juni 1848, auf dem Tisch der Redaktion. Dem Vorschlag der beiden Freunde, Karl Marx und Friedrich Engels, gemäß lautete der Untertitel „Organ der Demokratie“ – ein Programm, das von nun an immer wieder öf-

fentlich zu beweisen war. Diese erste Ausgabe erregte enormes Aufsehen. Weit über die rheinischen Grenzen hinaus rissen sich Arbeiter, Handwerker und fortschrittliche Bürger das Blatt aus der Hand. Dagegen bereitete der Anblick der neuen Zeitung manchem ihrer Geldgeber, der erst jetzt begriff, daß er den Kommunismus und nicht etwa einen harmlosen Liberalismus propagieren half, eine schlaflose Nacht. So drang denn bereits in früher Morgenstunde einer von ihnen, ein intimer Geschäftsfreund des alten Engels, in die Redaktion. „Herr Doktor Marx!“ wettete er atemlos vor Erregung. „Für unser gutes ehrliches Geld legen sie uns eine Bombe unter's Bett!“ „Beruhigen Sie sich, lieber Freund!“ sagte Marx amüsiert. „Wir versprechen Ihnen, Sie rechtzeitig zu warnen, ehe sie platzt!“

„Die Bombe unterm Bett“ – 92 Anekdoten um Marx und Engels und deren Zeitgenossen sind in diesem Buch zusammengestellt. Diese kurzen heiteren Streiflichter erschließen dem

Georg W. Pijet
Die Bombe unterm Bett

Anekdoten um Marx und Engels
und deren Zeitgenossen

Georg W. Pijet Die Bombe unterm Bett



Leser einen oftmals überraschenden Einblick in die Persönlichkeiten von Marx und Engels und ihrer Mitkämpfer.

Die Bombe unterm Bett, Georg W. Pijet, Mitteldeutscher Verlag Halle, 131 Seiten, 5,- DM.

Ho chi Minh – in aller Welt ist er zum Symbol des Freiheitskampfes des vietnamesischen Volkes geworden. Jetzt erschien im Verlag Marxistische Blätter ein Buch, in dem Kampfgefährten Ho chi Minh's über Begegnungen mit ihm berichten. Das Buch würdigt den Anteil Ho chi Minh's an der Befreiung Nordvietnams aus kolonialer Abhängigkeit und gibt zugleich einen guten Überblick über die Aufbauarbeit im befreiten Vietnam.

Tage mit Ho chi Minh, Erinnerungen von Kampfgefährten, Verlag Marxistische Blätter, 192 Seiten, 3,50 DM.

75 JAHRE elan

Der große elan-Wettbewerb 1973 hat begonnen.

Mach mit!

Hier nochmals die Prämien

10 Werbungen: Schallplatten-Kassette 3 LPs: Die Tage der Commune

5 Werbungen: Geschichte der deutschen Arbeiterjugendbewegung 1900 - 1945

3 Werbungen: Schallplatte: Die Internationale

1 Werbung: Kleine Rote Reihe 1: Vorwärts und nicht vergessen/Lieder der Arbeiterbewegung

Ich bestelle ab sofort . . .
Exemplare zum regel-
mäßigen Freiverkauf
(bis auf Widerruf)

Ich abonniere ab sofort
elan (für mindestens ein
Jahr - bis auf Widerruf)
Jahresabonnement: DM 13,-

Name:

Straße:

Anschrift:

Unterschrift:

geworben durch:

Name:

Anschrift: